

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 15. Juli 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Konflikte in der österreichischen Sozialdemokratie.

II.

In diesen gewerkschaftlichen Konflikt trat, ihn verschärfend und erweiternd, nun noch ein politisch nationaler, dessen Anlaß zwar sehr unbedeutend scheint, bei der krankhaften Empfindlichkeit der tschechischen Genossen, die sie in allen nationalen Streitfragen beherrscht, aber seiner zerrüttenden Wirkung gleichfalls sicher ist.

Im Grunde handelt es sich um nicht mehr als um eine Resolution, die ein bürgerlich-nationaler Tscheche zum Etat eingebracht hat, und bei deren Abstimmung sich die Fraktion in drei Lager spaltete: die tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten geschlossen für sie, die deutschen ebenso einmütig gegen sie, während sich die Abgeordneten der übrigen Nationen (die polnischen, die ruthenischen, die italienischen Sozialdemokraten) der Abstimmung enthielten. Materieell kommt im österreichischen Abgeordnetenhaus, das ja in allem und jedem seine eigenen Lebensgewohnheiten hat, den zum Etat beschlossenen Resolutionen nicht die geringste Bedeutung zu. So wenig die Antragsteller von ihrer Einbringung und Beschließung erwarten, so wenig nimmt sie der Budgetausschuß oder das Haus, die sie beschließen, oder die Regierung, der sie übermittelt werden, ernst. Das geht schon aus ihrer Zahl hervor. Wie viel Resolutionen hat, glaubt man, der Budgetausschuß diesmal beschlossen und dem Hause vorgelegt? Nicht weniger als 518 — woraus sich schon ergibt, daß man in dieser Massenfabrikation von „Anforderungen“, die zum überwiegenden Maße lokale Wünsche betreffen, deren Berechtigung niemand kontrollieren kann und auch niemand kontrolliert, nichts anderes zu erkennen hat, als die im österreichischen Abgeordnetenhaus so üppig blühende Wahlmagogotie. Besonders arg treiben es in der Ausbeutung dieser „Resolutionen“ die bürgerlichen Tschechen: von ihnen stammen nicht weniger als 214 Resolutionen und ein einziger Abgeordneter hat ihrer nicht weniger als 82 eingebracht. Das mühte erwähnt werden, um den aus jener Abstimmungsconferenz entstandenen Konflikt auf seine wahre Bedeutung zu begrenzen: um mehr als um eine nationale Demonstration hat es sich auch bei der betreffenden Resolution des Abgeordneten Stanek nicht gehandelt, die dahin ging, dem tschechisch-nationalen Verein Stomenky, der in Wien tschechische Privatschulen errichtet, eine jährliche Subvention von 100 000 Kronen zu bewilligen. Gegen diese Resolution haben nun die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten schon im Ausschusse gestimmt, und ihre Stimmen waren es, die im Plenum die Ablehnung herbeiführten.

Um die leidenschaftliche Erregung der tschechischen Genossen über diese Abstimmung zu begreifen, die sich in Worten und Formen äußert, die jede Bedachtnahme auf die sozialdemokratische Solidarität vermissen lassen, muß gerechterweise erwähnt werden, daß sich die Frage der Wiener tschechischen Minoritätsschulen in dem denkbar desolatesten Zustand befindet, der ohne Zweifel auch ein an den Tschechen verübtes schweres Unrecht darstellt. Selbst nach den Zahlen der letzten Volkszählung, die gewiß nicht unparteiisch geführt ward, leben in Wien über hunderttausend Tschechen; unter ihnen wahrscheinlich auch nicht wenige, deren Kinder der deutschen Sprache nicht so mächtig sind, um dem Unterricht in der deutschen Schule folgen zu können. Dennoch haben die Wiener Tschechen, da sie, gemäß einer Entscheidung des Reichsgerichts, in Niederösterreich den Charakter eines „Volksstammes“ nicht besitzen (an welchem Charakter die Verfassung das nationale Recht in einem Lande knüpft), keinen Anspruch darauf, daß ihnen die Gemeinde tschechische Schulen errichte, weshalb sie, wenn sie auf die nationale Schule nicht verzichten wollen, auf Selbsthilfe, auf Privatschulen angewiesen sind. Solche Schulen errichtet nun jener Verein, der zwar ursprünglich von dem tschechischen Feudalgrafen Harrach begründet worden ist, an dessen Leitung heute aber auch die tschechischen Sozialdemokraten mitwirken. Wir haben es also in dem Verein mit einem der zahlreichen Schulvereine zu tun, die in jeder Nation die Erhaltung der Minoritäten durch Gründung privater Schulen besorgen (für die deutschen Minoritäten tut das der bekannte Deutsche Schulverein), die also eine Sache der Nation sind, mit denen demnach der Staat, auch nicht in Form von Subventionen, sich nicht befaßt. Danach wäre die staatliche Subventionierung dieses tschechischen Vereins ein absolutes Novum gewesen, und schon deshalb ist es nicht unverständlich, daß die deutschen Sozialdemokraten Bedenken tragen mußten, selbst bei Anerkennung des besonderen Notstandes der Wiener tschechischen Minoritätsschulen, für den tschechischen Verein ein Privilegium herbeizuführen. Zu diesem Bedenken waren sie um so mehr berechtigt, als der sozialdemokratische Verband mittlerweile einen Antrag eingebracht hatte, der die Frage von einem internationalen Standpunkt zu lösen unternahm. In Uebereinstimmung mit allen nationalen Gruppen, also auch der tschechischen Fraktion, brachte Adler im Hause einen Antrag ein, wonach der Staat jährlich zur Unterstützung und Förderung des Minoritätsschulwesens einen Betrag von 3 Millionen Kronen

beizutragen habe, die auf die Nationen gemäß ihrer Volkszahl zu verteilen wären und deren Verwaltung den „nationalen Parlamenten“, nämlich der Gesamtheit der Abgeordneten jeder Nation, überwiesen werden soll; mit dem Antrag wäre das Vorzugsrecht für den einen tschechischen Verein vermieden, wäre das nationale Anrecht aller Nationen verwirklicht worden. Schon aus dem Grunde, weil sie eine gerechte allgemeine Lösung der strittigen Frage vorbereiten — der Antrag Adler ist zur Vorberatung dem Nationalitätenausschuß zugewiesen worden —, mühten es die deutschen Sozialdemokraten ablehnen, dem ohne Ueberlegung improvisierten, nur zu demagogischen Zwecken erfundenen und sachlich recht unberechtigten Antrag des tschechischen Nationalisten zuzustimmen.

Daß die deutschen Sozialdemokraten weit davon entfernt sind, der tschechischen Nation das Recht der nationalen Erziehung ihrer Kinder zu bestreiten, braucht eigentlich nicht gesagt zu werden, denn die gesamte Geschichte der Sozialdemokratie in Oesterreich bezeugt es auf jedem ihrer Blätter, daß sich insbesondere die deutschen Sozialdemokraten der Verpflichtungen der Internationalität immer bewußt waren und der Aufstieg der Arbeiterschaft der anderen Nationen zu nicht geringem Teile die Frucht ihrer proletarischen Solidarität ist. Seine Stellung zu jener Resolution hat der deutsche Klub in folgender zutreffender und einwandfreier Weise präzisirt: „Der Klub erkennt das Recht jeder Nation an, ihre Kinder in ihrer Sprache zu erziehen. Wir waren stets bereit und werden stets bereit sein, dieses Recht, das wir für die deutschen Minderheiten in nichtdeutschen Sprachgebieten in Anspruch nehmen, auch den nichtdeutschen Minderheiten im deutschen Sprachgebiet zuzugestehen. Wir sind bereit, alle zweckdienlichen Mittel zur Sicherung dieses Rechtes anzuwenden, zumal da diese Minderheiten überwiegend aus Arbeitern bestehen. Als zweckdienliches Mittel können wir jedoch die Resolution Stanek nicht ansehen. Jedermann, der die politische Entwicklung Oesterreichs seit den Badenischen Sprachenverordnungen kennt, weiß, daß wichtige Aenderungen des nationalen Rechts nicht mehr einseitig durch einen Akt der Regierung oder einen Beschluß der Parlamentsmehrheit herbeigeführt werden können. Jeder Sachkundige weiß, daß Resolutionsanträge über nationale Angelegenheiten bei den heutigen Machtverhältnissen keine Aenderungen des nationalen Rechts zu bewirken vermögen. Solche Resolutionen sind wertlos: sie ändern an dem nationalen Bestehenden nichts, mögen sie nun angenommen oder abgelehnt werden. Solche Resolutionen sind aber auch gefährlich: sie verschärfen im Parlament und in den Wählermassen den nationalen Streit, der das größte Gemmis der sozialen und wirtschaftlichen Reformarbeit ist. Weil wir überzeugt sind, daß durch solche Resolutionen keiner Nation ein Recht erworben werden kann, allen Nationen aber durch solche fruchtlosen Kämpfe der politische und soziale Fortschritt gefährdet wird, haben wir gegen den Resolutionsantrag Stanek gestimmt. Eine wirkliche Aenderung der nationalen Verhältnisse kann nicht auf diesem nicht mehr gangbaren Wege, kann nur durch einen nationalen Ausgleich, durch eine Verständigung der Nationen die gesetzliche Regelung der nationalen Probleme herbeigeführt werden. Nur im Rahmen eines solchen Ausgleiches können die Rechte der nationalen Minderheiten gesichert werden: jede Nation wird den fremden Minderheiten ihr Recht gewähren, wenn sie dafür die Sicherung der Rechte der eigenen Minderheiten eintauschen kann. Indem die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten ihre ganze Kraft daransetzen, die Vorbedingungen für ein solches nationales Verständigungswerk zu schaffen, arbeiten sie in der einzig wirksamen, einzig erfolgversprechenden Weise daran, den nationalen Minderheiten aller Nationen ihr Recht zu schaffen.“ Angesichts dieser Erklärung, die das Vorgehen der deutschen Sozialdemokraten für jeden unbefangenen Urteilenden absolut rechtfertigen wird, braucht man die Frage gar nicht erst zu erörtern, ob von den Tschechen die Bedeutung der Minoritäten nicht überschätzt wird und ob die kunstgemäße Aufzucht und Konfervierung der Minoritäten überhaupt, wie sie das nationale Bürgertum in allen Völkern betreibt, wirklich ein so großer Segen ist, ob nicht im Gegenteile die allmähliche Auffassung der nationalen Minderheiten durch die Mehrheit, jene natürliche und friedliche Assimilation, die mit Gewaltmaßregeln nichts zu tun hat, nicht am Ende besser und ein Vorteil für alle Nationen wäre, deren Verhältnis gerade die Existenz der Minoritäten so stark verwirrt und trübt. Das alles ist mehr oder minder eine theoretische Frage: für die praktische Entscheidung waren schon die Gründe der deutschen Genossen zwingend.

Nun ist aber festzuhalten, daß die Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich und insbesondere die Gliederung der Abgeordneten im Verbands die Möglichkeit der verschiedenen Bewertung nationaler Streitfragen, die die aktuelle Politik, also im Wesen die bürgerlich-nationale, gebiert, eigentlich vorsieht. Der sozialdemokratische Verband besteht aus nationalen Gruppen, die in allen nationalen Fragen selbständig sind, also autonom entscheiden. Diese Zerteilung ist, wie ja überhaupt die Auflösung der einmal ganz einheitlichen Organisation der Gesamtpartei in einen immer loser werdenden Föderalismus, vorzugsweise dem Willen der tschechischen Genossen entsprungen, denen es immer ganz besonders am Herzen gelegen

war, ihre Selbständigkeit auszuprägen und die immer die Sorge geplagt hat, daß diese ihre Selbständigkeit in der Internationale ja nur recht deutlich zur Erscheinung komme. Aber was soll es bedeuten, daß die nationalen Gruppen innerhalb des Verbandes in allen nationalen Fragen unabhängig und selbständig sind? Doch nichts anderes, als daß es in dem praktischen Wirken der Fraktion, in dem Wirken, das uns im Parlament wie außerhalb desselben die bürgerliche Gesellschaft aufzwingt, zwischen Deutschen und Tschechen nationale Gegensätze gibt, die die freie Entscheidung jedes Teiles bedingen, die Selbständigkeit jeder nationalen Gruppe erfordern. Was soll es also wunder für Ueberraschung sein, daß sich dieser nationale Gegensatz an einer der empfindlichsten Punkte der österreichischen Dinge gezeigt hat? Schließlich können die tschechischen Genossen die nationale Autonomie im Verbands nicht dahin interpretieren, daß diese wohl die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der tschechischen Fraktion bedeute, für die deutsche Fraktion aber die Verpflichtung einschließe, so zu handeln und zu stimmen, wie es die Tschechen bestimmen! Wer die Notwendigkeit der nationalen Autonomie im Verband proklamiert hat, und das haben die tschechischen Genossen getan, hat damit auch ausgesprochen, daß es nationale Gegensätze gibt, also mühte er damit rechnen, daß diese Gegensätze sichtbar werden und sich in entgegengesetzten Abstimmungen manifestieren müssen. Die verschiedene Abstimmung der Sozialdemokraten bei bürgerlichen nationalen Streitresolutionen, die ja nicht zum ersten Male bemerkt worden ist und wohl auch nicht zum letzten Male geschah, ist gewiß alles andere denn erfreulich. Aber die Uebertreibungen, in denen sich die tschechischen Genossen gefallen und die darauf hinarbeiten, wegen der Differenz in einer nationalen Grenzfrage die Gesamtpartei womöglich in die Luft zu sprengen, die deuten leider darauf hin, daß die nationalen Tendenzen in der tschechischen Partei eine Kraft erlangen, die den internationalen Auffassungen und Verpflichtungen schnurstracks widerspricht.

Sicher ist die Stellung der tschechischen Sozialdemokraten, die für die Internationalität in einem so durch und durch chauvinistischen Volke, dessen Kampf um das nationale Lebensrecht in dem nationlosen Staate noch lange nicht ausgekämpft ist, zu wirken haben, schwerer vielleicht als die jeder anderen Sozialdemokratie; und das gewaltige Verdienst der tschechischen Bruderpartei, trotz aller natürlichen und psychologischen Hemmungen ihre Aufgabe begriffen und sich in ihr bewährt zu haben, darf weder vergessen noch soll es verkleinert werden. Was wir nun wahrnehmen, ist aber eine zu innige Verührung mit den nationalen Streitigkeiten, ein Versinken und Versinken in ihnen, eine rückhaltlose Identifizierung mit den Parolen des bürgerlich-nationalen Kampfes, die die tschechische Partei dem Internationalismus, der ja immer auch ein Belegen des Nationalismus ist, wenigstens in Gedanken entfremdet und sie in den nationalstischen Tageskampf zu sehr verstrickt. Soffen wir auch hier, daß diese Verwirrung und Verwirrung bald überwunden und daß sich die Sozialdemokratie in Oesterreich, einig im Willen wie im Ziele, in ihrer vielbewunderten internationalen Geschlossenheit wieder finden werde!

„Diplomatische Sozialdemokraten.“

Bürgerliche Blätter erzählen ein Märlein weiter, das ein betriebsamer bürgerlicher Journalist in Stuttgart den „Mündner Neuesten Nachrichten“ ausgedenkt hat. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion Württembergs soll bei Beratung der Bauordnung das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden verraten und veräußert, der Ersten Kammer und der Regierung zu einem Sieg über die Zweite Kammer verholfen haben. Und das alles, weil der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dr. Lindemann, unser bekannter Kommunalpolitiker, anstelle des jetzigen volksparteilichen Oberbürgermeisters v. Gauß Bürgermeister von Stuttgart werden wollte. Auf diese Weise wolle er sich lieb Kind beim König machen und seine Bestätigung als Bürgermeister herausklopfen. Eine tolle Geschichte. Da sie aber von bürgerlichen Blättern mit toterstarrer Wiene vorgetragen wird, seien die Tatsachen hier skizziert.

Die alte württembergische Bauordnung ist spottschlecht. Der Landtag behandelt etwa drei Jahre lang den Entwurf einer neuen Bauordnung, die den modernen sozialen und hygienischen Grundsätzen weit mehr entspricht. Vorsitzender der Bauordnungskommission der Zweiten Kammer, auch Berichterstatter über wichtige Partien des Gesetzes ist unser Genosse Dr. Lindemann, der die Materie vorzüglich beherrscht. Im Interesse der Grund- und Hausbesitzer, der Terrainspekulanten und Bautiger suchten sämtliche bürgerliche Parteien jeden sozialen Fortschritt nach Möglichkeit zu verhindern. Am ärgsten von allen aber trieb es die fortschrittliche Volkspartei unter der Führung des Stuttgarter Oberbürgermeisters v. Gauß und des bekannten Reichs- und Landtagsabgeordneten Konrad Gaußmann. Es kam so weit, daß der Regierungsvertreter Ministerialrat v. Reiff in der Sitzung vom 15. April d. J. den bürgerlichen Parteien tief ertrotzt:

„Es handelt sich bei diesem Abschluß der Bauordnung nicht um eine politische Frage. Es handelt sich um die Wohlfahrt, den wirtschaftlichen Schwachen und Armen zu schützen und seine Gesundheit zu erhalten. Dieser Schutz der Armen und Schwachen ist aber doch wichtiger als der Parteien, die den Schutz der wirtschaftlichen Gruppen auf ihre

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pfg., für vollstellige und gemeinschaftliche Beleg- und Belegsammlungen 60 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengröße und Schließstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

haben geschrieben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn es sich um Lohnfragen handelt, um Lohnaufbesserung und Beamtenaufbesserung, da sind die Hausbesitzer immer gleich bei der Hand als die ersten, die daraus Nutzen ziehen wollen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist daher nicht richtig, wenn man einfach sagt, die Leute hätten jetzt bessere Gehälter und Löhne und sollten selbst dafür sorgen, daß sie bessere Wohnungen bekommen. Es ist vielmehr Aufgabe des Baugesetzes, Bestimmungen zu treffen, die den Bauunternehmer zwingen, die Wohnungen so zu gestalten, daß sie den modernen sozialen und hygienischen Grundfäden entsprechen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich habe gewiß auch viel für die Grundbesitzer übrig, aber alles hat doch seine Grenze!

Dieser Appell an das Gewissen der bürgerlichen Parteien beantworteten sie alle, fortschrittliche Volkspartei und Zentrum, Nationalliberale und Konservative mit wütenden Angriffen auf den Regierungsbereiter, der diesen „Vollstrecker“ die Nase so unarmherzig vom Gesicht gerissen hatte. Nur die Sozialdemokratie trat auf die Seite der Regierung, die sich in dieser Frage fortschrittlicher und mehr von sozialem Geist gezeigt hat als alle bürgerlichen Parteien zusammengenommen. Dieses Schauspiel, daß Regierung und Sozialdemokratie zusammen gegen die reaktionären Tendenzen der bürgerlichen Parteien anlämpfen mußten, wiederholte sich übrigens öfter.

Am Freitag, den 8. Juli, kam es wieder zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei. Die Sozialdemokratie hat sich von Anfang an auf den prinzipiellen Standpunkt gestellt, daß die Bauordnung und ihre Ausführung Landesache sei und nicht in das Belieben der zumeist vom Haus- und Grundbesitzern beherrschten Gemeindeverwaltung gestellt werden dürfe. Nachdem der Gedanke, bei Konflikten zwischen Privat- und öffentlichen Interessen dem Gericht die Entscheidung zu übertragen, sich nicht verwirklichen ließ, beantragte unsere Fraktion, dem Ministerium die Nachprüfung der Ortsbauordnungen zu übertragen. Die Vollziehbarkeit sollte nur unter gewissen Bedingungen verlagert werden dürfen. Die fortschrittliche Volkspartei hingegen wollte die Vollziehbarkeit dem Bezirksrat, einer aus den Gemeindeverwaltungen gewählten Körperschaft, in der die Bürgermeister und Ortskulturbesitzer dominieren, zusprechen. Dem widersetzte sich die Sozialdemokratie, weil sie die Nachprüfung der für die Baupolitik in der Gemeinde maßgebenden Grundzüge nicht einer Körperschaft übertragen wollte, die von lokalen Einflüssen und Spekulationsinteressen durchaus nicht frei ist. Die Erste Kammer wollte ein freies Genehmigungsrecht des Ministeriums. Eine Minderheit der Ersten Kammer bequeme sich dann doch dazu, den Weg zu gehen, den die Sozialdemokratie gewiesen hatte, der Regierung nämlich nur ein beschränktes Genehmigungsrecht zu geben. Das Ministerium des Innern soll demnach nur dann das Recht und die Pflicht haben, die Genehmigung zu verweigern, wenn die Ortsbauordnung mit dem Gesetz in Widerspruch steht, das öffentliche Wohl schädigt, erhebliche Interessen Dritter ohne genügenden Grund beeinträchtigt oder wenn die Vorschriften über die Erlassung und öffentliche Bekanntgabe der Ortsbauordnung nicht eingehalten sind. Auf diesen Boden der Verständigung mit der Ersten Kammer und der Regierung traten dann auch alle Parteien — mit Ausnahme der fortschrittlichen Volkspartei. Sicher, daß das Gesetz an ihrem Widerspruch nicht scheitern werde, hielt der volksparteiliche Führer Haumann eine fulminante Rede gegen die Sozialdemokratie, die vom Hause mit teilweise schallender Heiterkeit aufgenommen wurde. Die Oppositionskomödie der Volkspartei war auch gar zu läppisch. Genosse Dr. Lindemann führte denn auch den volksparteilichen Dramatiker in brillanter Weise ab. Das Gesetz wurde schließlich mit allen gegen drei volksparteiliche Stimmen angenommen. Damit sind alle ersten Schwierigkeiten beseitigt, sein Zustandekommen so gut wie gesichert.

Für die fürchterliche Niederlage, die die fortschrittliche Volkspartei erlitten hat, sucht sie sich nun durch Verbreitung allerlei Märlein zu rächen und zugleich den wackelnden Thron ihres Oberbürgermeisters v. Gauß zu stützen. Das ist des Pudels Kern.

Die badische Landtagsfraktion für das Budget.

Aus Baden kommt eine Nachricht, die nicht verfehlen wird, bei der Waffe der Parteigenossen peinlichste Ueberwachung und lebhaftestes Bedauern zu wecken. Die badische Fraktion hat bei der Abstimmung über das Finanzgesetz für das Budget gestimmt. Der Abgeordnete Genosse Dr. Frank gab vor der Abstimmung folgende Erklärung ab:

„Es lag nahe, durch Ablehnung des Finanzgesetzes dagegen zu protestieren, daß die völlige politische Gleichberechtigung der sozialdemokratischen Staatsbürger noch immer nicht durchgeführt ist. Mit Rücksicht auf die besonderen politischen Verhältnisse verzichtete meine Freunde jedoch auf solche Demonstration und werden für das Finanzgesetz stimmen.“

Die Erklärung wurde von den Nationalliberalen und Freisinnigen mit lebhaftem Beifall begrüßt. Das Finanzgesetz gelangte darauf einstimmig zur Annahme; nur die Sozialdemokraten Gen. W. Konig und Stöcker beteiligten sich nicht an der Abstimmung, sondern verließen vorher den Saal.

Es ist also die außerordentlich bedenkliche und ernste Tatsache zu konstatieren, daß die sozialdemokratische Fraktion eines Landtages die Beschlüsse des deutschen Parteitages für sich als nicht bindend ansieht. Es ist zum ersten Male in der Geschichte der Partei, daß eine so offene Nichtachtung von Parteitagsbeschlüssen zu verzeichnen ist. Denn als vor zwei Jahren die süddeutschen Landtagsabgeordneten für das Budget stimmten, suchten sie diese Abstimmung wenigstens formell durch eine Interpretation mit den Beschlüssen der Parteitage, der Lübecker und Dresdener Resolution, in Einklang zu bringen. Diesmal wird ein solcher Versuch nicht gemacht, weil er nach dem Beschluß des Nürnberger Parteitages nicht gemacht werden kann. Denn die Nürnberger Resolution lautet:

Der Parteitag bestätigt von neuem die Resolutionen von Lübeck und Dresden, die ausprechen:

„daß der Staat, so lange er sich in den Händen der besitzenden Klassen befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Volksmassen bildet,

„daß die politische Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes die Eroberung der Staatsgewalt durch Ueberwindung der Gegner ist,

„daß jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden muß.

Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung und angesichts der Tatsache, daß die Gesamtstimmungen über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden muß, ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtstimmungen zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.

Die Bewilligung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern ist daher unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden.

Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassenlage der besitzlosen Volksmassen, die eine unerlöschliche Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht.

Die arbeitenden Klassen immer wieder nachdrücklich darüber aufzuklären, ist eine unerlässliche Aufgabe unserer agitatorischen Arbeit.

Gegen die Bewilligung des Budgets hat sich die gewaltige Majorität des Parteitages ausgesprochen. Denn nicht nur diejenigen, welche für die Resolution des Parteidivorstandes gestimmt haben, verurteilten die Budgetbewilligung, sondern auch ein großer Teil derjenigen, welche für die mildere Resolution Frohne stimmten in der Hoffnung, den Budgetbewilligern den Rückzug zu erleichtern.

Die Erklärung der badischen Landtagsfraktion kimmert sich um den grundsätzlichen Standpunkt überhaupt nicht. Daß das badische Budget auch nicht im entferntesten den sozialen Klassencharakter des kapitalistischen Staates als einer Maschine zur Niederhaltung der Arbeiterklasse verleugnet, erwähnt sie gar nicht, offenbar deshalb, weil sie sich damit bereits abgefunden hat. Ja, sie gibt sogar zu, daß selbst dann, wenn von allem Grundsätzlichen abgesehen wird, das Budget hätte abgelehnt werden müssen. Sagt sie ja selbst, daß nicht einmal die politische Gleichberechtigung den badischen Sozialdemokraten gewährt ist. Dagegen hält die badische Landtagsfraktion unsere wichtigste Aufgabe, die Verbreitung der Einsicht, daß der kapitalistische Staat seiner Natur nach im schärfsten Gegensatz zu den Forderungen der Arbeiterklasse in Gegenwart und Zukunft steht, für eine bloße „Demonstration“, die sie leichten Herzens preisgibt mit Rücksicht auf die „besonderen politischen Verhältnisse“. Diese besonderen politischen Verhältnisse stellen sich erfahrungsgemäß immer da und immer dann ein, wenn es gilt, den Klassenkampf des Proletariats abzuschwächen oder zu verschleiern, in der allerdings stets getäuschten Hoffnung, dadurch irgend ein Entgegenkommen der herrschenden Klassen zu erlangen. Diese Hoffnung muß auf die Dauer immer getäuscht werden, weil nur die rücksichtslose und unverhüllte Vertretung der Arbeiterforderungen die Massen unserer Partei zuführt. Jede Abschwächung des Klassenkampfes vermindert auf die Dauer unsere Anziehungskraft auf die Massen und bewirkt daher nicht eine Stärkung, sondern die Schwächung der Partei, weil sie die einzige Quelle verschüttet, aus der unsere Macht fließt: das rücksichtslose und nie getäuschte Vertrauen der Arbeiterklasse. Das eben ist der Fehlschluß jedes Opportunismus, daß er der eigenen Kraft mißtraut und von den Gegnern Zugeständnisse erhofft, gerade in dem Momente, wo die eigene schwächliche Haltung den Gegnern zeigt, daß jedes wichtigere Zugeständnis überflüssig ist!

Das aber ist die prinzipielle Bedeutung der Budgetabstimmung: sie ist keine Demonstration, die man heute begehrt und morgen wieder läßt, je nach wechselnden und auf die Dauer sehr wenig bedeutsamen „besonderen politischen Verhältnissen“. Die Ablehnung des Budgets fließt vielmehr unmittelbar aus der sozialdemokratischen Grundanschauung. Die Sozialdemokratie ist keine Partei wie die bürgerlichen Parteien; sie ist vielmehr eine Partei, die nur siegen kann durch die völlige Ueberwindung des bürgerlichen Klassenstaates, nur siegen kann durch die Eroberung der politischen Macht, nicht um den Klassenstaat aufrecht zu erhalten, sondern ihn zu ersetzen durch die neue Organisation der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage. Das Gesamtbudget aber ist nichts als der rechtlich-politische Ausdruck des Klassenstaates. Für das Budget stimmen, heißt deshalb den Klassenstaat anerkennen. Was die badische Landtagsfraktion wegwerfend als Demonstration bezeichnet, ist in Wirklichkeit nur das Verkenntnis zum sozialistischen Endziel. Deshalb stimmen die Sozialdemokraten aller Länder gegen das Budget und deshalb hat die sozialdemokratische Ablehnung des Budgets noch einen ganz anderen Sinn als die Budgetablehnung bürgerlicher Parteien. Denn auch die bürgerliche Opposition stimmt in parlamentarisch regierten Ländern meist gegen das Budget, da in aller Welt mit Ausnahme des halbabsolutistischen Deutschlands die Budgetbewilligung zugleich als Vertrauensvotum für die Regierung gilt, das es in der Tat ja auch ist. Und daran ändern auch die Interpretationen parlamentarischer Fraktionen nicht das geringste, weil die gesellschaftlich erwachsene Bedeutung der Budgetabstimmung auf die Bedürfnisse einzelner Landtagsfraktionen keine Rücksicht nimmt.

Doch selbst wenn alle diese Erwägungen unserer badischen Landtagsfraktion nicht ausreichend erschienen wären, so hätte sie doch unter keinen Umständen eine Tat begehen dürfen, die der gesamten Partei als eine Mißachtung ihrer Beschlüsse erscheinen muß. Unsere Partei regiert sich selbst demokratisch und es heißt die demokratische Grundlage, auf der allein die Partei möglich ist, leugnen und untergraben, wenn eine einzelne Gruppe sich den Beschlüssen der Majorität widersetzt. Die Einheit der Partei ist nur möglich, wenn die Minorität sich der Majorität einordnet, und sie darf nie und nimmer die zufällige Machtstellung, die sie als Vertrauensmänner der Gesamtpartei an einen bestimmten Posten stellte, dazu gebrauchen, der Partei ihren Willen aufzuzwingen oder sie in die Zwangslage schärfster Auseinandersetzung zu verdrängen.

Das liegt nicht nur im Interesse der politischen Partei, sondern ebenso im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung. Was in der Politik heute als „die besonderen politischen Verhältnisse“ angeführt wird — und das ist oft nichts anderes als die Ueberordnung lokal begrenzter und augenblicklicher Interessen über die dauernden und allgemeinen Interessen der Gesamtpartei, das entspringt aus demselben Geiste, der den Gewerkschaften so lange die Durchführung der notwendigen Zentralisation erschwert hat. Und wohin würden die Gewerkschaften kommen, wenn den Beschlüssen ihrer Kongresse und Verbandstage, den Anordnungen ihrer zentralen Instanzen mit Rücksicht auf angebliche „besondere gewerkschaftliche Verhältnisse“ bald hier bald dort ein Veto entgegengesetzt werden könnte? Schon das läßt erkennen, auf welche gefährliche Bahn sich unsere badischen Parteigenossen begeben. Die Erschütterung der Parteibasis würde, wenn ihr nicht Einhalt getan würde, die Gesamtpartei und damit jedes ihrer einzelnen Glieder aufs allererschwerste schädigen. Es gibt keine besonderen politischen Verhältnisse, welche eine Politik rechtfertigen können, deren Methode allein schon die politische Vertretung der deutschen Arbeiterklasse ihrer Stoßkraft berauben würde. Der Beschluß unserer badischen Genossen muß deshalb von Grund auf als verkehrt bezeichnet werden, und die Partei kann sich der unangenehmen

Pflicht nicht entziehen, aufs neue ihren festen und unerschütterlichen Willen zu bekunden, die Einheit der politischen Aktion zu wahren.

Die badischen Parteigenossen haben geglaubt, die Partei gerade jetzt dieser Pflicht gegenüberstellen zu müssen, in einem Augenblick, wo der Kampf gegen die Gegner alle unsere Kräfte absorbieren müßte und zu Auseinandersetzungen innerhalb der Partei wahrhaftig ruhigere Zeiten erwnünscht wären. Man kann sich dem unbehaglichen Gefühl nicht verschließen, daß auch dies „Taktik“ ist, Taktik in dem ungünstigeren Sinne des Wortes, für deren Anwendung innerhalb der Partei kein Raum sein sollte. Aber die Sorge um die Einheit der Partei und die Wahrung ihrer demokratischen Selbstregierung ist eine so dringende, daß die von neuem und zu so ungünstiger Zeit aufgeworfene Frage unter allen Umständen ihre Lösung auf dem Parteitage verlangt!

Wir hatten allerdings gehofft, daß dieser Parteitag von solchen Auseinandersetzungen hätte verschont bleiben können. Hätten sich unsere badischen Parteigenossen mit der Leitung der Partei in Verbindung gesetzt, es wären ihnen so viele Momente angeführt worden, die sich aus den „besonderen politischen Verhältnissen“ der Gesamtpartei ergeben, daß vielleicht die badische Fraktion auf ihren unglücklichen Beschluß verzichtet hätte!

Zum Schluß noch ein Wort über diese besonderen politischen Verhältnisse. Die badische Fraktion hat am 4. Juli den Beschluß gefaßt, es sei mit ihrer politischen Ehre unverträglich, für das Budget zu stimmen, da der Minister v. Bodman die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie ablehne und die Regierung außer anderen Punkten auch der Bewilligung von 100 000 M. für die Gemeinden zur Subventionierung der Arbeitslosen ihre Zustimmung versage. Am Mittwoch verteidigte der Minister v. Bodman sich in der Ersten Kammer anlässlich der Beratung der Städteordnung gegen die Angriffe des Zentrumsjunkers v. Stögingen, der ihn als Mehrer der Sozialdemokratie bezeichnete. Herr v. Bodman erklärte dabei, die Sozialdemokratie als eine beachtenswerte Erscheinung anzuerkennen, die ein Recht auf Teilnahme an der staatlichen und gemeindlichen Gesetzgebung habe, seit sie die Vertreterin der sich stets mehrenden industriellen Arbeiterschaft geworden ist. Ihren utopistischen Zielen zur Umgestaltung der Gesellschaft und ihren monarchiefeindlichen Tendenzen müsse aber die Regierung mit aller Macht entgegenreten. Die Gemeinde- und Städteordnung, die in der Volkskammer einstimmig angenommen worden war, obwohl sie nicht das gleiche, sondern ein Klassenwahlrecht enthält, wurde von der Ersten Kammer verworfen, weil sie ihr, die namentlich die Entrechtung der industriellen Arbeiterschaft aufrecht erhalten wollte, zu freiheitlich war. Das Gemeindegesetz schien aber unseren Genossen so wichtig, daß sie durch ihre Zustimmung zum Budget eine günstige Stimmung schaffen und die Stellung der Regierung gegenüber der Ersten Kammer stärken wollte. Es ist auch nach unseren Informationen zu erwarten, daß die Fraktion sich bei der am Sonntag stattfindenden feierlichen Schließung der Kammer, bei der der Minister von Dusch das übliche Hoch auf den Großherzog ausbringen wird, beteiligen wird.

Wir wollen heute auf diese Darstellung noch nicht eingehen, sondern die ausführlichere Darlegung der badischen Landtagsfraktion abwarten. Uns scheint aber ganz unabhängig davon die von der Fraktion befolgte Politik im engen Zusammenhang zu stehen mit jener Großblocktaktik, die uns in neuerer Zeit von unseren Liberalen so sehr empfohlen wird. Uns scheint, daß diese Taktik bereits in sehr bedenklichem Maße die Entschlingung der badischen Parlamentarier beeinflusst hat. Sie scheinen bei ihren Beschlüssen weniger auf die Wirkung beim Proletariat als auf die Wirkung bei den bürgerlichen Parteien und der Regierung zu sehen. Den Nationalliberalen zumal soll das Zusammengehen mit der Partei des Umsturzes nicht zu schwer gemacht werden. Das Zentrum und die Junker der Ersten Kammer sollen bei ihren Angriffen gegen die revolutionäre Sozialdemokratie ins Unrecht gesetzt werden. Und so wird ein Punkt der sozialdemokratischen Politik nach dem anderen, sagen wir, „zurückgestellt“. Man stimmt nicht gegen das Budget, man ist staatsfremd; man verleugnet nicht mit ausdrücklichen Worten die republikanische Ueberzeugung, aber man nimmt an allen höflichen Zeremonien teil. Man achtet nicht auf die Aufrechterhaltung des Zusammenhalts mit der Gesamtpartei, aber um so mehr auf die Verbindung mit den bürgerlichen Parteien.

Das badische Beispiel ist eine ernste Warnung an die Gesamtpartei, den Klassenkampfcharakter mit rücksichtsloser Offenheit und Schärfe in den Vordergrund zu stellen. Wir sind die Partei des Proletariats, wir sind Anhänger der Republik und wir sind und bleiben die Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft, die das Proletariat knechtet, seinen Befreiungskampf hemmt, und die überwunden werden muß durch die Eroberung der politischen Macht, durch die Beseitigung der Klassen, durch die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Juli 1910.

Nationalliberale Feindschaftsbeteuerungen.

Die „Nat. Korresp.“ schreibt in ihrer heutigen Nummer unter dem Titel „Die Grenze nach links“:

„Jede Unterstüßung eines Sozialdemokraten ist ein Schnitt ins eigene Fleisch; denn die Sozialdemokratie ist und bleibt der Todfeind der bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsordnung, so zahn- und harmlos sie sich auch zurzeit präsentiert; zum andern hat gerade der Liberalismus allen Anlaß, die Grenze nach links scharf zu ziehen. Denn einmal sind die Endziele des Liberalismus und der Sozialdemokratie direkt konträr, dann aber läuft der Liberalismus Gefahr, durch die unnatürliche Verbindung seine Anhänger allmählich an die auf die Massensuggestion berechnete Sozialdemokratie zu verlieren. Erfahrungen in dieser Hinsicht liegen bereits vor; und die fortschrittliche Volkspartei läßt im eigenen Interesse gut daran, hier beizutreten einen Niegel vorzulegen.“

Daß ein Liberalismus, der die Interessen des Großkapitals vertritt, der Sozialdemokratie entgegengesetzt ist, ist ja richtig, aber eben darum werden die Liberalen ihre nicht kapitalistisch interessierten Anhänger an die Sozialdemokratie verlieren, ob so oder so. Im übrigen sind diese ewigen Kriegserklärungen schon herzlich langweilig. Wir wissen wirklich, woran wir mit den Nationalliberalen sind.

Vermehrung des Turnunterrichts.

Der Kultusminister hat bestimmt, daß künftig auch auf der Mittel- und Oberstufe der Volksschulen drei obligatorische Turnstunden eingeführt werden sollen. Begründet wird diese Bestimmung mit hygienischen Motiven. An sich ist gegen diese Bestimmung natürlich nicht das geringste einzuwenden. Ebensowenig dagegen, daß trotz der Vermehrung des Turnunterrichts die Zahl der Unterrichtsstunden nicht vermehrt werden soll. Eigentümlich ist nur, daß der Turnunterricht auf Kosten des deutschen Unterrichts erfolgen soll. Der deutsche Ausdruck, so wird das begründet, lasse sich ja auch in den übrigen Fächern durch Auffäße usw. üben. Wäre es aber nicht viel vernünftiger gewesen, lieber eine Stunde Religionsunterricht weniger zu erteilen? Denn die ethischen Lehren der Religion lassen sich noch viel leichter in den anderen Unterrichtsfächern den Schülern zu Gemüte führen, und das Auswendiglernen des dogmatischen Memorierstoffes könnte gern eingeschränkt werden. Aber nein, man will die ohnehin so mangelhafte Ausbildung der Volksschüler im Gebrauch ihrer Muttersprache lieber Schaden leiden lassen! —

Politische Sörigkeit.

Der Reichstagsabgeordnete Lehmann-Jena, der infolge seiner Haltung bei der Erbschaftsteuer aus der national-liberalen Fraktion ausgetreten ist, soll in Jena wieder aufgestellt werden. Im Kreise Jena-Neustadt besteht zwischen Nationalliberalen, Konservativen und Bund der Landwirte ein Vertragsverhältnis, wonach zwölf von den drei vertrags-schließenden Parteien zu nennende Vertrauensmänner den Kandidaten bestimmen; von den zwölf gehören vier dem Bund der Landwirte, vier den Konservativen und vier der national-liberalen Partei an. Wie dem „Jenaer Volksblatt“ zuverlässig mitgeteilt wird, haben die zwölf Vertrauensmänner kürzlich eine Zusammenkunft wegen gemeinsamen Vorgehens bei der kommenden Reichstagswahl gehabt mit dem Ergebnis, daß mit acht Stimmen Herr Paul Lehmann wieder in Aussicht genommen worden ist. Die vier national-liberalen Vertreter aber haben erklärt, sie werden erst eine abwartende Stellung einnehmen. Das Sörigkeitsverhältnis der Nationalliberalen zu den Agrariern erfährt so eine neue interessante Beleuchtung.

Die Kommission

zur Beratung der Reichsversicherungsordnung

beendet in der Sitzung vom Donnerstag die Beratung des zweiten Buches. Darauf wurde die Weiterberatung bis zum 20. September vertagt. Den ausführlichen Bericht bringen wir in der morgigen Nummer.

Konservativer Vorstoß im Westen.

Die Konservativen rufen unermüßlich zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Als Ziel haben sie sich die Eroberung der Mandate in Viefeld, Bochum und Dortmund gesetzt. In einer konservativen Versammlung in Minden wurde zu dem Zweck ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien angeregt. Die Partei selbst will speziell in der Provinz Westfalen eine umfassende Agitation entfalten und im nächsten Winter den Ausbau der Organisation systematisch in Angriff nehmen. Es wurde beschlossen, einen konservativen Verein für Minden und Umgegend zu gründen und einen Parteisekretär für Westfalen anzustellen.

Eine christliche Kennzeichnung der Gelben.

Im „Reich“ wird von einer Seite, die offenbar den christlichen Organisationen sehr nahe steht, lebhafter Protest gegen die von reichsverbändlerisch-scharfmacherischen Kreisen versuchte Züchtung gelber Streikbrecherorganisationen erhoben. Die Gelben werden folgendermaßen charakterisiert:

„Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie ist seit einigen Jahren der Hauptförderer der sogenannten „Nationalen“ Arbeitervereine, das heißt der gelben Berufs- und vaterländischen Arbeitervereine. In der Leitung dieser „Arbeiterbewegung“ befinden sich Persönlichkeiten, die allerlei recht peinliche Dinge — zum Gaudium der Sozialdemokraten — auf dem Herdhoß haben. Diese gelbe Bewegung stagniert trotz der sehr reichlichen Zuschüsse, die die Großindustriellen dafür ausgaben, und gegen die Sozialdemokratie nähete sie rein gar nichts, dervellen eine solche charakterlose Bewegung keine Persönlichkeiten erteilt, sondern Mammonseelen, die dahin laufen, wo ihnen der meiste materielle Vorteil winkt. Unter dem Schutze des geheimen Stimmzettels wählen die Gelben zum größten Teilrot, wie bereits verschiedene Vorkommnisse dargelegt haben. Weil nun diese Wache, — denn eine Arbeiterbewegung ist dies nicht — in der Industrie verlagert, so empfehlen sich die Drahtzieher den Landwirten, um deren Arbeiter durch „vaterländische Arbeitervereine“ vor der Sozialdemokratie zu — bewahren.“

Auf diesen Versuch sind — Leider! — angelegene hoch achtbare Männer aus der agrarischen und konservativen Bewegung hereingefallen. Es ist nämlich ein „Förderungsaußschuß“ gebildet worden, der auftritt, Geld zur Unterstützung der gelben vaterländischen Arbeitervereine zu sammeln und sie in ländlichen Bezirken einzuführen. Wir haben diesem untauglichen Versuch mit untauglichen Mitteln keine Beachtung geschenkt. Da sich aber jetzt die sozialdemokratische Presse der Sache bemächtigt und andererseits Gefahr besteht, daß noch weitere weniger genau orientierte, sonst aber der christlichen Arbeiterbewegung wohlgesinnten Kreise darauf hereingefallen, so ist ein offenes Wort am Platze.“

Das „Reich“ stellt sich so, als glaubt es, daß die Macher des Reichsverbandes die Gelben nur aus Verblendung unterstützten, in dem guten Glauben, wirklich nur die „nationale“ Bewegung zu fördern. So naiv können doch aber auch christliche Gewerkschafter nicht sein. Auch ihnen mißte doch einleuchten, daß die Reichsverbändler und industriellen Scharfmacher die Sozialdemokratie nicht ihrer „antinationalen“ Gesinnung wegen hassen, sondern ihrer ehrlichen und energischen Vertretung der Arbeiterklasse wegen, und daß sie die gelben Organisationen gerade deshalb unterstützen, weil diese „charakterlos“ sind und „Mammonseelen“, will sagen trasse Egoisten und Feinde jeder vernünftigen Klassenolidarität der Arbeiter züchten!

Insmerhin sei die christliche Kennzeichnung der Gelben niedriger gehängt!

Waisenkinder als Versuchskaninchen.

Zu der unglücklichen Rohheit, die wir dieser Tage festnagelten, daß nämlich völlig ungeschulte Waisenkinder bei einer Prüfung von Polizeihunden als Versuchskaninchen verwendet wurden, meldet das „Samb. Echo“: Die sozialdemokratischen Stadiverordneten von Altona haben an den Magistrat zu der heute, Donnerstag, stattfindenden Kollegienitzung folgende Interpellation gerichtet:

„Ist es richtig, daß für die Prüfungen der Polizeihunde Kinder des Waischen Rettungshauses verwendet werden, die als Versuchskaninchen für die Polizeihunde zu dienen bestimmt sind? Ist bei diesen Vorführungen ein Kind in den Oberschenkel derart gebissen,

daß eine 4 Zentimeter lange blutende Wunde vorhanden war? Welche Behörde trägt die Verantwortung für die Verwendung der Kinder für derartige Zwecke?“

Die russischen Grenzübergriffe.

Angeichts der sich häufenden Grenzexzesse, die von russischen Grenzposten auf deutschem Boden verübt werden, verlangt endlich auch die deutsche bürgerliche Presse mit Entschiedenheit Abhilfe. Den Anstoß zu diesem Auftreten gab die Ermordung eines polnischen Anaben über die wir bereits in der gestrigen Nummer kurz berichtet. Jetzt wurde offiziell festgestellt, daß der Anabe von dem Kosaken auf deutschem Boden erschossen worden ist. — Darüber konnte eigentlich kein Zweifel bestehen, die Hauptsache ist die, ob der Mord seine angemessene Sühne finden wird und ob die Regierung sich endlich einmal bereit erklären will, für den Schutz der deutschen Grenzbevölkerung Sorge zu tragen. Die Russen haben entlang der deutschen Grenze einen dreifachen Kosakenkorps gezogen und verwenden zu diesem Dienst durchweg Leute aus dem Innern Rußlands, die weder ein Wort deutsch noch polnisch verstehen. Diese Horden werden mit den schärfsten Instruktionen versehen, die von ihnen auch rückwärtslos befolgt werden. Außerdem erhalten sie Rangprämien, die geradezu einen Anreiz zu Grenzverletzungen in sich schließen. Man braucht bloß in einiger Entfernung von der russischen Grenze einen Spaziergang zu machen und man kann bemerken, wie in kurzen Zwischenräumen aus einer Deckung der Kopf eines Kosaken sichtbar wird, der hier stundenlang auf der Lauer liegt in der Hoffnung, jemand zu erwischen, der auch nur einen Fuß breit über die Grenze kommt. Kein anderer Staat würde sich einen derart gemeinfeindlichen Zustand gefallen lassen!

Immer noch Steuerreform.

München, 13. Juli. (Eig. Ber.) Zum zweiten Male schon kam die Steuerreform vom Oberhaus zu nochmaliger Beratung herunter. Und jede nochmalige Beratung bedeutet natürlich eine weitere Verschlechterung. Bereits ist der Kinderparagraf sehr verschlechtert und das Kapital wesentlich begünstigt worden.

Auch jetzt wieder hat die Kammer der Abgeordneten eine Reihe von Verschlechterungen der Reichratskammer akzeptiert. Insbesondere stimmte sie einer Ausnahmebestimmung zugunsten ablicher Besitzer zu, die von unserem Genossen Haller scharf bekämpft wurde.

Aur einem Beschlusse trat die Kammer der Abgeordneten nicht bei, der Herabsetzung der höchsten Tarifstufe bei der Einkommensteuer von 5 auf 4½ Proz. Dadurch würde ein Ausfall von 2½ Millionen entstehen, der auf andere Weise nicht gedeckt werden könnte. Das Zentrum gab die Erklärung ab, daß es von diesen 5 Prozent nicht abginge und lieber das Reformwerk scheitern lasse.

Die Situation ist nun so zugespitzt, daß heute niemand den endlichen Ausgang voraussagen kann. Es ist nach Lage der Sache also durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Steuerreform an dem rücksichtslosen Egoismus der Reichsräte schließlich noch scheitert und diese Herren das fertig bringen, was der sozialdemokratischen Partei nicht gelungen ist.

Die Geschäftspraxis eines ultramontanen Rechtsanwalts.

Eine eigenartige Beleuchtung erfährt die Geschäftsgebarung des Rechtsanwalts Dr. Fischer in Augsburg, des juristischen Schutzherrn der dortigen christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine, durch eine Verhandlung am Landgericht Augsburg, die am 11. Juli gegen ihn wegen Vergehens im Amte durchgeführt wurde.

Rechtsanwalt Dr. Fischer war beschuldigt, in einer Prozeßsache beiden sich gegenüberstehenden Parteien mit Rat beigegeben zu haben, und daß er sich für seine Tätigkeit von beiden Seiten habe entschädigen lassen. In der Verhandlung wurde dies auch erwiesen und die Zentrumsleuchte zu 200 M. Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Der Staatsanwalt bezeichnete das Geschäftsgebaren des Rechtsanwalts als in der Praxis wohl einzig dastehend, und beantragte drei Wochen Gefängnis und Abspredung der Fähigkeit, während der nächsten zwei Jahre öffentliche Ämter zu bekleiden. Die Verhandlung forderte übrigens noch ganz nette Bilder aus der früheren Praxis Dr. Fischers zutage. So hat sich der ultramontane Agitator schon im Jahre 1906 als Hilfsarbeiter in einer Rechtsanwaltskanzlei unehrenhafterweise Gelder auszahlen lassen, ließ sich besondere Honorare auszahlen und erhob zuviel Gebühren, so daß er 1906 wegen Betruges zu 300 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Dieses Urteil wurde zwar später in der Berufungsinstanz aufgehoben wegen nicht ausreichenden Beweisen, doch wurde Fischer später wegen den genannten und anderen Fällen von der Anwaltskammer in Augsburg wegen Verfehlungen gegen die Rechtsanwaltsordnung zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, daß das rücksichtslose egoistische Vorgehen in der Sucht nach Geld nicht scharf genug verurteilt werden könne.

In der Bekämpfung der Sozialdemokratie leistet Rechtsanwalt Dr. Fischer sein möglichstes, wie er auch in den Verleumdungsprozessen, die gegen die Parteizeitung „Schwäbische Volkszeitung“ im Auftrage der Schwärzen durch ihn geführt wurden, an Mitteln nicht verlegen war, seinen Gegner herabzuwürdigen.

Der Todesritt.

Die Wespennagelabteilung des in Magdeburg garnisonierenden Infanterieregiments Nr. 24 unternahm am 8. Juni d. J. eine militärische Übung, die darin bestand, daß die Aite Elbe, ein nicht schiffbarer Arm der Elbe bei Magdeburg, durchritten wurde. Bei dieser Übung fand der Unteroffizier Fiedler seinen Tod. Vor dem Kriegsgericht der Kommandantur in Magdeburg hatte sich nur der Oberleutnant Theodor Zamm gegen die Anklage zu verantworten, als Leiter jener Übung fahrlässigerweise den Tod des Unteroffiziers herbeigeführt zu haben und zwar dadurch, daß er nicht als erster in einem Boote zur Erkundung der Tiefenverhältnisse vorausgegangen sei und auch nicht das Ablegen der schweren beim Schwimmen hinderlichen Stiefel und Reithosen angeordnet habe. Der Angeklagte erklärte, sich hinreichend über die Tiefenverhältnisse informiert zu haben. Der verunglückte Unteroffizier sei von seinem Pferde abgeritten, habe dabei von diesem einen Fußschlag erhalten, durch den er betäubt worden sei, so daß er sich, obwohl er ein guter Schwimmer war, nicht habe retten können. In der Verhandlung behauptete der Ploniergeant Röder, daß er und ein Plonier, die mit einem Bonton vorausgeschickt worden waren, eine Wassertiefe von zwei Meter ermittelt und dies dem Oberleutnant zugeufen hätten. Der Angeklagte und die übrigen Offiziere wollten diesen Ruf nicht gehört haben. Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Darin, daß der Angeklagte in der Tat die Tiefenverhältnisse des Wassers nicht genügend erkundet habe, liegt zwar eine kleine Fahrlässigkeit, jedoch sei dies ohne Belang, weil Fiedler gut schwimmen konnte, und es rechtfertige sich die Freisprechung schon dadurch, daß das Unglück auch dann passiert wäre, wenn der Angeklagte das Ablegen der Reithosen und Stiefel angeordnet hätte.

Frankreich.

Der Rochette-Skandal.

Paris, 14. Juli. Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Jaurès, wiesher mit der Angelegenheit Rochette beauftragt

ist, ist gestern in Begleitung dreier anderer Mitglieder nachmittags beim Justizminister gewesen, um mit diesem Rücksprache zu nehmen über die in der Rochette-Angelegenheit in der nächsten Zukunft zu ergreifenden Maßregeln.

Sie verlangten speziell vom Minister Einsichtnahme in verschiedene Akten des Justizministeriums. Der Minister erklärte den Mitgliedern des Ausschusses, vorläufig gewisse Dokumente den Mitgliedern des Ausschusses noch nicht überlassen zu können, da diese nicht nur sein Ressort betrafen, sondern in die der anderen Minister hinübergreifen. Mit diesen Ministern müsse er erst Rücksprache nehmen.

Da der Ausschuh großen Wert auf die Durchsicht dieser Dokumente legt, wird das Verfahren vorläufig so lange ruhen, bis sämtliche Dokumente und Aktenstücke, in die der Untersuchungsanspruch Einblick zu haben wünscht, diesem zugestellt werden können.

Spanien.

Die Ereignisse von Barcelona.

Madrid, 14. Juli. Die gestrige Sitzung der Deputiertenkammer war den Ereignissen in Barcelona gewidmet. Ossario, der Zivilgouverneur von Barcelona zur Zeit der Unruhen, flagte die Radikalen, Republikaner, Sozialisten und Anarchisten an, die wissenschaftlichen oder unwissenschaftlichen Urheber der Unruhen gewesen zu sein. Das Volk habe an den Vorgängen, deren Anführer verbrecherische Menschen gewesen seien, keinen Anteil gehabt. Er sei überzeugt, wenn die Zivilbehörde ihre Amtsgewalt behalten hätte, wäre es ihr gelungen, die Ordnung aufrecht zu erhalten und die blutige Woche zu vermeiden.

Der Mord an Ferrer.

Madrid, 14. Juli. In den nächsten Tagen wird eine Broschüre des Vektors Simarillo, Professor an der Universität in Madrid, erscheinen. Es handelt sich um eine Untersuchung über die Angelegenheit Ferrer und über die Ursachen der Unruhen von Barcelona. Ferrer soll diese Broschüre über die Anklagen Ferrers, seine Richter, usw. Aufsatz geben. Aus der Untersuchung des Professors Simarillo geht hervor, daß Ferrer sich in keiner Weise an den Unruhen in Barcelona beteiligt hat. Die Broschüre gilt als erster Schritt zugunsten einer Revision des Ferrer-Prozesses.

England.

Eine bemerkenswerte Rede.

London, 11. Juli. (Eig. Ber.) Barnes, der Vorsitzende der Arbeiterpartei, hielt Sonnabend abend gelegentlich einer Demonstration der Gewerkschafter und Genossenschaftler in Bristol eine Rede, die ihrer Aktualität wegen Beachtung verdient. Besonders sei hier hervorgehoben die intransigente Stellung, die der Redner sowohl gegen die Konservativen wie gegen die liberale Partei einnahm. Die englischen Arbeiter, so führte er aus, schulden keiner der beiden Parteien etwas. Die Alterspensionen seien von beiden Parteien schon vor Jahren versprochen worden, aber erst nachdem die Arbeiterpartei im Parlament erschienen sei, seien die Alterspensionen aus der nebelhaften Sphäre der Theorie in die praktische Politik gekommen. Seit 20 Jahren schwäge die liberale Partei schon davon, das Haus der Lords zu ändern oder abzuschaffen und den unerbittlichen Wertzuwachs zu besteuern; dennoch siehe man heute noch fast auf derselben Stelle wie damals. Vor 20 Jahren versprochen die Liberalen, wie sie letztes Jahr versprochen hätten, sich mit der Frage des Hauses der Lords zu befassen; man könne ihm, dem Redner, glauben, wenn er erkläre, daß heute das Haus der Lords so sicher sei wie die Bank von England. Ohne im geringsten zu zögern, könne er sagen, daß die Arbeiter weder den Liberalen noch den Tories für die Alterspensionen zu Dank verpflichtet seien; wenn sie jemandem zu danken hätten, so sei denjenigen zu danken, die die Idee propagiert hätten, und der Arbeiterpartei, die im Hause der Commons die öffentliche Meinung zum Siege verholfen und die liberale Partei getrieben habe. Noch gebe es viel Unrecht aus der Welt zu schaffen. Die große Masse des Volkes, die alle Arbeit verrichte, leide unter der Armut, viele hungerten von der Wiege bis zum Grabe, wogegen die Leute, die die Mittel zur Schaffung des Reichtums befähigt, die das Land monopolisiert hätten und alles, was zur Ruhezuhung des Volkes da wäre, von Tag zu Tag auf Kosten der Arbeiter fetter und reicher würden. Es sei die Sache der arbeitenden Klasse, dieses Unrecht abzustellen und zu sagen: Zum Teufel mit dem Liberalismus und dem Konservatismus! Barnes wies darauf hin auf die pharisäische Haltung der liberalen Partei der Arbeiterpartei gegenüber und führte aus, daß die liberale Partei, solange die Vertreter der Arbeiterpartei noch hinter ihr hertraben, niemals etwas an der Bezahlung der Arbeitervertreter im Parlament aus der Kasse der Gewerkschaften auszusparen gehabt habe. Erst nachdem sich die Arbeiterpartei auf die eigenen Füße gestellt habe, habe die liberale Partei plötzlich ein Interesse für das abstrakte Recht der Gewerkschafter bekundet. Die von den Liberalen angeführten Argumente sind das reinste Blödsinn. Die englischen Arbeiter müßten jetzt danach streben, 100 Arbeitervertreter und mehr ins Parlament zu schicken.

Die Versammlung nahm eine Resolution an zugunsten einer freiwilligen Beitragserhebung für die Arbeiterpartei. —

Es ist eine recht erfreuliche Erscheinung, daß zu dieser kritischen Zeit die Bewegung für die freiwillige Organisation recht lebhaft wird. Wie nötig diese Propaganda ist, beweist der Umstand, daß erst in der letzten Woche noch drei oder vier Gewerkschaften mit Einhaltsbefehlen bedacht worden sind; unter ihnen befanden sich auch Vergewaltigerorganisationen, die bisher fast gänzlich verschont geblieben sind. Eine der Schwächen der Arbeiterpartei war immer der Mangel an Kritik aus den eigenen Reihen. Das dürfte jetzt wohl besser werden; denn man kann darauf rechnen, daß die energischen Elemente innerhalb der britischen Arbeiterpartei, die sich um Politik bekümmern und der politischen Partei ihre Beiträge zahlen, es sich nicht nehmen lassen werden, die Handlungen ihrer Parlamentariermitglieder zu kritisieren.

Gegen das Wettrüsten.

London, 13. Juli. Vierzig bis fünfzig liberale Mitglieder des Unterhauses haben heute abend einstimmig eine energische Protestresolution gegen die Höhe der diesjährigen Flottenforderungen angenommen. Die Resolution wird der Regierung übermittelt werden. Es herrscht jedoch Meinungsverschiedenheit darüber, ob es in Anbetracht der schweren Verfassungskrise ratsam sei, gegen die Forderungen zu stimmen. Es ist auch zweifelhaft, ob einer der Teilnehmer einen Antrag im Sinne der Resolution einbringen wird. Einige Teilnehmer erklärten, sie würden sich zum Zeichen des Protestes der Stimmabgabe enthalten.

Türkei.

Das Geheimkomitee.

Konstantinopel, 14. Juli. Wie bekannt, hat die Untersuchung ergeben, daß das endliche Geheimkomitee eine weit größere Ausdehnung hatte, als anfangs angenommen wurde. Dem Komitee sollen über 20 Depuyierte angehören.

Gewerkschaftliches.

Proletariat in „gehobener“ Lebensstellung.

Im „Jahrbuch für die soziale Bewegung der Industrie-beamteten“ veröffentlicht Lüdemann eine Uebersicht über die Organisationen der Angestellten im Jahre 1909, der wir folgende Angaben entnehmen. Was zunächst die kaufmännischen Angestellten betrifft, so hat der antisemitische — sogenannte „deutschnationale“ — Verband 2490 Mitglieder verloren: er sank von 111 235 auf 108 745. Noch viel mehr, nämlich über 10 200 Mitglieder verlor der „Deutsche Verband kaufmännischer Vereine“ zu Frankfurt am Main. Alle übrigen Verbände (es sind im ganzen 16, die Lüdemann anführt) haben zugenommen, so daß trotz des starken Verlustes von 12 700 Mitgliedern in den genannten beiden Verbänden doch insgesamt ein Gewinn von 9600 Mitgliedern herauskommt. Man darf aber daraus leider noch nicht auf ein Aufblühen des Gewerkschaftsgebändens unter den Handlungsgehilfen schließen, denn den größten Teil dieses Zuwachses haben die rückständigsten Verbände eingeheimst: fast 9000 der Hamburger Verein von 1858, 2700 der Leipziger Verband, über 4000 der Deutsche Bankbeamtenverein. Auf den Zentralverband kommt nur ein Zuwachs von 1066, was freilich bei einer Mitgliederzahl von 9870 (am 31. Dezember 1909) mehr als 10 Proz. ausmacht. Aber diejenigen Verbände, die auf liberalem Boden stehen, haben keinen größeren, prozentual sogar noch geringeren Zuwachs zu verzeichnen: 1256 der Verband für weibliche Angestellte, und der Hirsch-Dundersche Verein der deutschen Kaufleute gar nur 127. In sämtlichen 16 Verbänden waren am 31. Dezember 1909 über eine halbe Million Handlungsgehilfen organisiert, nämlich 500 362. Das wäre eine überaus stattliche Zahl, eine achtunggebende Macht, mit der die Prinzipale rechnen müßten, wenn sie in einem Verband zusammengeschlossen wären, und zwar in einem solchen, der, wie der Zentralverband eine wirkliche Gewerkschaft wäre, statt dessen sind all diese Verbände außer unserem Zentralverbände noch im Harmoniebusel besangen.

Unter den Technikern weist der Bund der technisch-industriellen Beamten eine Zunahme von 2082 auf, so daß er jetzt über 15 000 Mitglieder zählt. Freilich wird er noch bei weitem übertroffen vom Deutschen Technikerverband, der 1909 2319 neue Mitglieder gewann und nunmehr eine Mitgliederzahl von 27 359 hat. Der Deutsche Werkmeisterverband hat durch Zuwachs von 1382 neuen Mitgliedern eine Zahl von 50 577 erreicht. Die Gesamtzahl aller (in 18 Verbänden) organisierten Techniker beträgt 117 358, ebenfalls eine starke Macht — doch gilt hier das gleiche, wie für die Handlungsgehilfen.

Endlich sind in vier Verbänden über 13 800 Bureau-gestellte organisiert, und in zwei Verbänden über 16 400 landwirtschaftliche Angestellte. Zum Schluß führt Lüdemann noch eine Reihe von Vereinen von Lehrern, Fleischergehilfen, sonstigen Privatbeamten, Chorfängern usw. an, die für gewerkschaftliche Zwecke wohl kaum in Frage kommen. Höchstens wäre die „Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger“ zu erwähnen, die einen Zuwachs von 3183 zu verzeichnen hat und damit einen Stand von 11 112 Mitgliedern erreicht.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Formier bei der Firma Schwarzkopff stand auf der Tagesordnung einer allgemeinen Versammlung der Formier und Berufsgehilfen, die der Deutsche Metallarbeiterverband zum Dienstagabend nach den „Vorussajalen“ einberufen hatte. Der Streik begann bei Schwarzkopff am 8. Juni. Die Gründe, die zu dem Streik führten, wurden in einer Betriebsversammlung, die am 22. Juni stattfand, erörtert und durch den „Vorwärts“ (Nr. 145) der Öffentlichkeit unterbreitet. Die Betriebsversammlung hatte den Arbeiterschutz beauftragt, eine Beilegung des Streiks durch eine Verhandlung mit der Direktion zu versuchen. Die nachgefolgte Verhandlung wurde von der Direktion abgelehnt, und zwar mit der rechtsonderbaren Begründung, daß der Bericht des „Vorwärts“ lauter Unrichtigkeiten enthalten habe. Brieflich wurde dem Ausschuss mitgeteilt, daß deswegen keine Verhandlungen stattfinden könnten. Was die Firma als „Unrichtigkeit“ bezeichnete, wurde von der starkbesetzten Versammlung in den „Vorussajalen“ erneut und mit verstärkter Betonung als Tatsache erklärt, daß nämlich die Firma Schwarzkopff die Vereinbarung von 1904, die Schlichtung der Differenzen über den Auszubehrgang betreffend, nicht einhält. Obendrein liegt hier gerade eine Forderung der Streikenden vor, die doch am besten wissen müssen, ob die Vereinbarung eingehalten wird. Eine andere „Unrichtigkeit“ sollte darin bestehen, daß die im Bericht angeführten Lohnlisten die schlechtesten Formier betreffen. Also richtig sind sie doch und daß die Löhne bei Schwarzkopff überhaupt sehr niedrig sind, zeigt die andere Forderung der Streikenden, daß den Formieren ein Stundenlohn von 60 Pf. garantiert werden müßte. Wollte man die Lohnlisten der bestgestellten Formier anführen, so müßte man die wenigen Ausnahmen herausfinden, und dann wäre der Vorwurf der Unrichtigkeit in der Darstellung erledigt gewesen. — Die Direktion will nicht verhandeln, weil sie ihre schwache Position den berechtigten Ansprüchen der Formier gegenüber nicht verteidigen kann. Sehr häufig müßten die Formier auf dem Gewerbegericht ihr Recht suchen, weil die Firma eine Ausnahmestellung unter den Gewerbebetrieben einzunehmen versucht und die Formier für gegenwärtige wie zukünftige Fehler im Guß verantwortlich machen und den geringen Lohn nur als Vorwurf betrachten wissen will. Jeder bessere Formier sieht den Betrieb von Schwarzkopff nur als Notbehelf an und strebt danach, bald eine andere Stellung zu bekommen, darum wechseln die Leute dort so häufig. — Was den Stand des Streiks anbelangt, so wurde berichtet, daß von den Streikenden nur ein Mann (unorganisiert) abgegangen sei, daß drei Hilfsarbeiter — neuingestellte — angeleitet würden und viele Arbeit auf Umwegen, in der Provinz und bei anderen Firmen hergestellt werde. Erwähnt wurde besonders die Schwarzkopff-Kaffe-Gesellschaft, deren Arbeiten für die Formier als Streitarbeit anzusehen seien. Der bekannte Lebius ist bemüht gewesen, Formier von außerhalb für Schwarzkopff zu liefern; aber die Firma soll bereits auf die Liebedienste von Lebius verzichtet haben, nachdem die von ihm gelieferten „Arbeitskräfte“ 100 Prozent Ausschub herstellten.

In der Versammlung herrschte nur eine Stimme darüber, daß den Streikenden volle Sympathie und Unterstützung zuteil werden müßte. In einer Resolution verpflichteten sich die Versammelten, die in sehr starker Zahl erschienen waren, den Streikenden Beistand zu leisten und keine Streitarbeit zu übernehmen. Wo Streitarbeit hergestellt wird, ist der Organisationsleitung davon sofort Mitteilung zu machen.

Die diesjährige Lohnbewegung in der Porzellanindustrie Berlins hat bis jetzt soviel Erfolg gehabt, daß die Tarifverträge bei 20 Firmen mit 1592 direkt beschäftigten Arbeitern und 274 bei Heimarbeitern beschäftigten jungen Leuten durchgeführt sind. Von jenen 1592 Arbeitern sind 285 auf eigenen Betriebswerkstätten der Firmen tätig.

In der Porzellanmachereibranche und auch in der Damenhaarschneiderei, der sogenannten Kostümbranche, hat sich das Tarifvertragswesen selbstverständlich schon bedeutend stärker entwickelt als in der Konfektion. In der Porzellanmachereibranche sind 24 Firmen, die den Tarifvertrag anerkannt haben, mit 4892 Arbeitern, von denen 1097 auf Betriebswerkstätten tätig sind. Die Tarifgemeinschaft dieser Branche ist außerdem für 409 junge

Gehilfen maßgebend, die bei den Heimarbeitern tätig sind. Von den 4892 Arbeitern kommen auf die Tarifklasse Ia 1171, Ib 1371, IIa 1298, IIb 784, III 68 Arbeiter.

In der Kostümbbranche sind die Tarifverträge mit 77 Firmen abgeschlossen, die 2650 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, von denen 1910 auf die Ia-Klasse, 640 auf die Ib-Klasse kommen. In dieser Branche ist die Werkstattarbeit fast ganz allgemein, Heimarbeiter kommen nur 50 für das Tarifverhältnis in Frage.

Die streikenden Schmiede erhoben in ihrer Versammlung am Donnerstag morgen lebhafte Beschwerden über Beeinträchtigung ihrer Rechte als Streikende durch die Polizei. Hiergegen Redner traten auf, um ihre Erfahrungen mit Schuppleuten bekannt zu geben. Sie bestätigten nur die bekannte Tatsache, daß die Polizei in einem Kampfe zwischen Unternehmern und Arbeitern fast immer die Partei der Unternehmer ergreift. Die unbehaglichen Streikposten wurden verhaftet, ohne daß sie den Verzehe fürchten, ohne daß sie aufgefordert wurden, weiterzugehen, und oft mühten sie stundenlang, in einem Falle sogar einen ganzen Tag, auf der Wache zubringen; sie wurden drangsaliiert und aufgefordert, sich nicht wieder an ihrem Platze setzen zu lassen. Neuerdings sind verschiedene Strafmandate, alle auf 30 M. lautend, erlassen worden; aber die Streikenden lassen sich trotz alledem nicht zurückschrecken. Die Polizei macht die Leute nur erbittert und pakt ihnen die Lehre vom Klassenhaß, die mancher noch schlecht begriffen hat, ein. — Die Streikleitung hat den Innungsmeistern von Berlin, Charlottenburg und Rixdorf ein Schreiben gefandt und sie über die Haltung der Streikenden unterrichtet, um keine Irrtümer aufkommen zu lassen. Manche Meister glauben, der Scheitern des Verbandes müßte bald geleert sein und sie werden sich boundern, zu hören, daß der Zentralverband der Mitgliedschaft Berlin 100 000 M. zur Verfügung gestellt hat und daß eine notwendige weitere Unterstützung durch die Berliner Gewerkschaftskommission in Aussicht gestellt ist. Die Meister verlieren gegenwärtig massenhaft Arbeit, die nach den Bogenfabriken geht, weil den Schmiedemeistern die Arbeitskräfte fehlen; sie beharren aber in ihrem Trotz, mit dem Zentralverband nicht verhandeln zu wollen, obgleich der abgelaufene Tarifvertrag mit dem Zentralverband abgeschlossen worden ist, woran die Streikenden immer wieder erinnern.

Achtung, Steinarbeiter! Mit der 27. Woche trat der erhöhte Beitrag (75 Pf.) in Kraft. Restanten können auf kurze Zeit noch alte Marken (70 Pf.) erhalten im Verbandsbureau, Schepferstr. 30. Diejenigen Kollegen, welche für Wochen des vorigen Quartals bereits wider Willen neue Marken gelebt haben, erhalten den Mehrbetrag auf ihren Antrag zurück. Billets für Konz., Ball- und Zementindustriestaustellung, deren Besuch wir unseren Kollegen sehr empfehlen können (die Ausstellung wird am Montag geschlossen), sind nur noch im Verbandsbureau der Raurer, Engelstr. 15 III, erhältlich. Die nächste Versammlung am Donnerstag, den 21. d. M., im Gewerkschaftshaus bildet gleichzeitig den Endtermin zur Abgabe der statistischen Fragebogen.

Zentralverband der Steinarbeiter, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Nachwehen vom Bauarbeiterkampf.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Posen lehnt es jetzt nach erfolgtem Friedensschluß beharrlich ab, mit den Bauhilfsarbeitern einen Tarifvertrag abzuschließen. Da diese am Ort noch nicht über eine genügend starke Organisation verfügen, glauben die Unternehmer, sie ignorieren zu können. Mit den Maurern und Zimmerern sind die Verträge abgeschlossen worden. Die Hilfsarbeiter haben dieser Tage zu der Frage Stellung genommen und beschlossen, nötigenfalls durch einen Streik die Anerkennung ihrer Organisation durch die Arbeitgeber zu erzwingen.

Drohender Streik der Posener Straßenbahner.

Bereits im April haben die Fahrer der Posener Straßenbahngesellschaft dieser ihre Forderung, die niedrigen Löhne aufzubessern, unterbreitet. Ende Mai erhielt der Verbandsleiter den Bescheid, daß die Direktion mit dem Verbandsführer nicht verhandelt. Hierauf hielten die Straßenbahner zwei überfüllte Versammlungen ab, in welchen der Beschluß gefaßt wurde, daß eine siebenköpfige Kommission sich noch einmal an die Direktion zwecks gütlicher Regelung wenden sollte. Die Kommission tat dies in einem von den Vertrauensleuten unterzeichneten Schriftstück. Nun veröffentlichte die Direktion ein angeblich bei ihr eingelaufenes Schriftstück, in dem — anonymer Natur — gegen die nicht an der Lohnforderung beteiligten Schaffner die schwersten Vorwürfe, wie Betrug, Verpfändung des Gehalts usw. enthalten waren. Selbstverständlich wurde in der Öffentlichkeit angegeben, das Schreiben wäre vom Transportarbeiterverband abgefaßt worden. In einer erneuten Versammlung protestierten die Fahrer entschieden gegen eine solche Unterstellung, das Schriftstück müsse von einem Uneinigkeit säen wollenden Lumpen an die Direktion gefandt worden sein. Auch die anwesenden Schaffner erklärten sich mit den Fahrern solidarisch und betonten, auf solchen Schwindel nicht hereinfallen zu wollen. Erneute Vorstellungen der Kommission zwecks Verhandlung wurden abgelehnt, man ist eben Herr im Betriebe. Auf beiden Seiten rechnet man mit einem Streik, zu welchem Zweck auch den Werkstattarbeitern bereits Streibreakanzüge verpackt hat. Diese haben jedoch bereits erklärt, sich dazu nicht hergeben zu wollen. Es soll noch einmal ein Verhandlungsversuch gemacht werden.

Schlesien bei Rußland.

In Krieg in Schlesien stand während der Bauarbeiterausperrung die Polizei nahezu völlig im Dienste der Bauherren. Unausführlich hatte sie Arbeitswillige zu beschützen, Streikende fernzuhalten, Ausgesperrte zu bewachen u. a. m. Eine Heidenarbeit! Vor allem machte der Polizei die Ueberwachung des Bahnhofes viel Last und Kerger, weil die Arbeiter der merkwürdigen Meinung waren, daß der Bahnhof auch für sie da ist. Eines guten Tages aber wurde es der Polizei zu dumm: Sie schrieb einfach die Arbeiter auf und beglückte sie mit Strafbefehlen. Vor dem Schöffengericht wußte aber die Polizei nichts, rein gar nichts für die Schuld der Wunder anzugeben. Es müßten sogar die Polizisten zugeben, daß die Arbeiter stets, wenn man sie aufgefördert, fortgegangen seien. Niemand habe sich widersetzt. Aber — diese Heimtückischen! Sie seien dann „wo anders hingegangen“. Und das habe man als — Verhöhnung der Polizei angesehen müssen! Zwei von denen, die Kommissar Bruchmann fortgejagt, hätten sogar sich laut verabredet — „horribile dictum“ — „Na, dann wollen wir inzwischen eins trinken gehen!“ Auch das habe er als eine Verhöhnung angesehen, sei den beiden Durstigen in die Kneipe gefolgt — eine ganze Strecke weit — und habe sie, als sie dort ihre Personalien nicht angeben wollten, auf der Stelle verhaftet! Und diese Bauarbeiter müssen jetzt je 15 M. Strafe zahlen. Nur, weil sie eins trinken gegangen waren, was der (sehr schlecht besoldete) Polizist als Verhöhnung aufgefaßt hatte!

Ja, das selbe Gericht brachte noch ein Uebriiges fertig: Es verurteilte einen dritten Arbeiter zu 24 M. Strafe, weil er „in ganz unerhörter Weise die Polizei beleidigt“ hatte. Und worin bestand dieses Verbrechen? Der Vermessene hatte in einer Anwendung von Größenwahn zu dem Polizisten gesagt: „Ich bezahle mehr Steuern als Sie, der Sie von den Steuerzahlern erhalten werden?“ Das sehen preussische Richter — Schlesien gehört doch nun mal noch zu Preußen, es grenzt nur an Rußland — als „unerhörte Beleidigung der Polizei“ an! Der Arbeiter hat doch nur die Wahrheit gesagt. Wenn das beleidigend ist, dann bessere man doch die Bezüge der Polizisten auf, daß sie ebensoviel verdienen wie ein Begeleträger. Und solche Richter soll man nicht weisfremd nennen?

Ausland.

Die Lohnbewegung der Buchbinder in Bern ist nun doch noch, ohne daß es zu einer Arbeitseinstellung kam, durch einen neuen Tarif zum Abschluß gelangt. Er bringt die Herabsetzung der Arbeitszeit auf täglich neun Stunden, eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Proz.,

nach zwei Jahren eine weitere von 3 Proz. Der Abschluß erfolgte am 5. Juni. Da hiermit der Reunionsvertrag in der Schweizer Buchbinder-tariflich festgelegt wurde, dürfte der erfolgte Abschluß in dieser Beziehung bahnbrechend wirken. Die Sperre über Bern ist aufgehoben.

Aus der Frauenbewegung.

Der Eroberungszug der Frau im deutschen Erwerbsleben.

Nach den neuesten statistischen Aufnahmen hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen in Deutschland seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts bedeutend zugenommen und scheint von Jahr zu Jahr in allen Berufen zu wachsen. Es gibt heutzutage fast keinen Stand mehr, der nicht wenigstens einzelne weibliche Angehörige aufzuweisen hätte. Von den rund 83 Millionen deutscher Frauen und Mädchen — Deutschland hat bekanntlich mehr als 1 Million mehr Frauen als Männer — stehen jetzt fast 8 1/2 Millionen im Erwerbsleben. Während die Zahl der männlichen Erwerbstätigen seit 10 Jahren um etwa 20 Proz. zunahm, zeigt die Zunahme bei den Frauen 58 Proz. Die letzte Berufszählung von 1907 ergab schon acht Millionen erwerbstätige Frauen, seit dieser Zeit hat eine genaue Fählung nicht stattgefunden, so daß am 1. Dezember 1910 die Zahl von 8 1/2 Millionen bereits wesentlich überschritten sein dürfte. Für die letzten 10 Jahre stellen sich die Verrechnungszahlen in Prozenten wie folgt: Berufstätige Frauen in der Landwirtschaft 67 Proz. (jetzt etwa 4,8 Mill.), in der Industrie 33 Proz. (jetzt etwa 2,8 Mill.), langsam ist die Entwicklung in den freien Berufen, hier sind genaue Schätzungen schwieriger. Da Nebenbeschäftigung nicht immer von Brotbeschäftigung unterschieden werden kann, so gibt es etwa 18 000 Kaiserinnen und Vöndamen, 27 000 Angehörige von Theatern und Schaustellungen aller Art und etwa rund 1000 Journalistinnen, die aus diesem Beruf ihren Lebensunterhalt bestreiten.

Vom amerikanischen Schulwesen.

Unsere englische Genossin Dora B. Montefiore schildert in der „Justice“ die Eindrücke, die sie auf einer Agitations- und Studienreise in Amerika empfangen. Sie kommt dabei auch auf das Schulwesen zu sprechen. „In allen Schulen, die ich besichtigte“, schreibt sie, „war die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter die Regel. Mit Ausnahme der allerärmsten Viertel in Chicago und New York, der Slums — wo es natürlich wohlhabende Leute nicht gibt — besuchen die Kinder der Besitzenden dieselbe Elementarschule wie die Kinder der Armen. Ich hörte dem Unterricht in einigen der größten öffentlichen Schulen in Chicago und New York zu, und obwohl die Klassen hier und da stärker besetzt waren als es sein sollte, so kann doch kein Zweifel sein über die Vortrefflichkeit und den gesunden Geist des Unterrichts. Miss Margaret Haley in Chicago hat die Lehrerinnen-Organisation zum Anschluß an die Federation of Labour (Arbeitsverband) gebracht. In derselben Stadt haben die Behörden kürzlich eine Frau — Mrs. Dagg Young — mit einem Gehalt von 2000 Pf. St. (40 000 M.) jährlich zur Schulinspektoren über das gesamte Schulwesen gemacht. Solche Dinge sind in England nicht möglich. Unsere Lehrerinnen würden die Annäherung an die Organisationen der Handarbeiter mit Entrüstung von sich weisen; unsere Oberlehrer würden die Autorität eines weiblichen Schulinspektors nicht dulden.“

Es ist kaum nötig, hinzuzufügen, daß solche Dinge auch in Deutschland vorläufig zu den Unmöglichkeiten gehören. So ist die Frage des gemeinsamen Unterrichts von Anaben und Mädchen bei uns nach einigen dürftigen Versuchen wieder auf den toten Strang geschoben worden, und die kostspielige Juchasse verlangende Vorschule wird wahrscheinlich noch lange aufrecht erhalten werden, um die soziale Scheidung der Besitzenden von den Habenichtsen recht deutlich hervortreten zu lassen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 17. Juli, Wanderausflug (nur für gute Fußgänger) nach Jagdschloß Stern-Rachnower Schleuse-Regendorf. Treffpunkt 1/8 Potsdamer Bahnhof, Abfahrt 8¹⁵ bis Ken-Waldenberg. Sonntag, den 31., Familienausflug nach Radenstein. Treffpunkt 9 Uhr Schlesischer Bahnhof. Abfahrt 9¹⁴ bis Dirschgarten. Für Nachzügler Radensteiner Mühle.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Flottenbauplatz im englischen Unterhaus.

London, 14. Juli. (B. Z. S.) Im Unterhaus beantragte bei der Verhandlung über den Flottenbauplatz von 344 000 Pfund Sterling Dillon (Nationalist) eine Herabsetzung um 2 Millionen Pfund. Er setzte auseinander, daß die Wirkung der Herabsetzung einfach darin bestehen würde, die Ausführung des ungeheuerlichen Programms zum Teil aufzuschieben. Sie würde aber in keinem Falle die Sicherheit des Landes gefährden.

Asquith wies darauf hin, wie sehr sich die Regierung in vergangenen Jahren durch den Wunsch nach Sparsamkeit habe leiten lassen. Niemand kann die Notwendigkeit vermehrter Flottenaussgaben mehr bezweifeln als ich. Ich kann mit vollkommener Aufrichtigkeit sagen, daß unsere Beziehungen zu Deutschland den herzlichsten Charakter getragen haben, und ihn noch in diesem Augenblick tragen. Und ich glaube an eine von Jahr zu Jahr zunehmende Wärme und Innigkeit in diesen Beziehungen. Ich begrüße, wie jedermann in diesem Hause tun muß, als die verschiedenen Bewegungen, durch welche die beiden Völker mehr und mehr zu gegenseitigem Verständnis gelangen, und ich glaube nicht, daß die deutsche Regierung die Ansicht unterschreiben würde, die man dem deutschen Volke untergeschoben hat, daß unsere Flottenrüstungen gegen sie gerichtet seien, ebensowenig wie ich die Ansicht unterschreibe, als ob die deutschen Flottenrüstungen gegen und gerichtet wären.

Deutschland habe seine eigene Politik zu verfolgen und seine Interessen zu wahren. Es ist eine große Weltmacht, hat weit entfernte Kolonien. Des weiteren führte Asquith aus, die Regierung sei verantwortlich nicht so sehr für weitere Ausdehnung und Entwicklung des Reiches als für die Verteidigung der Sicherheit des Reiches, das schon existiere, und sie würde das Vertrauen, das Volk und Reich in sie setzen, täuschen, wenn sie nicht eine beträchtliche Sicherheitsreserve gegen jede wahrscheinliche oder auch nur mögliche Gefahr aufrechterhalte. Er verteidigte sodann seine vorjährige Rede über das Marinebudget gegen die Angriffe Dillon. Was er damals gesagt habe, sei buchstäblich richtig. Unzweifelhaft habe im vorigen Herbst eine Vorausnahme von vier Schiffen des deutschen Dreadnought-Programms in dem Sinne stattgefunden, daß die Aufträge erteilt, das Baumaterial herbeigeschafft und vielleicht die Riele gestreckt worden seien. Das sei von niemand bestritten worden, sicherlich nicht von der deutschen Regierung. Er habe von den Erklärungen der deutschen Regierung, wonach künftighin keine Verschleierung mehr Platz greifen solle, gebührende Kenntnis genommen, aber jene Feststellung über die Vorausnahme sei richtig gewesen und niemand habe sie bestritten können. Asquith geht dann in längeren Ausführungen auf die Entwicklung der englischen und deutschen Flotte ein.

Von einem durchgehenden Gespann getötet.

Karlruhe, 14. Juli. (B. S.) In Lieblosheim ging ein nicht ganz an den Bogen geschnitten Pferd durch. Die drei Kinder des Schmiedes Seig, die gerade aus der Schule kamen, wurden umgerissen. Zwei von ihnen wurden getötet.

Erdbeben.

Bieberach a. d. R., 14. Juli. (B. S.) Heute vormittag wurde hier ein heftiger Erdstoß wahrgenommen. Der auf dem Wigel im Hochwächerturm stationierte Türmer bemerkte ein Schwanken des Ofens und der Bilder. Im Bezirksspital bemächtigte sich der Kranken eine große Erregung.

Die Taktik im Wahlrechtskampf.

IV.

Im 4. Teil seines Artikels führt Kautsky aus, daß es, außer den in der Jenaer Resolution angeführten, nur noch einen Grund geben dürfte, die Ermattungsstrategie aufzugeben und zur Niederwerfungsstrategie überzugehen: wenn unsere Gegner in eine Klemme geraten, die es gelte aus rascheste auszunutzen und die durch einen Massenstreik am wirksamsten auszunutzen wäre. Ob die heutige Situation dieser Art, das sei die entscheidende Frage.

Dann untersucht Kautsky, welches die Faktoren sind, die die heutige Situation geschaffen haben. Auf den ersten Blick möge es scheinen, sie sei das Produkt der Straßendemonstrationen. Man möge sagen, durch ihre schärferen Mittel habe die Sozialdemokratie die Massen begeistert und die Regierung in die Enge getrieben. Aber diese Begeisterung werde sich schnell wieder verflüchtigen und die Regierung wieder an Aufsehen, Kraft und Verunft gewinnen, wenn wir nicht auf der einmal betretenen Bahn fortschritten, unsere Mittel immer mehr verschärften, dadurch die Massen immer mehr begeisterten und die Regierung immer mehr in die Enge treiben, bis sie vor dem überwältigenden Ansturm der Massen zusammenbreche. Wäre das die Situation, so würde sich jeder Schöner am Proletariat verständigen, der jetzt nicht mit allen Kräften daran arbeitete, es zu schärferen Kampfmethoden anzutreiben. Aber die Situation scheint ihm anders zu liegen. Nicht die Straßendemonstrationen allein hätten die Erregung der Massen geschaffen, sondern die Demonstrationen seien erst möglich geworden, weil Ursachen, die schon seit Jahren wirkten und noch jahrelang wirken würden, eine gewaltige Erregung und Erbitterung in den Massen erzeugt hätten, die sie zu den Straßendemonstrationen geneigt machten.

Kautsky entwickelt sodann diese Ursachen: die Zuerung der Lebensmittel, den wachsenden Steuerdruck, die Kriegskrisen, Erscheinungen, die überall zu wachsender Erregung der Massen, gleichzeitig aber auch zu wachsenden Gegenätzen der herrschenden Klassen untereinander, zu wachsender internationaler Nervosität und zu steigendem Gegensatz der Masse der bürgerlichen Welt — Kleinbürger, Intellektuelle, Händler und kleine Kapitalisten — gegen Grundbesitz, hohe Finanz und große industrielle Monopolisten führen, die alle Vorteile dieser unerträglichen Zustände einheimen und alle Lasten auf die anderen abzuwälzen suchen. In Preußen werde diese allgemeine internationale Situation noch dadurch besonders verschärft, daß hier das ostfeindliche Junkertum den Staat beherrsche und dadurch die Vorteile, die es auf Kosten der anderen Klassen einheimt, noch größer, deren Lasten noch gewaltiger, die allgemeinen Zustände noch unerträglicher mache.

Die Herrschaft dieser Klasse, der unwirksamsten unter den herrschenden Klassen Europas, die um so schlimmer, frecher und brutaler werde, je mehr sie ihre privilegierte Stellung bedroht sehe, je schädlicher sie werde, werde auch den bürgerlichen Massen und Parteien immer drückender, da sie sehen müssen, wie das Junkertum Lebensmittel und Rohstoffe künstlich verteuert, die Steuern von sich abwälzt, alle großen Posten in Bureaucratie und Armee für sich in Anspruch nimmt, Regierung Gericht, Polizei als seine Werkzeuge behandelt, die jede unbequeme Opposition niederzuknallen haben. Aber auch selbst sehr entscheidenden Ausbeutern und Begünstigten des Proletariats werde die Junkerherrschaft unheimlich, weil sie zu der Einsicht gekommen seien, daß die Arbeiterklasse eine zu gewaltige Macht geworden ist, als daß es noch möglich wäre, sie mit brutalen Zwangsmitteln niederzuhalten, wie die Junker wollen. Sie wünschten die in den meisten anderen Staaten angewandte Methode des anscheinenden Entgegenkommens angewandt, die ihnen allein noch Gewähr zu bieten scheine, den Fortschritt der Arbeiterbewegung noch etwas zu hemmen, indem die Reihen der Proletariat gespalten, ein Teil ihrer energiefähigsten Elemente korrumpiert und die anderen entkräftet werden.

Mit Grauen sehen die Älteren Verfechter der kapitalistischen Ausbeutung in Preußen und außerhalb Preußens im übrigen Deutschland, wie die kopflosen Brutalitäten der Junker und ihrer Regierung die Reihen der arbeitenden Klassen immer enger zusammenschließen, sie immer mehr erregen, ihr Fühlen und Denken immer revolutionärer gestalten.

So wenden sich nicht bloß die arbeitenden Massen, sondern auch weite Schichten der bürgerlichen Welt immer stärker gegen das Junkerregime; aus den verschiedensten, mitunter recht wider-

sprechenden Ursachen, aber alle immer mehr einig in der Ueberzeugung, daß dieses Regime Deutschland einem Abgrund zutreibt. Am stärksten und einheitlichsten ist die Erbitterung in den unteren Schichten, die am meisten unter Zuerung, Steuerdruck und bureaukratischer Mißhandlung zu leiden haben. Sie lenkt diese Schichten naturgemäß der Sozialdemokratie zu, läßt sie in dieser ihren Ort und den Verfechter ihrer Interessen sehen. Das sind die Gründe, die unseren Straßendemonstrationen eine solche Macht und Bedeutung geben, die aber auch die Reihen unserer Wähler schwächen, wie jede Nachwahl zum Reichstag zeigt, die die allgemeinen Reichstagswahlen im nächsten Jahre zu einem fürchterlichen Tage des Gerichts für die Regierung der preussischen Junker und deren ganze oder auch nur halbe Bundesgenossen zu machen droht. Gegnerische Wahlstatistiker rechnen bereits mit der Möglichkeit, daß wir bei den kommenden Wahlen 125 Mandate erobern.

Bis dahin können freilich noch anderthalb Jahre vergehen und das Volk vergißt schnell. Wissen wir nicht befürchten, daß inzwischen sein Grimm verblaßt? Doch die Regierung durch einen geschickten Schachzug eine populäre Wahlparole findet, die ihr Ansehen wiederherstellt und all den Haß, alle die Verachtung von ihr abwälzt, die sie in der letzten Zeit so reichlich überschüttet haben? Begeisterung ist bekanntlich keine Springschwamm, die sich einpölen läßt; wollen wir aus ihr Nutzen ziehen, dann muß es sofort geschehen; und da uns heute dazu nicht der Kampfboden der Reichstagswahlen zu Gebote steht, müssen wir einen anderen schaffen und der kann nur der des Massenstreiks sein.

So wird also mancher denken, und diese Argumentation hätte manches für sich, wenn wir erwarten könnten, die Ursachen, die die heutige Erregung der Massen herbeiführten, würden zur Zeit der nächsten Reichstagswahlen nicht mehr wirken. Zu dieser Annahme ist aber kein Grund vorhanden.

Kautsky führt dann weiter aus, daß Zuerung, Steuerdruck und junkerliche Brutalität in Verhältnissen begründet sind, die sich so leicht nicht ändern, die 1911 ebenso stark wirken wie 1910, eher noch stärker, da das Vertrauen weiter gehe.

Man wird vielleicht einwenden, die Arbeitslosigkeit habe nicht wenig dazu beigetragen, die Arbeitermassen zu erbittern, und die werde nach einem Jahre bedeutend zurückgegangen sein, da die Krise überwunden sei. Daran ist so viel richtig, daß das nächste Jahr wieder das eines günstigeren Geschäftsganges zu werden verspricht. Aber ob eines glänzenden Geschäftsganges, ist zweifelhaft. Und noch mehr als schon in der letzten Prosperitätsperiode werden diesmal die Unternehmerverbände den Lohn abschöpfen und die Arbeiter von der Prosperität nicht viel mehr zu verpirschen bekommen als die Zuerung; denn die Prosperität bedeutet ein Steigen der Warenpreise.

Andererseits darf man aber nicht meinen, in Zeiten der Prosperität seien die Arbeiter so zufrieden, daß Erbitterung über Entrechtung und Mißhandlung in ihnen nicht aufkomme. Man möchte auch umgekehrt sagen, in Zeiten der Krise seien die Arbeiter zaghaft und kampfunfähig, vor allem zu jedem Streik, also auch politischen Massenstreik, nicht zu haben, weil jeder froh sei, Arbeit zu finden oder zu behalten.

Das eine ist, absolut genommen, ebenso falsch wie das andere. An dem einen und an dem anderen ist so viel richtig, daß jede Aktion des Proletariats Hindernisse findet, sowohl zur Zeit der Krise wie zur Zeit der Prosperität, die sie beeinträchtigen. Daß jene seine Kampffähigkeit, diese seinen revolutionären Drang nicht so stark in Erscheinung treten läßt, als es sonst der Fall wäre. Ein proletarischer Kämpfer wird auf diese Verhältnisse wohl Rücksicht nehmen müssen bei der Wahl seiner Kampfsmittel. In der Zeit der Krise werden große Straßendemonstrationen leichter durchzuführen sein als Massenstreiks. In der Zeit der Prosperität dürfte der Arbeiter sich für einen Massenstreik leichter begeistern, als während der Krise.

Wir haben aber nicht bloß mit Prosperität und Krise zu rechnen, sondern auch mit dem Wechsel zwischen Prosperität und Krise, und diese Perioden des Ueberganges, scheint es, sind jene, in denen der Arbeiter am aktivsten ist; namentlich scheint dies der Fall zu sein in den ersten Zeiten der Prosperität, wenn noch die Erinnerung an die Entbehrungen, die quälende Unsicherheit, die Degradation der Krise in ihm lebendig ist, gleichzeitig aber auch das Kraftgefühl und die Kampfeslust, die der Prosperität entspringen.

So sei die revolutionäre Kampfesstimmung des deutschen Proletariats am Ende der 80er Jahre, die den Zusammenbruch des

Sozialistengesetzes und den glänzenden Aufstieg der Reichstagswahl von 1890 herbeiführte, mit durch die Prosperität bedingt gewesen, die damals einsetzte. Kautsky vergleicht jene Zeit, die manche Ähnlichkeit mit der jetzigen Situation habe, mit dieser, weist nach, daß die heutige Lage weit gefährlicher für die herrschenden Klassen, weit hoffnungsvoller für das Proletariat ist. Damals sei der leitende Staatsmann ein Gentleman gewesen, der auf glänzende Erfolge zurückblicke, heute sei der Reichstagskanzler ohne jedes Ansehen bei Freund und Feind, der Gefangene der Minister und rüchänbigsten Partei. Damals schien die Gefahr eines Krieges mit England und Frankreich die Nation selbst zu bedrohen, so daß die Regierung im Kriegsfall das ganze Land hinter sich zu haben rechnen konnte, heute hätten wir die Gefahr eines Krieges mit England, wobei wieder hier noch dort die Nation bedroht sei, nicht Lebensfragen der Nation, sondern Fragen des kolonialen Besitzes, nur Lebensfragen einiger Ausbeuterklassen ausgefochten würden. Bei einem solchen Kriege, der fürchterliche Opfer kosten würde, trenne sich leicht die Masse des Volks von der Regierung und wende sich beim Ausbleiben von Erfolgen gegen sie. Komme es aber nicht zum Kriege, so stachelten die Klüftungen den Widerstand an. Während in den 80er Jahren niemand außer der Sozialdemokratie Abstrich verlangte, sei dieses Verlangen heute schon über die Kreise unserer Partei hinaus lebendig. Und diese selbst sei inzwischen gewaltig gewachsen.

Von 1887 bis 1907 hat sie ihre Stimmengahl vierfach, Gelänge es ihr, bei der Wahl von 1911 einen gleichen Sprung zu machen wie 1880 — und die Situation ist vielbedeutender —, das heißt ihre Stimmengahl zu verdoppeln, so könnte sie die absolute Mehrheit aller abgegebenen Stimmen erreichen.

Selbstverständlich sind wir nicht so sanguinisch, mit einem solchen Sprunge zu rechnen. Aber darin ist alle Welt einig, daß wir einen gewaltigen Sprung vorwärts machen werden, der die Erreichung der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu einer Frage weniger Jahre macht.

Wird dies in der nächsten Reichstagswahl offenbar, dann bedeutet das mehr als einen gewöhnlichen Wahlsieg. In der heutigen Situation, angefüllt der gewaltigen Erregung der Volksmassen, der gespannten inneren und äußeren Situation bedeutet ein solcher Sieg nichts Geringeres als eine Katastrophe des ganzen herrschenden Regierungssystems.

Es unterliegt für mich gar keinem Zweifel, daß die nächsten Wahlen dieses Systems in seinen Grundfesten erschüttern werden.

Entweder wollen die Wahlen den herrschenden Elementen endlich Dialektik ein, daß sie begreifen, in der bisherigen Weise nicht weiter wirtschaften zu können, und sich entschließen, westliche Methoden zur Abwehr der steigenden Flut des Sozialismus in Anwendung zu bringen; daß sie versuchen, größere Schichten des arbeitenden Volkes durch Konzessionen zu gewinnen.

Angesichts der hochgradigen Erbitterung und der gewaltigen Zuspitzung der Gegensätze müßten das schon erhebliche Konzessionen sein, sollten sie einige befriedigende Wirkung haben: mit geringerem als der Gewährung des Reichstagswahlrechts für Preußen wird's da nicht getan sein.

Oder aber, und das ist das Wahrscheinlichere, unser Sieg läßt die entgegengesetzte Wirkung: er stacheln die herrschenden Klassen an, durch brutale Gewaltstreiche die Bewegung niederzuschlagen, mit der sie auf dem Boden des geltenden Rechts nicht fertig werden.

Endlich ist noch eine dritte Möglichkeit vorhanden, und sie ist die wahrscheinlichste von allen: das herrschende Regime verliert den Kopf, schwankt ratlos hin und her zwischen Brutalitäten und Konzessionen, verfolgt keine der beiden Richtungen konsequent, so daß seine Brutalitäten nur erbittern, seine Konzessionen nur den Einbruch der Schwäche hervorufen, die einen wie die anderen die Flamme nur anbläsen, die sie erlösen wollen.

Wie immer die Verhältnisse sich gestalten mögen, die Reichstagswahlen müssen eine Situation schaffen, die für unsere Kämpfe eine neue und breitere Basis erzeugt; eine Situation, die, wenn eine der beiden letztgenannten Alternativen eintritt, allerdings durch ihre innere Logik rasch immer mehr zuspitzt zu großen Entscheidungskämpfen, die wir aber auf der neuen, breiten Basis ganz anders auszukämpfen imstande sein werden als heute.

Nur eins, fährt Kautsky fort, könnte diese glänzende Situation für uns verpuffen, eine Unklarheit von unserer Seite. Eine solche wäre es, wenn wir die Früchte pflücken wollten, ehe sie reif geworden, wenn wir eine Kraftprobe provozieren wollten, auf einem Terrain, auf dem der Sieg uns keineswegs sicher sei. Allerdings

Kleines feuilleton.

Fußball-Manie in London. Nur zwei Ereignisse im Jahre — und bezeichnenderweise sind es Ereignisse sportlicher Natur — sind imstande, in dem gemöhten Stadtbild Londons eine Veränderung herbeizuführen. London ist so groß, daß ein paar tausend Menschen mehr oder weniger nicht den geringsten Eindruck auf das Alltagspanorama hinterlassen. Aber diese zwei Ereignisse bringen solche Menschenmassen in Bewegung, bringen in erster Linie so viel Provokation nach der Metropole, daß der Anblick der Stadt allerdings ein veränderter wird. Diese zwei merkwürdigen Events sind das letzte entscheidende Fußball-Watch der Saison, das immer auf den Gründen des Crystalpalastes aufgetragen wird und das Derby. „The final cup“ löst zumindest immer 50 000 Engländer aus den Provinzen an. Die Eisenbahngesellschaften arrangieren für diesen Tag — es ist immer ein Samstag — Extrazüge, die gewöhnlich um Mitternacht Wales, Schottland und die Midlands verlassen. Dadurch sind auch Arbeiter und Geschäftsangestellte in der Lage, nach London zu kommen, da der Samstag ja ohnehin ein Halbfeiertag ist und für diese hervorragende Gelegenheit von jedem Arbeitgeber als Ganztagestagen freigegeben wird. Den darauffolgenden Sonntag verbringen die Fußball-Liebhaber noch in London und fahren in der Nacht wieder in ihre Heimatorte zurück.

Fast ohne Unterbrechung — bis ungefähr drei Stunden vor Beginn des Spiels — laufen die Züge in die großen Londoner Bahnhöfe ein, aus denen sich dann der Strom über die ganze Stadt ergießt. Die Hotelkette, die den Kontrakt auf sich genommen hat, für Erfrischungen im Crystalpalast zu sorgen, hatte folgende Quantitäten für den einen Nachmittag vorbereitet: 80 000 Butterbrote, 20 000 Semmeln, 24 000 Sandwiches, 8800 Fleischpasteten, 50 000 Cakes, 10 000 kleinere Väterlein, 5000 Stück süßes Gebäck, 22 000 Flaschen Mineralwasser, 100 Barrels Bier, 2000 Flaschen Whisky, 1000 Gallonen Milch und 1200 Pfund Tee und Kaffee.

Die Fußball-Manie ist eine bedrohliche Erscheinung in England. Es ist keine Uebertreibung, wenn man behauptet, daß am Tage des final cup zwei Drittel der Bevölkerung an nichts anderes wie an Fußball denkt. Aber es wäre irrig anzunehmen, daß diese Menschen ein aktives Interesse an dem Sport nehmen. Keine Spur. Sie sind nur als Zuschauer daran beteiligt. Die Fußball-Enthusiasten, die nichts anderes als Fußball denken und sprechen, die bei jedem Watch Betten schlafen, die alle Rekorde, jeden Spieler und seine Fähigkeiten kennen, sind eine wahre Gefahr für die Nation. Eine Zeitung, die nicht jede Fußballveranstaltung annouciert, vorbeispricht, Tips gibt und sich eingehend mit jedem einzelnen Spieler und seinen Chancen befaßt, wäre hier eine Unmöglichkeit. Es gibt einige Londoner Abendblätter, die nur von Fußballspielern gelesen werden und daher vom Fußball leben. Die Unmöglichkeit dieser Manie zeigt sich auch in anderer Hinsicht. Wenn z. B. ein Team der Stadt London sich mit der Mannschaft aus Glasgow, oder Newcastle mit Cardiff messen würde, so würde man die lokalpatriotische Begeisterung und Parzelle der einzelnen Städte besuchen; aber die professionellen Spieler, die für eine bestimmte

Stadt spielen, sind in den meisten Fällen gar nicht Söhne der betreffenden Stadt. Die Spieler werden nämlich von den Klubs angekauft und je reicher ein Klub ist, desto bessere Spieler kann er bezahlen. Die Erregung einer Stadt, ob ihr Team gewonnen hat oder nicht, ist demnach ganz unverständlich, da das Ganze einfach eine Geldangelegenheit ist. Der Fußballklub in Chelsea, einer westlichen Vorstadt Londons, hat z. B. erst vor kurzem 80 000 Pfund für den Austausch einiger hervorragender Spieler gezahlt. Diese Männer sind aber aus allen Teilen Englands zusammengewürfelt und können daher der Ehre Chelseas nicht ein Ruhmesblatt hinzufügen. Fußball ist nämlich in England ein Geschäft geworden und die erste Gefahr liegt darin, daß Hunderttausende allwöchentlich Zeit und Geld und alle anderen Interessen opfern, um bezahlten Geschäftsspielern zuzusehen.

Das Blutmeer. Eine merkwürdige Naturerscheinung, die einen Dichter zur Erfindung mancher schönen Ballade begeistern könnte, beschrieb Dr. Wilhelm Roth aus Zürich in der „Deutschen Fischereikorrepondenz“. Wenn der Sommer stirbt und Nebel den schönen Züricher See umlagert, färbt sich das Wasser plötzlich rot. Diese rote Farbe fließt hinab in die Limmat und weiter in den Rhein. Aber nur, wenn die Sonne nicht am Himmel steht oder verblüht ist, zeigt sich dies „rote Meer“, verschwindet aber wie mit einem Zauberstrich, wenn die Strahlen der Sonne auf das Wasser wirken. Dr. Roth knüpft daran die poetische Frage: „Ist's wohl der Ridelungen Meer, das auf Alberschs Gebeiß in Nacht und Nebel schweigend dahineist, den fröhlichen Rheintätern den goldenen Hort zu rauben?“ Läßt man nun solche phantastische Gedanken beiseite und geht diesem Wunder mit dem nüchternen Rüstzeug der Naturwissenschaft zu Leibe, so bleibt es zwar auch ein Wunder, aber doch nur solches, das einer poetischen Verherrlichung kaum zugänglich ist. Das Blutmeer wird nämlich erzeugt von einer winzigen Alge, die in den meisten Schweizer Seen, aber auch in anderen Gegenden, beispielsweise in Schottland, vorkommt. Sie tritt trotz ihrer geringen Größe in so ungeheurer Masse auf, daß sie die Farbe des Wassers bestimmt. In der Gegend von Nürten wird sie als Burgunderblut bezeichnet, in Erinnerung an die Niederlage Karls des Kühnen, bei der auch in den dortigen See mancher Blutstropfen geflossen sein möchte. Der rote Schwimmschwamm, so heißt das winzige Pflänzchen in der Wissenschaft, braucht eine niedrige Temperatur und kommt daher erst am Ende der wärmeren Jahreszeit an die Oberfläche und zieht sich auch aus demselben Grunde vor der Sonne zurück. Seine Gestalt ist die eines langen Fadens, der in eigentümlicher Weise hin- und herbewegt und sich dadurch von der Stelle bewegt. Die jährlichen Wanderungen des Blutheeres sind ein großes Müd, weil sonst der Züricher See durch die verwesenden Pflanzmassen wahrscheinlich bald verpestet werden würde.

Humor und Satire.

Der kranke Bauherr.

Die Szene spielt auf einem Neubau. Dieser ist bis zum Keller gediehen. Die Arbeit stockt, da das Eisen fehlt. Maurermeister,

Zimmermeister, Architekt und Polier betraut, was getan werden soll. Der Bauherr wird gefragt.

Der Erste wird nach ihm gefragt. — Er kommt zurück: Der Bauherr soll krank sein. . . .

Der Zweite wird abgeholt: Der Bauherr soll krank sein. . . .

Der Dritte wird abgeholt: Der Bauherr soll krank sein. . . .

Maurermeister, Zimmermeister, Architekt und Polier begeben sich nach seiner Wohnung: D. . . . S. . . . I. . . . S. . . . I. . . . ?

Die Arbeiter murren. Der Moment wird kritisch. Allgemeines Aufsehn: „Eisen!“ „Eisen!“ „Eisen!!!“

Der Eisenlieferant erscheint auf der Bildfläche. Er wird umringt. Er will nur liefern, wenn er bares Geld bekommt. — Der Bauherr ist krank.

Eisenlieferant, Maurermeister, Zimmermeister, Architekt und Polier begeben sich in die Aneipe gegenüber. Niemand weiß Rat. Die interessierten Geschäftsleute wollen bürden. Der Eisenmann legt einen Wechsel vor; alle schreiben quer. Nur der Bauherr nicht — der ist krank.

Das Eisen wird angefahren. Die Arbeit wird fortgesetzt. Das Eisen ist vermauert. Der Bauherr ist wieder gesund. Er soll das Eisen bezahlen und behauptet, — nichts befreit zu haben. Er verbittet sich ein für allemal die Einmischung in seine Angelegenheiten und stellt es anheim, das Eisen wieder herauszuziehen.

Ein plötzlicher Schwindelanfall zwingt ihn, den Bau zu verlassen.

Der Bauherr beschließt, öfter krank zu werden.

Notizen.

— Bach-Fest in Heidelberg. Das 25jährige Jubiläum des Heidelberger Bachvereins und akademischen Gesangsvereins wird mit vier, ausschließlich J. S. Bach gewidmeten Konzerten vom 23. bis 26. Oktober dieses Jahres begangen werden. Dirigenten sind Philipp Wolfmum und Felix Matti.

— Arbeitsteilung am Südpol. Die Londoner „Morning Post“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem deutschen Forschungsfreisenden Pflüger. Pflüger, der ebenfalls eine Südpol-expedition vorhat, erklärte, er beabsichtige nicht mit Scotts Expedition zu rivalisieren. Das Ziel seiner eigenen Expedition sei nicht der Südpol selbst, sondern die Erforschung des Meeres und des Landes am Pol. Die anfänglich geplante ergänzende Expedition nach dem Ross-See sollte nicht ein Eindringen in Scotts Forschungsgebiet sein. Er habe sie außerdem aufgegeben, obwohl Scott ihm erklärt habe, daß er eine zweite Expedition nach dem Ross-See mit der Basis King Edwards-Land keineswegs unüberwindlich ansehe würde. Pflüger erklärte ferner, er wolle ebenfalls die Preise der Schottischen Expedition von Dr. Bruce überlassen. Er beabsichtige eine Aussprache mit Bruce und erhoffe eine ebenso freundliche Verständigung wie mit Scott.

Die englische Angst vor wissenschaftlichem Wettbewerb ist überaus komisch.

Reber 12,90, 9431 Union 8,65, Bachmann 9448 8,80, 9447 22,15, 9450
 Hoffe u. Co. 16,90, 9600 Lindner 30,—, 9834 Giesche (Banfom) 12,85,
 10724 Schäfer Nachf. 14,65, 10249 F. & W. Wolf 9,—, 10811 Niedergelag 4,50,
 10813 Reitter 6,70, 10330 Rembold 19,—, 10880 W. H. Schulze 12,65,
 10416 Dr. E. F. Duff 5,30, 10467 S. Gumpner, 6. Rate 28,30, Duffe
 10484 25,50, 10485 8,85, 10512 Roesges 2,80, 10528 Weinbaum 8,85,
 10594 Gebauer, Gieseler 17,50, 10595 Boh u. Kange 5,—, 10608
 Schöning 11,60, Soers, Friedmann 10442 10,30, 10444 9,50, 10445 29,—,
 10446 5,50, 10447 6,50, 10448 10,50, 10449 8,50, 10450 15,50, 10451 11,90,
 10452 4,50, 10453 34,75, 10454 13,05, 10455 2,95, 10456 29,—, 10457
 29,95, 10458 12,55, 10459 13,70, 10460 6,55, 10461 19,80, 10462 5,85,
 10463 7,90, 10464 10,35, 10465 12,45, 10466 F. B. Dentschel 8,40,
 3716 Wille Nachf. 13,80, 2. Röhme u. Co. 8079 24,60, 8080 16,80, 8081
 12,20, 8082 14,20, 8083 14,10, 10423 6,05, 10429 12,15, 8114 3,85,
 Baumhülfger von Heante 8500 21,85, 8115 3,90, 8924 durch Hein 3,—,
 8900 Prastains 15,25, Ritter u. Rohmann 8961 10,85, 8962 9,55, 8963
 9,05, 8964 1,50, 8965 8,85, 8966 4,55, 8967 11,05, 8968 1,70, 8969
 4,80, 9247 durch Doms 2,75, 9272 Kollege W. Schulze —, 50, Bergmann
 Wilhelmstr. 9343 19,75, 9348 7,75, 9442 Kol. Reich —, 50, 9444 durch
 Böhler 2,50, 9615 Röhmer u. Co. 9,20, 9840 Duffe, 4. Rate 4,75, Heibach
 10168 9,40, 10171 8,50, 10172 8,45, 10173 Weichbrod u. Reichel
 7,65, 10181 Kühne 2,—, 10182 Goldschmiede v. d. Mauer 5,60, Darnisch
 10183 7,10, 10184 13,05, 10185 8,45, 10194 Krüger, Köpcke, Dreher
 20,85, 10564 Verein Berl. Zigaretten-Nachf. 15,—, 10576 Schlein
 u. Stefan 5,70, 10579 durch Klemensneider —, 75, 9831 durch Schag 7,—,
 Summa 1879,75 M.

Insgeamt 13636,96 M.
 Bis her sind abgerechnet 124 835,01 M., in Summa 138 521,27 M.

Wir bitten um schnelle Abrechnung der noch ausstehenden Listen.

Gelder, welche per Post eingekandt werden, sind an A. R. R. K. N., SO. 16, Engelauer 15, I zu senden. Alle Sammlungen sind sofort auf unserem Bureau, Engelauer 15, I, Zimmer 23 an den Wochentagen in der Zeit von vormittags 9—12^{1/2} Uhr und nachmittags von 4—7^{1/2} Uhr abzuliefern. Sonnabendsnachmittag geschlossen.
 Die Listen 233, 580, 667, 1438, 1655, 2251, 4722, 4741, 5854, 5989, 5992, 6371, 7075, 7214, 7409, 8139, 8225, 8385, 8990 sind als verloren gemeldet. Dieselben sind beim Vorzeigen anzuhalten und wenn möglich in unserem Bureau abzuliefern.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend.

Aus der Partei.

Reichstagskandidatur.

In einer Parteikonferenz für den Wahlkreis Pforzheim-Durlach, die von 75 Delegierten und zwei Vertretern des Landesvorstandes besucht war, wurde als Kandidat für die kommende Reichstagswahl der seitberige Vertreter des Kreises, Genosse Emil Eichhorn, wieder aufgestellt.

Strafkonte der Presse.

Von der Strafkammer in Eisleben wurde Genosse Kasparek vom „Volkblatt für Halle“ wegen Beleidigung des Bergrates Dr. Vogelsang, dem aus dem Vergarbeiterkampf her bekannten Direktor der Mansfelder Gewerkschaft, zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Dr. Vogelsang hatte zu Anfang der Vergarbeiterbewegung in einer Versammlung der Reichstreuen ausgeführt, daß bei ihm eine Unmenge von anonymen Denunziationsbriefen eingelaufen sei. Er gebe aber nichts darauf, nur etwas zu melden habe, möge zu ihm selbst kommen. Trotzdem wurde bald darauf ein Vergarman lediglich auf Grund einer anonymen Denunziation entlassen, wie vom Obersteiger und auch in der Gerichtsverhandlung zugestanden wurde. In einem Artikel des „Volkblattes“ wurde darauf dem Dr. Vogelsang der Vorwurf gemacht, er habe eine Art Ehrenwort gegeben, anonyme Denunziationen nicht zu beachten, und dieses Wort gebrochen. Der Vergar fühlte sich beleidigt und strengte Klage an. Genosse Kasparek als Verantwortlicher wurde tatsächlich verurteilt, trotzdem ihm die erwähnte Feststellung geglikt war. Das Urteil stellt sich denen der Streikfront würdig zur Seite.

Zu 50 Mark Geldstrafe wegen Farrerbeleidigung wurde der Mediziner der „fränkischen Volkstribüne“ in Wagram, Genosse Buchta, verurteilt. Dem Farrer stehen nach einem alten überlebten Herkommen zu gewissen Zeiten im Jahre besondere Leistungen der Einwohner zu. So z. B. ein „Lehner“, der für Hausbesitzer 1,20 M. für Anwohner 60 Pf. beträgt; ferner zur Dierzeit auch Eier. Mit der Verbringung dieser Leistungen war vom Farrer eine Frau beauftragt worden, die den Leuten im Weigerungsfalle mit dem Gerichtsvollzieher drohte. Von letzterem will der Farrer nichts gewußt haben. Zugegeben mußte werden, daß der Farrer sich der Kanzel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bediente.

Korantny-Beladigung. Am Mittwoch erhielt Genosse Caspari-Kattowich vom dortigen Schöffengericht 100 Mark Geldstrafe, weil er den Herrn Korantny durch acht Artikel in der „Gazeta Robotnicza“ beleidigt haben soll.

Soziales.

Der Stand des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Deutschland.

Der Generalanwalt des Reichverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften Geh. Reg.-Rat Haas (Darmstadt) hat dem diesjährigen landwirtschaftlichen Genossenschaftstag einen interessanten Bericht über den Stand des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Deutschland zugehen lassen. Die Zahl der Genossenschaften nahm danach um 940 zu, so daß sich für den 1. Juni 1910 eine Gesamtziffer von 23 845 landwirtschaftlichen Genossenschaften in Deutschland ergab. Besonders stark war die Zunahme der Elektrizitäts-, Maschinen-, Wasserleitungs-, Eierverkaufs- und Viehverkaufsgenossenschaften. Auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung hat zunächst die Reichsfinanzreform mit ihren Gesetzen betreffend Aenderung des Reichssteuergesetzes und des Wechselstempelgesetzes die Interessen der landwirtschaftlichen Genossenschaften in recht fühlbarer Weise betroffen. Von einschneidender Bedeutung war ferner der Ertrag des Reichsgefetzes über den Absatz von Kalifalzen. Hier wie für die Reichsfinanzreform gilt, so sagt der Bericht, daß zurzeit ein endgültiges Urteil über die wirtschaftliche Bedeutung dieser Gesetze für die landwirtschaftlichen Genossenschaften noch nicht zulässig ist. Die Geschäftsergebnisse der Zentralstellen sind, wie die gesteigerten Umsätze, das Wachsen des Betriebskapitals, der ansehnliche Reingewinn erkennen lassen, recht befriedigende, wohngegen die Zentral-Ein- und Verkaufs-Genossenschaften wegen des Rückganges der Bezüge von Kohlen und Maschinen und vielfach auch der Futtermittelbezüge eine relativ geringere Zunahme ihrer Bezüge aufzuweisen. Bei den Spar- und Darlehnsklassen läßt die auf dem allgemeinen Geldmarkt herrschende größere Geldknappheit einen wohlthuenden Einfluß aus. Die Klassen fahren unausgesetzt in der Vervollkommnung ihrer geschäftlichen Einrichtungen fort. Allerdings sei eine solche emige Tätigkeit der Spar- und Darlehnsklassen durch die Zeitverhältnisse auch dringend geboten, denn immer mehr seien die Großbanken bemüht, durch ein Red von Filialen und Depositenannahmestellen ihre Tätigkeit auf das flache Land auszudehnen. Hinsichtlich des genossenschaftlichen Bezuges wird die Mahnung ertlassen, daß man nicht um irgendeiner oder feindlicher Vorteile willen sein eigenes Institut, die Zentralgenossenschaft, verfehlen möge. Auf der Zusammensetzung der Kräfte beruhe gerade beim genossenschaftlichen Bezug das Geheimnis des Erfolges. Der genossenschaftliche Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse, vornehmlich Getreide, Vieh, sei im weiteren Ausbau begriffen. Stark sei insbesondere der genossenschaftliche Verkauf voranzukommen, namentlich in Bayern, Hannover, Pommern. Erfreulicherweise dürfe festgestellt werden, daß die Genossenschaftsverbände ausnahmslos bemüht gewesen sind, die zum Teil über das Ziel hinausreichende Elektrifizierungsarbeiten in den richtigen Schranken zu

halten. Eine ähnliche Mahnung scheint den Kartoffelrodungs- unternehmungen gegenüber geboten, da die bisherigen Rodungs- unternehmungen meist noch mit recht erheblichen Unkosten arbeiten und auch noch mancherlei Mängel in technischer Beziehung zutage treten.

Die Lage der Wingerenossenschaften habe sich allgemein gebessert. Es ist das zum Teil eine Folge der quantitativ geringen Weinermte der letzten Jahre, zum Teil führt man die Besserung auf die Wirkung des neuen Weingefetzes zurück.

Im Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften waren am 1. Juni 1910 in 41 Verbänden insgesamt 13 962 Genossenschaften vereinigt, und zwar: 78 Zentralgenossenschaften, 12 894 Spar- und Darlehnsklassen, 2077 Bezugs-Genossenschaften, 2028 Mollereigenossenschaften, 56 Kornhausgenossenschaften, 142 Wingerenossenschaften, 1687 sonstige Genossenschaften. — Der Umsatz aller Zentralstellen des Reichsverbandes betrug 5337 Millionen Mark im Jahre 1909 gegen 5510 Millionen Mark im Jahre 1908. Das Betriebskapital betrug 872 Millionen Mark im Jahre 1909 gegen 882 Millionen Mark im Jahre 1908. Der gemeinsame Bezug der Zentral-Ein- und Verkaufs-Genossenschaften des Reichsverbandes belief sich auf 194 Millionen Mark im Jahre 1909 gegen 187 Millionen Mark im Jahre 1908. Der gemeinsame Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse bezifferte sich auf 87 Millionen Mark im Jahre 1909 gegen 85 Millionen Mark im Jahre 1908.

Bei den Spar- und Darlehnsklassen betrug Ende 1908 das Betriebskapital 1780, die Sparerlagen und sonstigen Einlagen 1527, die gewährten Kredite 1399 Millionen Mark, bei den Bezugs-Genossenschaften 1908 der Wert des Bezuges 101 Millionen Mark, bei den Mollereigenossenschaften die eingelieferte Milchmenge 2136, die verkaufte Frischmilchmenge 130, die erzeugte Futtermenge 78,6 Millionen Liter bzw. Kilogramm.

Molkerei, Brennerei und Stärkeindustrie.

Der uns vorliegende Bericht dieser Berufs-genossenschaft erwähnt, daß die Zahl der versicherten Betriebe von 8307 auf 8488 gestiegen sei. Die Zahl der versicherten Personen betrug im Jahre 1908 50 020, im Berichtsjahre 50 279. Die Steigerung ist also sehr gering. Den größten Zuwachs haben im Jahre 1909 wiederum die Molkereien aufzuweisen. Doch handelt es sich dabei nicht um lauter neu entstandene Unternehmungen, sondern in wesentlichem Maße um schon lange bestehende Anlagen, die erst jetzt den Organen der Berufs-genossenschaft bekannt geworden sind. Drückerberger. Weiter wird angeführt: „Eine lebhaft entwickelte zeigt die junge Industrie der Kartoffelroderei.“

Im Berichtsjahre wurden 1917 Unfälle gemeldet, gegen 1754 im Vorjahre. Davon wurden nur 418 (409) entschädigt. Tödlich verlaufen sind 25 (24) Unfälle.

Die Zahl der Rentempfänger hat sich aber trotzdem gegen das Vorjahr von 8298 auf 8208 ermäßigt. Es meint der Bericht treuherzig hierzu: „Interessant ist die Erscheinung, daß die Gesamtsumme der Unfallentschädigungen im Jahre 1909 gegen 1908 abgenommen hat. In der Hauptsache erklärt sich diese Abnahme dadurch, daß 1909 verhältnismäßig viele alte Renten eingestellt und herabgesetzt werden konnten.“ Die alte Praxis.

Bei Revision der Betriebe wurde auch nachgewiesen, daß in 200 Betrieben allein für 823 000 Mark Löhne zu wenig versichert waren.

Großmütig erklärt der Bericht, daß im Jahre 1909 für 20 Verletzte das Heilverfahren schon innerhalb der Wartezeit übernommen wurde und hierfür die Summe von 1083 M. verausgabt wurde. „Die Sektionsvorstände sind also neuerdings etwas weniger zurückhaltend mit Eingriffen in das Heilverfahren vor Ablauf der Wartezeit gewesen. Immerhin konnte nach wie vor in der Regel den Krankenkassen das Heilverfahren ohne Bedenken überlassen bleiben.“ Wie nobel. Man spart Geld auf Kosten der Kranken, indem man „nach wie vor“ den Kronenlassen Lappen tragen läßt, die bei einer vernünftigen Gesetzgebung schon längst den Berufs-genossenschaften zugewiesen worden wären.

Der technische Aufsichtsbeamte meldet in einem Sonderbericht: „Unter den 508 beschäftigten Betrieben befanden sich 187, die keinen Verstoß gegen die Unfallverhütungs-Vorschriften zeigten, in 288 Betrieben fehlte der Ausbau der Platate.“ Mit anderen Worten waren also von 556 beschäftigten Betrieben 420, welche erhebliche Verstöße gegen die Unfallverhütungs-Vorschriften aufwiesen. Im ganzen wurden 641 Mängel notiert.

Davon entfielen auf Rotore 48, auf Transmissionsen 59, auf Arbeitsmaschinen 106, auf Hebelmaschinen 15, auf Dampfessel 40 und auf Leitern, Treppen usw. 49 Mängel.

Gute Illustrationen führen uns die neuesten Schutzvorrichtungen in dieser Branche vor. Verblüffend einfach ist der Ausschweißhalter „Sinn“, der ein Befestigen des Schwirres am Hinterrad der Kuh gestattet und die vielen Augenverletzungen durch Schwirrschlagen beim Melken der Kühe sicher verhindert. Die Unternehmer seien im allgemeinen belehrung zugänglich. Nur „ein einziger Unternehmer“ habe sich geweigert, Schutzvorrichtungen anzubringen. „Er erklärte direkt: wenn jemand dort, wo er nichts zu suchen habe, unbesugterweise sich zu schaffen mache und dabei verlegt werde, so sei dies eine gerechte Strafe und diene dazu, Wiederholungen vorzubeugen! Als weiterer Einwand wird häufig geltend gemacht, daß der staatliche Aufsichtsbeamte dies oder jenes nicht beanstandet habe, woraus der Schlag gezogen wird, daß die vom technischen Aufsichtsbeamten geforderten Maßnahmen, eigentlich“ überflüssig seien.“

Dabei ist aber sehr vieles noch zu bessern, wie der Beamte einzeln ausführt. Dafür ein Beispiel:

„Auch in Bezug auf Zahnradabschüttern herrschen noch immer oft recht leichtfertige Anschauungen; vielen erscheint noch heute die Gefahr solcher ungeschützte Zahnräder gar gering. Und doch lehrt gerade hier die Erfahrung, daß ein weitestgehender Schutz angebracht ist und möglichst alle Zahngetriebe ohne Rücksicht auf ihre scheinbar ungefährliche Lage zu verkleiden sind.“

Dasselbe gilt von den Leitern, die mehrere Male in unzulässigem Zustande, windstief, mit zerbrochenen Holmen und Sprossen angetroffen wurden.“

Von einer „Aufwendung recht großer Geldmittel“ haben wir bis heute in dieser Branche nichts gehört. Berechnet man den Durchschnittslohn nach den für die Vertragszahlung nachgewiesenen Rohsummen, so ergibt sich, daß derselbe im Berichtsjahre sich auf 983 M. stellte. Der Bericht gibt aber selbst zu, daß in diesen Summen auch die Jahresdienste der 64 versicherten Unternehmer enthalten ist. Von einem hohen Lohn kann also wirklich keine Rede sein, und daß sich unter diesen Umständen nicht zahlreiche „Kampfgewerkschafter“ finden, ist auch erklärlich. Einen „Stamm gekulturter Leute“ kann man sich nur durch gute Bezahlung und anständige Behandlung der Arbeiter sichern.

Nachdem der Bericht noch „nachgewiesen“ hat, daß 22 Proz. aller Unfälle auf „Ungeklärtheit, leichtsinniges und schuldhaftes Verhalten der Verletzten“ selbst zurückzuführen seien, ja immer man wieder über den „Rückgang des Verantwortlichkeitsgefühls“ der Arbeiter, dem die armen Unternehmer nicht gewachsen seien, weil die Arbeiter einfach davonlauften:

„Im allgemeinen wird über den stetigen Rückgang des Verantwortlichkeitsgefühls bei den Versicherten und über immer mehr zunehmende Lässigkeit und Nichtbefolgung bestehender Vorschriften geklagt. Die an sich schon geringe Reizung der Unternehmer, geeignete Maßnahmen zur weiteren Einschränkung der Betriebsgefahren zu ergreifen, wird durch derartiges Verhalten der Arbeiter natürlich nicht befördert. Die geringste Strafe, ja nur Strafandrohung beantworteten die Leute oft mit sofortigem Austritt aus dem Dienst, und der Arbeitgeber ist dann gezwungen, neue noch ungeübte Arbeitskräfte einzustellen, wodurch natürlich die Unfallwahrscheinlichkeit wieder gesteigert wird.“

„Die Klagen über Nichtbeachtung der Vorschriften durch die Arbeiter, sowie über gleichgültiges Verhalten und Leichtfertigkeit der Versicherten bei der Arbeit waren recht häufig. Andererseits wurde vielfach betont, welche Schwierigkeiten zu überwinden seien, selbst unter Aufwendung recht großer Geldmittel, einen tüchtigen

Stamm gekulturter Leute in Kampagnebetrieben zu halten, wie aber gerade ein solcher Stamm auch im Interesse der Unfallverhütung erwünscht sei.“

Tribut vom Backfisch.

Vor kurzem wurde vor dem Wiesbadener Gewerbegericht eine Angelegenheit verhandelt, die ein größeres Interesse beansprucht. Es handelt sich um folgendes: Der Kellner Ballweber Klage gegen den Inhaber des Café Hohenzollern. Der Kläger war zehn Jahre im Betriebe des Beklagten beschäftigt. Seit mehreren Jahren ist im genannten Café ein System eingeführt, nach dem die Kellner 3 Proz. vom Umsatz von ihrem Trinkgeld an den Beklagten abführen mußten. Hatte der Kellner z. B. 100 M. für verkaufte Waren berechnung so mußte er seinem Herrn Prinzipal 103 M. abliefern. Diese samose Weisheit, an dem Trinkgeld der Kellner zu partizipieren (die übrigen auch in Berliner Cafés vielfach durchgeführt ist), brachte Herrn Bader nach dessen eigener Berechnung circa 15 000 M. ein. Der klagende Kellner forderte nach seinem Weggange die Summe von 1460 M. zurück, die er im Laufe der Jahre auf diese Weise seinem Prinzipal hatte zahlen müssen. Der Kläger stützte sich darauf, daß jene Abrede gegen die guten Sitten verstöße, also nach § 133 des Bürgerlichen Gesetzbuches nichtig sei. Das Gewerbegericht hatte in 27 Städten Umfrage danach gehalten, ob dort ein derartiges System üblich sei. Zu den Akten waren ferner Gutachten von anderen Gewerbegerichten sowie vom Verband deutscher Gastwirtschaftlichen eingegangen. Sie lauteten sämtlich zugunsten des Klägers.

Das Gericht wich einer prinzipiellen Entscheidung leider aus. Der Vorsitzende führte aus: Es seien bisher in ähnlichen Fällen die widersprechendsten Urteile gefällt. Was die Beurteilung des Systems selbst anlangt, so sehe man in der Presse, sowie im Volksbewußtsein auf Seiten des Klägers. Ein Sturm der Entrüstung in der Presse sowie im Volke würde ausbrechen, wenn die Klage zuungunsten des Klägers ausfalle. Das Gewerbegericht werde dann als unsozial empfindend verschrien werden. Er (der Vorsitzende) rate deswegen zu einem Vergleich in der Höhe von 750 M. Man einigte sich schließlich auf 600 M., die der Beklagte an den Kläger auszahlte.

Die Sache hatte in Wiesbaden ein großes Aufsehen hervorgerufen, das Publikum hatte für den Kellner Partei ergriffen. So kam es vor, daß die Wäfte des betreffenden Cafés den Beklagten selbst in der Sache zu sprechen wünschten. Dem Eingreifen des Publikums ist es zu danken, daß die Inhaber des betreffenden Cafés sich veranlaßt sahen, bereits am Tage nach dem Prozeß das verwerfliche Backfisch-Teilnahmestystem aufzuheben.

Einem Vergleich wäre ein Urteil vorzuziehen gewesen, das das gegen die guten Sitten verstoßende System durch eine prinzipielle Entscheidung klar als das gekennzeichnet hätte, was es ist: ein an strafbaren Wucher grenzendes System schamloserer Benützung der Arbeitskraft und Ausnützung der Notlage derer, die um leben und arbeiten zu können, derartigen Verträgen sich leider fügen.

Diese Kennzeichnung trifft keineswegs allein auf den Wiesbadener Fall zu. In einer großen Reihe von Städten sind ähnliche und noch schlimmere Vereinbarungen gang und gäbe, nach denen für die Möglichkeit, Arbeit und Trinkgeld zu erhalten, der Lokalhhaber ein Entgelt erhält. Die Abgabe von Standgeld seitens Postkutschen, Blumenverkäufern und auch vielfach seitens der Garderobiers ähnelt demselben System.

Aus Industrie und Handel.

Steigerung der Schweinefleischpreise.

Jedem Lichtblick, der sich den Konsumenten am Lebensmittelmarkt eröffnet, folgt auch gleich wieder eine neue Enttäufung. So ist es am Getreidemarkt und so ist es auch am Viehmarkt. Die Hoffnung, daß der Rückgang der Getreidepreise eine Ermäßigung der Viehpreise bewirken würde, hat sich bisher immer noch als verfrucht gezeigt, und die Hoffnung, daß es endlich einmal wieder etwas billigeres Schweinefleisch geben würde, hat der Erkenntnis Platz machen müssen, daß wir vor einer noch weiteren Aufwärtsbewegung stehen. Schon lassen sich hier und da aus den Fleischereien Stimmen vernehmen, die eine erneute Hinaufsetzung der Schweinefleischpreise ankündigen, und ein Blick auf die Bewegung der Viehpreise bestätigt allerdings die Begründung der höheren Preisforderungen, daß nämlich die Fleischpreise damit nur der Bewegung der Schweinepreise folgen würden. Kaum waren Ende des ersten Quartals die Preise für Schweine etwas herabgegangen, obwohl im Vorjahr ein erheblich größerer Preisrückgang erfolgt war, da fing im Mai schon wieder eine neue Aufwärtsbewegung an und der Vorsprung gegenüber 1909 nahm scharf zu. In den drei größten Städten Deutschlands, die zusammen 4 1/2 Millionen Einwohner haben, nämlich Berlin, Hamburg und München, gestalteten sich die Preise für Schweine in den Monaten März bis Mai pro Doppelzentner Schlachtgewicht in Mark, wie folgt:

	März	April	Mai	Mai
		1910	1909	1909
Berlin, fleischige . . .	130,83	127,89	131,80	119,44
Hamburg, gute, leichte	128,68	128,06	127,72	124,26
München, mittelschwere	135,50	135,20	137,—	131,—

In Berlin und München ist demnach der Preis für Schweine höher als Ende des ersten Quartals und erheblich höher als im Vorjahre. In Berlin beträgt der Vorsprung gegenüber 1909 10 Proz., in München stellt er sich auf 4,6 Proz. In Hamburg ist die Erhöhung noch nicht erheblich, doch waren die Schweinepreise in Hamburg bereits im vergangenen Jahre sehr stark in die Höhe gegangen. Seit Mai sind nun hier und dort kleine Abschwäche in den Preisen eingetreten, die aber ebenso schnell durch eine Zunahme abgelöst wurden. Erst in den letzten Wochen setzte sich wieder an den meisten Orten eine steigende Tendenz der Schweinepreise durch. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahre ist fast durchweg beträchtlich. Nicht allein in den drei angeführten Städten stehen die Schweinepreise erheblich höher als im Vorjahre, sondern auch in zahlreichen anderen Orten ist schon ein ziemlich bedeutender Vorsprung vorhanden.

Die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland

haben sich, wie wir einer soeben erschienenen Veröffentlichung des Statistischen Amtes entnehmen, in den letzten 10 Jahren günstig entwickelt. Es betrug (in Millionen Mark) der

	Spezialhandel	Gesamt-eigenhandel	Spezialhandel mit Edelmetallen
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
1900 . . .	802,6	278,9	285,4
1908 . . .	420	487,9	461,7
1909 . . .	484,7	454,8	468,4

Begren den Anfang des Jahres hat sich demnach die Einfuhr im Spezialhandel um 182,1 Millionen Mark = 60,2 Proz. gehoben, die Ausfuhr um 177,9 Millionen Mark = 64,2 Proz. Während sonst immer, und auch 1909 wieder, die Einfuhr von Frankreich nach Deutschland größer war als die deutsche Ausfuhr, war es 1908 umgekehrt; da übertraf der Absatz deutscher Waren nach Frankreich um 17,9 Millionen Mark den Bezug französischer Waren nach Deutschland.

In dem einen Jahre von 1908 auf 1909 ist, wie die Tabelle zeigt, die französische Einfuhr nach Deutschland um 64,7 Millionen Mark gestiegen. Daran waren beteiligt: die Spinnstoffe und daraus gefertigte Waren mit 30,3 Millionen Mark (darunter Wolle mit fast 23 Millionen, Seide mit über 11 Millionen); Erzeugnisse der Landwirtschaft einschließlich Rohwaren und Gewürzen mit nahezu 13 Millionen; Leder sowie Lederwaren und Schuhwaren mit rund 6 Millionen Mark.

Was die Ausfuhr von Deutschland nach Frankreich anbelangt, so nahmen zu Rückwaren von mehr als 18 Millionen Mark, Produkte der Landwirtschaft um über 5 Millionen; desgleichen um

Aber 5 Millionen Gemische Produkte; unedle Metalle, besonders Eisen, um 3,2 Millionen Mark. Dagegen fiel der Absatz von mineralischen und fossilen Rohstoffen um rund 4 Millionen (Steinkohlensatz um 7,6 Millionen); Maschinen um etwa 10,6 Millionen (Lokomotiven und Tender auf Schienen allein um 13 Millionen); Edelmetalle und daraus gefertigte Waren um 5,1 Millionen Mark. Insgesamt ergibt sich eine Zunahme der Ausfuhr um 16,9 Millionen Mark.

Im französischen Spezialhandel nahm Deutschland nach der französischen Statistik im Jahre 1908 in der Einfuhr und Ausfuhr den dritten Platz ein. In der Einfuhr kamen Großbritannien und Belgien, in der Einfuhr Großbritannien und die Vereinigten Staaten vor Deutschland.

Ein kapitalistisches Genrebildchen.

Dreimal Pleite machen ist fast so gut, wie einmal das große Los gewinnen, sagt ein bekannter Vorkentwig. Das ist zwar übertrieben, aber ein ziemlich großes Körnlein Wahrheit steckt doch darin, wie wieder einmal folgende Gründungsgeschichte zeigt. Am 24. Juni 1910 wurde zu Berlin eine Genossenschaft m. b. H. gegründet, die sich unter dem löwenden Namen „Roland“ bei Gericht eintragen ließ und den Ein- und Verkauf von Schuhwaren betreiben will. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Geschäftsführer ist der Kaufmann Moriz Kramarski in Berlin. Gesellschaftler sind Albert Rosenbergs und Max Rosenbergs. Dies alles steht in der öffentlichen Bekanntmachung des Gerichts. Aus ihr kann man aber auch erfahren, wie das Stammkapital zusammengebracht ist. Herr Albert Rosenbergs hat nämlich aus der Moriz Kramarski'schen Konkursmasse einen Warenbestand erworben, dessen Wert auf 14 000 Mark angelegt ist, Herr Max Rosenbergs hat aus derselben Konkursmasse Schuhwaren erworben, die verpfändet waren und jetzt mit 6000 Mark angelegt werden. Das sind die Anteile, die diese „Gesellschafter“ in das neue Geschäft einbringen. Der innere Zusammenhang ist nun der: Herr Moriz Kramarski hat vor ein paar Monaten Bankrott gemacht und seinen Gläubigern auf Forderungen von über 70 000 M. nur 10 Proz. geboten. Die beiden Herren Rosenbergs sind seine nächsten Verwandten, nämlich der eine sein Schwiegervater, der andere sein Schwager. Diese haben nun die Konkursmasse für insgesamt etwa 18 000 M. aufgekauft und stellen sie unter der Form einer G. m. b. H. dem Bankrotteur wieder zur Verfügung. Das macht einen Reingewinn bei dieser Pleite von 57 000 M. und das Geschäft geht weiter wie zuvor.

Verfammlungen.

Tarifbewegung der Kleber.

Eine gut besuchte Versammlung der Kleber tagte am Dienstag bei Meier in der Oranienstraße. Bruno als Referent behandelte zunächst die Notwendigkeit eines Tarifvertrages auch für den Kleberberuf. Ein großer Teil der Kollegen arbeitete unter den Preisen, die schon vor 5 Jahren als maßgebend betrachtet worden seien. Aus den Erfahrungen der letzten Jahre müsse man die Lehre ziehen, daß mit Werkstättenstreiks nichts Durchgreifendes zu erzielen sei. Nur eine allgemeine Bewegung der Kleber könne helfen. Im Frühjahr habe man wegen der bevorstehenden Bauarbeiterbewegung nichts unternehmen können. Nun, die Auslieferung in Berlin sei nicht erfolgt. Ein Beweis dafür, daß die Baukonjunktur eine gute sei. Der Herbst sei auch immerhin günstiger als das Frühjahr. Man könne jetzt schon mit 600 Bauten rechnen. Die Sektionsleitung folgte folgende Resolution vor:

„Die heutige Versammlung der Kleber Berlins hegt das Bestreben, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich festzulegen. Sie erwartet von den in Betracht kommenden Faktoren eine entgegenkommende Behandlung ihrer Forderung und sie ist gewillt, dieselbe eventuell mit den zu Gebote stehenden Mitteln zu erzwingen. Deshalb fordern die Versammelten jeden der Organisation noch fernstehenden Kollegen auf, sich der Organisation anzuschließen, um gemeinsam die Lage im Beruf zu bessern.“

Den Ausführungen des Referenten, die lebhaften Beifall fanden, folgte eine rege Debatte. Allgemein kam die Meinung zum Ausdruck, daß es so, wie jetzt, nicht weiter gehen könne. Vor allem sei es nicht, ohne Tarifvertrag fortzuvorgehen. Allgemein wurde der Standpunkt vertreten, daß die tarifliche Regelung durchaus notwendig sei. Dies wurde belegt durch eine große Reihe tatsächlicher Mitteilungen aus der Risere in den verschiedenen Werkstätten. Als ein Krebsgeschwür wurden die aus den Kollegen freigesetzten zahlungsunfähigen Klebmeister bezeichnet, die die Preise außerordentlich drücken. Diese Klebmeister würden verschwinden, wenn höhere Preise erzielt und die Verhältnisse tariflich geregelt würden.

Nach einem Schlußwort Brunos nahm nach Jizewitz als Vorsitzender der Ortsverwaltung der Filiale Berlin des Tapeziererverbandes das Wort: Die Ortsverwaltung habe sich gleich mit der Materie beschäftigt. Eine Vertrauensmännerversammlung habe auch das Bestreben der Kleber anerkannt und den Hauptvorstand des Verbandes ersucht, seinen Einspruch gegen eine Lohnbewegung zurückzuziehen. Da der Hauptvorstand seinen Einspruch

nicht zurückgenommen habe, so sei zum Montag, den 18. Juli, eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Filiale anberaumt worden, zu welcher sämtliche organisierten Mitglieder Berlins per Karte eingeladen wurden. Es liege nun an der Filiale Berlin, die statutarische Zweidrittelmehrheit auszubringen, welche den Widerspruch des Hauptvorstandes brechen könnte. Wenn der Wille zur Tat befunden werden sollte, dann müsse von den Kollegen jeder zur Stelle sein.

Die obige Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen.

In die Tarifkommission wurden Hedmann, Bruno, Schröder, Hirt und Roschowski gewählt.

Schließlich regelte die Versammlung noch die Bedingungen für die in allernächster Zeit vorzunehmende Baykontrollen.

Vermischtes.

Hungertod in der Grube.

Nach einer uns aus Bochum zugegangenen Privatdepesche wurden auf der Feste Prinz Regent zwei Vergleute verschüttet. Bei der Bornaahme der Rettungsarbeiten hat sich herausgestellt, daß die Entfernung zwischen den Verschütteten und der Rettungsschleuse mindestens noch 20 Meter beträgt. Wenn diese 20 Meter mit Gesteinsmassen ausgefüllt sind, dürften die Unglücklichen nicht vor Ablauf von 8 Tagen gerettet werden können. Sie müssen also buchstäblich in der Grube verhungern.

Im Namen des Königs.

Aus Friedrichshafen wird der „Schwäb. Tagw.“ gemeldet, daß ein Handwerksbursche den König, der sich auf einem Spaziergang befand, angebetelt habe. Der König habe dem Mann 10 M. geschenkt. Gleich darauf wurde der Handwerksbursche aber von dem Landjäger, der den Vorfall beobachtet hatte, festgenommen und an das königl. Oberamt eingeliefert, das ihn auf 14 Tage „ins Loch“ setzte.

Der König schenkt dem armen Teufel ein Goldstück, das dem Handwerksburschen zweifellos eine unbändige Freude gemacht haben wird. Das Oberamt setzt den Mann dann 14 Tage ins Loch! Und auch das geschieht „im Namen des Königs“, der ihm eine Freude hat bereiten wollen. Was doch nicht alles „im Namen des Königs“ verbrochen wird.

Ein sozialistisches Ferienheim in Frankreich.

In Pornic, an der französischen Westküste, nahe der Loire-Mündung, ist unter dem Namen Le Grand Air (Die frische Luft) eine sozialistische Ferienkolonie großen Stils eröffnet worden. Am 2. Juli sind 38 Reisende nach dem Heim, das etwa 350 Kilometer von Paris entfernt ist, abgereist. Weitere 300 sind eingezeichnet und sollen im August gleichzeitig dort zum billigen Pensionspreis von 2,50 Fr. für Erwachsene, 1,25—1,75 Fr. für Kinder Unterkommen finden. Das Heim umfaßt ein Hotel und zwei Villen, die von eigenem Park und großem Gemüse- und Obstgarten umgeben sind. Die Einweisung wird noch nachträglich in großem Maßstabe unter Teilnahme zahlreicher Genossen aus dem benachbarten Nantes usw. und großem Gemüthe- und Obgleich gefeiert werden. Es soll dabei in der dunklen Gegend, an der Grenzschleife der Bretagne und der Bende, die erste sozialistische Demonstration stattfinden, der ja nun bald weitere folgen werden.

Wie arme Kinder geboren werden.

Kürzlich gebar in Gundersdorf in der Nähe von Stadt Liebau in Mähren eine junge Jägerin ein Kind. Zwei Tage nach der Geburt schaffte die Gendarmerei die Frau nach Stadt Liebau, trotzdem sie stark fieberte. Der Weg betrug volle zwei Stunden, und es ist ein Wunder, daß sie nicht auf dem Wege zusammengebrochen ist. Und dies alles geschah unter den Augen der Oberbarmundschast. Aber die Sache kam noch besser. Als man die Frau aus dem Gefängnis entließ, mußte sie mit dem kleinen, nur wenige Tage alten Kinde im Freien verbleiben und in einem nahen Walde kampieren. In einer stürmischen Regennacht starb ihr Kind vor Hunger und Kälte.

Kann man sich Entsetzliches denken! Die arme, kranke und elende Mutter mit dem sterbenden und hungernden Säugling in einer kalten Regennacht allein in dem Wald. Am anderen Tage irrte sie verzweifelt, den Leichnam ihres Kindes im Arm, durch die Straßen von Stadt Liebau und hat laut schreiend um ein Grab. So kommt das Volk zur Welt!

Aus der besseren Gesellschaft Dresdens.

Ueber eine Skandalaffäre, die gegenwärtig die Dresdener Behörden beschäftigt, wird dem „Berl. Tagebl.“

berichtet. Danach handelt es sich um die Aufhebung eines Massageninstituts, in dem unter dem Deckmantel naturwissenschaftlicher Heilweise die tollsten Orgien masochistischer und sadistischer Art gefeiert wurden. Als die Polizei den Hirtel aufhob, beschlagnahmte sie unter anderem ein ganzes Lager moderner erotischer Werkzeuge. In den Standal ist eine große Anzahl Personen der ersten Dresdener Gesellschaftskreise verwickelt. Auch zahlreiche noch jugendliche Personen zählten zu den Kundenkreisen des Instituts. Das Treiben ging seit Monaten. Durch geschickt abgefaßte Inserate wußte die Anstalt immer neue Kunden zu werben. Die Inhaber des Instituts, ein Ehepaar Kämpf, das aus den hohen Einkünften der Anstalt ein luxuriöses Leben bestritt, wurden verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis gebracht. Kämpf legte ein Geständnis ab und erhängte sich Donnerstag früh in seiner Zelle. Mehrere der kompromittierten Personen haben sich ihrer Vernehmung durch die Flucht entzogen.

Keine Notizen.

Tödlicher Unfall beim Tunnelbau. Beim Tunnelbau am sogenannten Dieselhafen bei Fulda ereignete sich infolge Seilbruchs ein schwerer Unglücksfall, als man eine schwere eiserne Wasserpumpe aufstellen wollte. Eine Anzahl Arbeiter stürzte aus beträchtlicher Höhe in die Tiefe, einer war sofort tot und mehrere schwer verletzt.

Großfeuer. In Althausen an der Kieler Bucht brach gestern Abend ein Großfeuer aus, dem acht Häuser und eine Anzahl Vieh zum Opfer fielen.

Vom Blitz erschlagen. Ein furchtbares Unwetter wütete gestern in der Nähe von Koblenz. Bei Rhens wurden zwei pflügende Landwirte vom Blitz erschlagen; die Pferde wurden ebenfalls getötet. Mehrere Personen wurden erheblich verletzt. In Leiningen tödete ein furchtbarer Blitzschlag in einem Stall fünf Kühe. Auch im Rahngelände gingen gestern schwere Unwetter nieder. Bei dem Wetter wurden vier Feldarbeiter vom Blitz verletzt. Mehrfach gänderte der Blitz. Strichweise fiel Hagel.

Vom Hochwasser. Der Wasserstand des Rheins hat gestern seinen Höhepunkt erreicht und geht jetzt beständig zurück. Alle Stationen des Rheins und Rheins melden fallendes Wasser. — Auch in Paris wird die Hochwassergefahr als beseitigt betrachtet. Die Seine ist gestern merklich gefallen, wird aber heute wahrscheinlich nicht weiter fallen, da Hochwasser noch von der oberen Seine und der Marne gemeldet ist.

Die längste Drahtseilbahn der Schweiz. Wie eine Depesche aus Thun berichtet, wurde gestern nach 3 1/2-jähriger Bauzeit die 2600 Meter lange elektrische Drahtseilbahn auf den 2300 Meter hohen Niesen eingeweiht. Diese Bergbahn ist die längste Drahtseilbahn der Schweiz und hat eine Steigung bis zu 68 Proz. Der Höhenunterschied zwischen der Talstation und der Endstation auf dem Niesen beträgt 1850 Meter.

Verhaftete Halschmänner. Wie aus Angerburg (bei Königsberg) berichtet wird, sind dort der frühere Eisenbahnschaffner Sudan nebst Frau und einem fünfzehnjährigen Sohn wegen Halschmännerei verhaftet worden. Es wurden eine Anzahl Halschmänner sowie Apparate zur Herstellung falscher Geldstücke beschlagnahmt.

Die Cholera in Jekaterinoslaw. Das Auftreten der Cholera im Bergwerksgebiet Jekaterinoslaw hat in allen Bergwerken eine freitägige Ruhe herbeigeführt. Im Bergwerk Krivorog haben die Vergleute aus Furcht vor Erkrankung in den Schächten die Arbeit ausgesetzt. Die Hälfte verlangt ihre Entlassung. Die Verwaltung, welche die Einstellung des Betriebes befürchtet, weigert sich, die Arbeiter zu entlassen. In einigen Dörfern mit großer Krankezahl weisen die Bauern ärztliche Hilfe zurück.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 42. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Remeß der Klassenjustiz. — Die Interessentkämpfe in Südwestafrika. Von G. Ledebour. — Das Ende des Unternehmertums auf der Auswanderung der deutschen Bauern. Von August Bringsmann (Hamburg). — Die Alkoholiker in der Krankenanstalt. Von U. Ellinger. — Nochmals „Hinaus aus Land“. Von Dr. Wilhelm Grunmach. — Literarische Rundschau: G. Freese, Die konstitutionelle Politik. Von Richard Bolt. Graf Hofadovsky, Die Wohnungsfrage als Kulturproblem. — Zeitschriftenschau.

Revue der „Neuen Zeit“ Nr. 29: Ostöcherer Katerkollidum. Von Franz Weising. Ein Drama aus dem Dauenreiter. Von Diefenbach. — Bühnenschau: F. K. Lange, Die Arbeiterfrage. — Leseblätter: Gedankenspiele von Waldeff Manasse.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Verlagsstellen und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Kodmos, 27/28. Bogland. Sondernummer. Wöchentlich ein Heft a 15 Pf. R. Rödel, Leipzig.

Unserem Genossen
Julius Wasser nebst Frau
an seiner am 15. d. Mts. statt-
findenden Hochzeit die herz-
lichsten Glückwünsche. 29346
Die Bezirksführer der 1. Abtlg.
V. Wahlkreis.

Allen Verwandten, Freunden
wie auch Bekannten die traurige
Mitteilung, daß am 13. d. Mts.,
nachmittags 1 1/2 Uhr, mein lang-
geliebter Mann, Junger Irrenorgender
Vater, der Maurer
Gustav Herforth
im Alter von 47 Jahren nach
langem, schwerem Leiden sanft
entschlafen ist.
Dies gehen mit der Bitte um
stille Teilnahme an
Klara Herforth
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes in
der Müllerstraße, Ecke See-
straße, aus statt. 29366

Zentral-Kranken-Unterstützungs-
u. Begräbnis-Verein der Schmiede
u. verwandten Gewerbe Deutschl.
Zahlstelle Berlin III.
Anfolge eines tödlichen Unfalles
verstarb am Sonntag, den
9. Juli, unser Mitglied 176/20
Otto Bartsch.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, nachmittags 4 Uhr, von
der Leichenhalle des Bethemann-
Kirchhofes, Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 13. Juli verstarb unser
Mitglied, der Maurer
Gustav Herforth
Duttmannstr. 18.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes,
Müllerstraße, Ecke Seestraße,
aus statt. 29366
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten
zur Nachricht, daß meine liebe
Frau, unsere Tochter, Schwester,
Schwägerin und Tante
Pauline Karge
geb. Gedrange
im 55. Lebensjahre in der Nacht
vom 12. zum 13. Juli nach kurzen,
schweren Leiden in Bethanien ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Thomaskir-
chhofes, aus statt. 29362

Allen Verwandten, Freunden
wie auch Bekannten die traurige
Mitteilung, daß am 13. d. Mts.,
nachmittags 1 1/2 Uhr, mein lang-
geliebter Mann, Junger Irrenorgender
Vater, der Maurer
Gustav Herforth
im Alter von 47 Jahren nach
langem, schwerem Leiden sanft
entschlafen ist.
Dies gehen mit der Bitte um
stille Teilnahme an
Klara Herforth
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes,
Müllerstraße, Ecke Seestraße,
aus statt. 29366
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten
zur Nachricht, daß meine liebe
Frau, unsere Tochter, Schwester,
Schwägerin und Tante
Pauline Karge
geb. Gedrange
im 55. Lebensjahre in der Nacht
vom 12. zum 13. Juli nach kurzen,
schweren Leiden in Bethanien ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Thomaskir-
chhofes, aus statt. 29362

Allen Verwandten, Freunden
wie auch Bekannten die traurige
Mitteilung, daß am 13. d. Mts.,
nachmittags 1 1/2 Uhr, mein lang-
geliebter Mann, Junger Irrenorgender
Vater, der Maurer
Gustav Herforth
im Alter von 47 Jahren nach
langem, schwerem Leiden sanft
entschlafen ist.
Dies gehen mit der Bitte um
stille Teilnahme an
Klara Herforth
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes,
Müllerstraße, Ecke Seestraße,
aus statt. 29366
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands
Zweigverein Berlin.
(Regist. Wedding).
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied
Gustav Herforth
am 13. Juli an Herzleiden ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes in
der Müller-, Ecke Seestraße, aus
statt. 138/3
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands
Zweigverein Berlin.
(Regist. Wedding).
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied
Gustav Herforth
am 13. Juli an Herzleiden ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes,
Müllerstraße, Ecke Seestraße,
aus statt. 138/3
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands
Zweigverein Berlin.
(Regist. Wedding).
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied
Gustav Herforth
am 13. Juli an Herzleiden ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes in
der Müller-, Ecke Seestraße, aus
statt. 138/3
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein
Köpenick.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß am Mittwoch früh unser
Genosse, der Schriftsetzer
Otto Rudolph
im 33. Lebensjahre verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. Juli, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, vom Trauer-
haus, Schönfelder Straße 5
aus statt. 29370
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.
Der Vorstand.

Bauhändler-Krankenkasse
für Berlin und Umgegend.
(E. D. Nr. 116.)
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unser langjähriges Ausfüh-
rungsmittel, der Maurer
Gustav Herforth
am 13. Juli an Herzleiden ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes,
Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus
statt. 38/3
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Gesangverein Männerchor
Köpenick.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied,
der Sangesbruder
Otto Rudolph
am Mittwoch, den 13. Juli, früh
8 1/2 Uhr, im 34. Lebensjahre ver-
storben ist. 61/8
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. Juli, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, vom Trauer-
haus, Schönfelder Straße 5,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Bauhändler-Krankenkasse
für Berlin und Umgegend.
(E. D. Nr. 116.)
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unser langjähriges Ausfüh-
rungsmittel, der Maurer
Gustav Herforth
am 13. Juli an Herzleiden ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes,
Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus
statt. 38/3
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Gesangverein Männerchor
Köpenick.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied,
der Sangesbruder
Otto Rudolph
am Mittwoch, den 13. Juli, früh
8 1/2 Uhr, im 34. Lebensjahre ver-
storben ist. 61/8
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. Juli, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, vom Trauer-
haus, Schönfelder Straße 5,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Bauhändler-Krankenkasse
für Berlin und Umgegend.
(E. D. Nr. 116.)
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unser langjähriges Ausfüh-
rungsmittel, der Maurer
Gustav Herforth
am 13. Juli an Herzleiden ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes,
Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus
statt. 38/3
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Bauhändler-Krankenkasse
für Berlin und Umgegend.
(E. D. Nr. 116.)
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unser langjähriges Ausfüh-
rungsmittel, der Maurer
Gustav Herforth
am 13. Juli an Herzleiden ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes,
Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus
statt. 38/3
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise unger
Teilnahme beim Hinscheiden unseres
lieben Sohnes, Bruders, Schwagers,
Onkels und Bräutigams
Franz Neumann
sagen wir hiermit allen Verwandten
und Bekannten, seinen Jugend-
freunden, Freunden und Bekannten,
der Kolonie Sanssouci, dem Spar-
verein Anker, dem Personal der
Firma Raun u. Gunkel sowie dem
Personal der Firma Radbaß her-
lichen Dank.
29395
**Familie Neumann,
Familie Pantel,
Familie Gunkel.**

Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.
Touren
zum Sonntag, den 17. Juli.
1. Abt.: 5 und 12 Uhr: Wandlitz.
Start: Köpenick. 68
2. Abt.: 6 und 10 Uhr: Hangelnsee
(zum Becken). Start: Fontane-
promenade 16.
3. Abt.: 5 Uhr: Lustenwalde (Hüter-
lein, Buchstraße). 12 Uhr: Witten-
walde (zum Krampitzingen). Start:
Mariannenplatz.
4. Abt.: 4 Uhr: Fremdenwalde (Rudow).
1 Uhr: Witz (Radbaß). Start:
Rößliner Platz.
5. Abt.: 4 Uhr: Badow. 1 Uhr:
Bruchmühle. Start: Giesbaum.
6. Abt.: 5 Uhr: Prenzlau (Engel-
hardt). 12 1/2 Uhr: Wandlitz (Lobau).
Start: Oberberger Str. 28.
7. Abt.: 5 Uhr: Kloster Hohn.
2 Uhr: Hängental. Start: Rößliner
Straße 8.
8. Abt.: 16. Sonnabendabend
8 Uhr: Hängental i. R. 17. 1 Uhr:
Dohmenbühl (Nordbahn). Start:
Waldstr. 8.
9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Tour wird am
Start bekanntgegeben. Start:
Schillingstr. 15.
10. Abt.: 7 u. 1 Uhr: Ostgarten.
Schillingstr. Start: Köpenick. 6.
Hängenberg. 16. abends 11 1/2 Uhr:
Rößliner Lustenwalde. 17. 1 Uhr:
Rößliner Lustenwalde. Start: Witz-
straße 74. 11/14

Dankfagung.
Allen Verwandten und Bekannten
sowie den Genossen des IV. Berliner
Reichstagswahlkreises, des Gewer-
schaftsgenossen und Sangesbrudern
von Gesangverein „Köpenick“ meinen
herzlichsten Dank für die überaus
gütliche Beteiligung bei dem Be-
gräbnis meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters; vor allem
dem Genossen Pankoff für seine
tröstlichen Worte an der Bahre des
Entschlafenen.
29468
Franz Künstler und Kinder.

Dankfagung.
Für die bewiesene herzlichste Teil-
nahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und guten Vaters
sagen auf diesem Wege ihren herzlichsten
Dank
Helene Fischer
und Kinder.

Dankfagung.
Allen Verwandten und Bekannten
sowie den Genossen des IV. Berliner
Reichstagswahlkreises, des Gewer-
schaftsgenossen und Sangesbrudern
von Gesangverein „Köpenick“ meinen
herzlichsten Dank für die überaus
gütliche Beteiligung bei dem Be-
gräbnis meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters; vor allem
dem Genossen Pankoff für seine
tröstlichen Worte an der Bahre des
Entschlafenen.
29468
Franz Künstler und Kinder.

Dankfagung.
Allen Verwandten und Bekannten
sowie den Genossen des IV. Berliner
Reichstagswahlkreises, des Gewer-
schaftsgenossen und Sangesbrudern
von Gesangverein „Köpenick“ meinen
herzlichsten Dank für die überaus
gütliche Beteiligung bei dem Be-
gräbnis meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters; vor allem
dem Genossen Pankoff für seine
tröstlichen Worte an der Bahre des
Entschlafenen.
29468
Franz Künstler und Kinder.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruch-
bandagen, Leibbinden, Ge-
radehaltern, Spritzen, Suspensorien
sowie sämtliche Artikel zur Kranken-
pflege. Eigene Werkstatt. Referant
für Preis- und Maß-Krankenfällen.
Berlin N.,
Jest Lotharinger Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Ge-
lotten, angenehm u. weich am Körper.

Glumen- und Franzbinderei
von Robert Meyer,
unter Mariannen-Straße 2.
Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Drahg.
1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 3

Partei-Angelegenheiten.

Rigdorf. Heute Abend von 7 Uhr ab findet von den Bekannten Lokale aus eine Flugblattverbreitung statt.

In Anbetracht der am 28. Juli stattfindenden Generalversammlung des Wahlvereins wird ersucht, etwa noch zu stellende Anträge bis zum 18. Juli an den Vorstand einzureichen.

Der Vorstand.

Tempelhof. Dienstag, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Wilhelmsgarten“, Berliner Straße 9: Generalversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert.

Reinickendorf-Ost. Unter Mitwirkung der uns befreundeten Arbeiter-Gesang-, Turn- und Radfahrervereine veranstaltet der Wahlverein am kommenden Sonntag, den 17. Juli ein Sommerfest in dem „Schönholzer Livoli“ (Schaller), Provinzstr. 89. Ein ausgewähltes Programm — Konzert, Gesang, humoristische Vorträge, Vorführungen der Arbeiter-Turn- und Radfahrervereine, Kinderbelustigungen usw. sichern allen Teilnehmern einige genussreiche Stunden unter Genossen und Genossinnen. Billetts sind zu haben an der Kasse. Die Bezirksleitung.

Bezirk Oranienburg. Die Generalversammlung des Bezirks findet Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 4 Uhr im Lokal von Schumann statt. Unter anderem wird die Stadtverordneten-Fraktion für das erste halbe Jahr berichtet.

Rummelsburg. Am nächsten Sonntag, den 17. Juli, vormittags 10 Uhr findet im großen Saal von „Café Bellevue“, Hauptstraße 2, die Jahres-Generalversammlung des Wahlvereins statt. Der Jahresbericht kommt in der Versammlung zur Verteilung. Mitgliedsbuch ist zur Legitimation mitzubringen. Der Vorstand.

Bezirk Waidmannslust. Sonnabend, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Schweizerhaus“, Waidmannslust, die Generalversammlung unseres Bezirkswahlvereins statt.

Bei dem Sommerfest, das am 10. d. M. im „Bergschloß“ stattfand, sind ein Portemonnaie und ein goldenes Medaillon gefunden worden. Abzuholen bei Emil Börnede, Waidmannslust, Kimrodstraße 94, II.

Alt-Hienicke. Am Sonnabend, den 16. Juli, abends 8 Uhr, findet im Lokale Troppe, Rudower Straße 64, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Berliner Nachrichten.

Marodeure auf dem wirtschaftlichen Schlachtfeld.

Wo der Existenzkampf mit rücksichtsloser Schärfe ausgekämpft wird, bleiben Scharen von Unglücklichen auf der Walstatt zurück und nur wenige ziehen als Sieger mit erregener Beute davon. Und nun tauchen jene dunklen, schleichenden Gestalten auf, die mit gierigem Blick den Kampfplatz absuchen und den zermalmten Opfern mit kaltem Blut das Letzte abnehmen, ihnen den Todesstoß versetzen. Nicht mit dem Dolche, sondern mit dem freundlichen Angebot, dem Geschwächten, Kernsten „aus reinem Mitleid“ wieder auf die Beine zu helfen. Nur daß man sich die „Auslagen“ und „Unkosten“ zurückerstatte läßt und das kann doch nicht als unbillig betrachtet werden; heileibe nicht! Jrgend eine Person oder eine Familie ist in drückende Geldverlegenheit geraten, alle Quellen sind erschöpft, die Sorge grinst durch alle Fugen, man weiß nicht mehr aus noch ein.

Halt! Istei man denn nicht täglich in den bürgerlichen Zeitungen, daß Darlehen an jedermann verabsolgt werden. „Darlehen an jedermann, anerkannt reell“; „Gelddarlehen gibt an jedermann schnell, diskret, reell“; „Bankdarlehen, Beamten zehnjährige, Privatleuten fünfjährige Abzahlung, vorrückfähig“, „Geld hat Privatmann flüssig und vergibt solches auf Teilrückzahlung“, „Darlehen mit und ohne Bürgschaft“, „Geld auf Möbel, Wertgegenstände“ usw. usw.

Also, unser Geldsuchender setzt sich flugs hin und schreibt sein säuberlich aufs Papier ein Gesuch um ein Darlehen, schildert wahrheitsgetreu seine Lage und seine Verhältnisse, sein Eigentum, klebt eine Marke auf und fügt eine zur Rückantwort dem Schreiben bei. Dann legt er sich, vielleicht seit langer Zeit zum ersten Male wieder, mit einem Hoffnungsschimmer in sein Bett. Und er braucht auch gar nicht lange zu warten. Schon am nächsten Tage vielleicht kommt — nicht das Geld, wohl aber ein freundlich gehaltenes Schreiben, in dem die Summe zugesagt wird, vorerst aber sein Besuch erwünscht sei. Der Geldsucher nimmt sich, wenn er noch in Eile ist, im Geschäft oder Bureau Urlaub und eilt im Autotempo nach der „Geldquelle“. Ein liebenswürdiger Empfang wird ihm zuteil. Die Freude sinkt aber sofort auf den Gefrierpunkt herab, denn es wird dem Hoffnungsvollen eröffnet, daß er ein Schriftstück zu unterschreiben habe, worin er sich verpflichtet, für die Bemühungen und Recherchen eine je nachdem höher oder niedriger bemessene Summe als Vergütung zu erstatten. Ist die Unterchrift vollzogen, so erfährt der Hilfesuchende zu seinem nicht geringen Schrecken, daß er vorerst die Hälfte oder einen Teil dieser Summe zahlen müsse, wenn überhaupt nur rückbezahlt werden soll. Ist der Kernstein noch im Besitz von Varmitteln, so greift er oft genug in die Tasche und gibt schweren Herzens das Geld hin. Dann geht es los mit den „Recherchen“, die in der Regel ein so „ungünstiges“ Resultat ergeben, daß ein Darlehen infolge „mangelnder Sicherheit“ nicht erstattet werden kann! Nicht selten erhält der Betreffende überhaupt keine Antwort mehr, auch wenn er sich die Finger wund schreibt. Das ist natürlich nur einer der vielen Tricks, mit denen solche Gauner arbeiten und von denen nicht alle so plump angelegt sind und manche von einem ausgekochten Raffinement zeugen. Und sie blühen und gedeihen dabei, diese famosen Reppinstitute, und nur selten einmal verfangt sich eines in den Maschen des Strafgesetzbuches. Diese Galunken, die mit allen Hunden gehen sind, vermeiden es kluglich, dem Staatsanwalt eine Handhabe zu bieten, und so können sie ihr gewissenloses Treiben ungehindert weiter betreiben und ihre Opfer rupfen, die Not und Unglück ihnen massenweise in die Arme treiben. Hier können nur Aufklärung helfen und die Mahnung: die Ihr Geld suchet, seid vorsichtig!

Die Juristen des Berliner Magistrats

haben in einer ganzen Reihe von Prozessen in den letzten Jahren gerade keine Sekunde gesponnen. Der zuletzt verlorene Prozeß gegen einen Kaufmann Vehr hat der Stadt große Summen an Prozeßkosten verursacht. Jetzt liegt die Stadt aus Anlaß des Aufwandes der Inseln im Tegeler See (Scharfenberg, Baumwerder und Lindwerder) von dem Rentier Wolle mit einem Herrn Feinze in Klage, der das Vorlaufsrecht dieser Besitzungen hatte. Die Stadt hatte es unterlassen, vor Abschluß des Kaufs sich mit Herrn Feinze zu ver-

ständigen, man war seiner Sache zu sicher, indem man glaubte, den Mann für Abtretung seines Rechtes mit 82 000 M. abfinden zu können. Das wäre vielleicht auch möglich gewesen, wenn nicht sofort nach Beantwortung des Kaufs eine spekulative Gesellschaft sich mit Herrn Feinze in Verbindung gesetzt hätte, um so für Uebertragung dieses Rechtes an sie große Vorteile für sich herauszuschlagen. Der Magistrat kümmerte sich nicht weiter darum und ließ nun die Sache an sich herantreten. Es kam zur Klage, die dieser Tage verhandelt wurde. Die Stadt Berlin ist in diesem Termin erster Instanz unterlegen. Ob im weiteren Verlauf der Dinge ein günstiges Urteil erzielt wird, muß abgewartet werden. Natürlich wird sich trotzdem die hinter der Sache stehende spekulative Gesellschaft sehr freuen, wenn sie glaubt, die Stadt Berlin werde nun mit ihr verhandeln und ihre Forderungen in den Schoß werfen.

Wieder ein von der Stadt Berlin verlorener Prozeß. Mit 60 282 M. war die Brauereigesellschaft Friedrichshöhe, früher Pagenhofer, vom Berliner Magistrat zu den Kosten der ersten Einrichtung der Verleberger Straße zwischen Birken- und Erbenstraße herangezogen worden, nachdem die Gesellschaft auf ihrem an verschiedene Straßen, darunter die Verleberger Straße, grenzenden Grundstück einen eisernen Kohlenstapel errichtet hatte. Eine der Voraussetzungen, unter denen Anliegerbeiträge erhoben werden können, ist die, daß der Besitzer eines Grundstücks „an“ der fraglichen Straße ein Gebäude errichtet. Der Magistrat ging davon aus, daß dies hier seitens der Brauereigesellschaft an der Verleberger Straße geschehen sei.

Die Gesellschaft klagte auf Freistellung und auf Ertrag von 4 Proz. Zinsen, indem sie bestritt, daß die Voraussetzungen des § 15 des Fluchtliniengesetzes vorlägen. — Der Bezirksausschuß veranfaßte eine Lokalerklärung auf dem Grundstück, das zwischen der Stromstraße und der Libeder Straße an die Verleberger Straße stößt. Der Schuppen, der im Februar 1909 wieder abgerissen worden ist, diente zur Lagerung von Kohlen. Der Bezirksausschuß stellte nun fest, daß der Grundstückszugang an der Verleberger Straße 200 Meter von der Schuppenstelle entfernt ist, während die Entfernung des Zugangs an der Stromstraße nur 60 Meter beträgt. Der Bezirksausschuß entnahm aus diesen Entfernungen, daß die wirtschaftlichen Beziehungen des Schuppens nach der Stromstraße und nicht nach der Verleberger Straße tangierten, und kam zu dem weiteren Schluß, daß es sich, wenn auch um die Errichtung eines Gebäudes, so doch nicht um die Errichtung eines solchen an der Verleberger Straße handelte. Er stellte deshalb die Gesellschaft von dem Anliegerbeitrage von über 60 000 M. gänzlich frei. Der Zinsanspruch, der schließlich an 4000 M. betragen hätte, wurde jedoch als gesetzlich nicht begründet abgelehnt. — Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil als zutreffend. Wenn der Bezirksausschuß tatsächlich festgestellt habe, das Gebäude liege an der Stromstraße und nicht an der Verleberger Straße, dann liege darin kein Rechtsirrtum. Man könne nicht ohne weiteres sagen, daß ein Gebäude auf einem von mehreren Straßen grenzenden Grundstück sowohl an der einen als auch an der anderen Straße liege. Da der Bezirksausschuß festgestellt habe, daß der Schuppen an der Stromstraße und nicht an der Verleberger Straße errichtet sei, so wäre das bindend.

Vom schädlichen Schneckenang

zeugt eine Belanntmachung, die in Vertretung des Regierungspräsidenten in Königsberg unterzeichnet ist und vom 27. Juni 1910 datiert ist. In dieser Belanntmachung wird einem in der Schweinmünder Straße wohnenden Kohlleger Weder, ehemaligem Grenadier, eine Belobigung erteilt, weil er im August vorigen Jahres aus dem Schloßberg in Königsberg eine weibliche Person mit eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet hat. Die Anerkennung hat also in einer so einfachen klaren Sache zehn Monate auf sich warten lassen!

Der Exerzierplatz an der Schönhauser Allee wird bebaut. Schon die im vorigen Jahre erfolgte völlige Freigabe des Exerzierplatzes „zur einsamen Pappel“ für Verkehr und Spiel ließ vermuten, daß etwas im Gange sei, um diesem vernachlässigten Gelände endlich eine andere Bestimmung zu geben. Der Militärklub hat zwar vor mehreren Jahren erklärt, daß er vorläufig diesen Exerzierplatz als solchen noch nicht entbehren könne, indes ist die Benutzung für militärische Zwecke immer geringer geworden. Sicherem Vernehmen nach sind nunmehr die in aller Stille geführten Verhandlungen des Klubs mit einem Finanzkonsortium wegen Ankaufs des Geländes en bloc zur Parzellierung und Bebauung dem Abschluß nahe oder schon abgeschlossen. Als Beteiligte an der Transaktion wird eine von zwei sehr bekannten Berliner Terrain-Vereinsgesellschaften eigens zu diesem Zweck neugebildete Terrain-Gesellschaft genannt, hinter der als Geldgeber die Rheinisch-Westfälische Bank und der A. Schaaffhausen'sche Bankverein stehen. Der Verkaufspreis ist nicht bekannt, dürfte aber mindestens zehn Millionen betragen. Nach den Vereinbarungen soll bereits im Jahre 1915 mit der baulichen Erschließung begonnen werden. Bis dahin bleibt das Gelände noch dem Militär vorbehalten. Der Platz wurde vor langen Jahrzehnten vom russischen Kaiser erworben und „für ewige Zeiten“ dem Alexander-Regiment als Exerzierplatz geschenkt. Diese weitgehende Abzweigung der Schenkungsurkunde verleiht natürlich ihre juristische Bedeutung, sobald Umstände eintreten, welche die Benutzung des Geländes für den Stiftungszweck ausschließen. Einen höheren Zweck für moderne Militärübungen hatte ja der Exerzierplatz zur einsamen Pappel schon längst nicht mehr. Vestätigt sich die Nachricht des Verkaufs, so bliebe zu bedauern, daß sich die Stadt Berlin das Gelände aus der Rose geben läßt. Eine neue, große Parkanlage hätte man in dieser schon dichtbesiedelten Gegend sehr gut gebrauchen können. Der neueröffnete Ballplatz dicht daneben ist nur eine recht dürftige Schmudanlage, der Humboldtthain aber vermag die Zahl der Erholungsuchenden seit Jahren nicht mehr zu fassen. Für die Stadt und für die Bevölkerung hätte der Exerzierplatz als zulässiger Park zehnmal mehr Wert, wie der alte Opernhausgarten, den man dem nach oben korbdeckelnden Stadtreisum mit aller Gewalt andrehen will.

Um Selbstentzündungen aufgeschapelter Pfeifköhlen zu vermeiden, wie sie in letzter Zeit wieder mehrfach vorgekommen sind, müssen bei der Padung der Kohlen entsprechend der Vorschrift im § 7 Absatz 2 der Polizeiverordnung über die Aufbewahrung und Lagerung von Brennmaterialien vom 16. Dezember 1907 Luftkanäle von mindestens 100 Quadratcentimeter Querschnitt in Abständen von je 3 zu 3 Meter angelegt werden. Diese Kanäle lassen sich leicht dadurch herstellen, daß zwei Pfeifköhlen mit 6 Zentimeter Zwischenraum als Läufer und darüber gleichfalls zwei Pfeifköhlen mit demselben Zwischenraum als Winder durch den ganzen Stapel flach hingelegt werden, so daß nicht nur ein senkrechter, sondern auch zwei sich kreuzende horizontale Kanäle gebildet werden. Die hierdurch stattfindende Lüftererneuerung verhindert die Selbstentzündung der Pfeifköhlen. Das Publikum sei auf diese Bestimmungen besonders hingewiesen, da nach § 13 der angezogenen Verordnungen Zuwiderhandlungen mit einer Geldstrafe bis zu 30 M. bestraft werden.

Vom Blitz erschlagen. Bei einem Gewitter, das am Mittwoch im Osten von Berlin tobte, wurde der Bergarbeiter Anton Welsche aus der Müddersdorfer Straße vom Blitz erschlagen. Er war in den Müddersdorfer Kollbergen beschäftigt. Auf dem Heimweg von der Arbeitstätte wurde er, der sich in Begleitung seiner Ehefrau befand, vom Gewitter überrascht. Mithlich wurde ein Blitzstrahl auf und im nächsten Augenblick brach er getroffen zusammen. Die Ehefrau war durch einen elektrischen Schlag wie gelähmt. Er wurde durch den Blitz auf der Stelle getötet. Als die arme Frau

wieder zu sich gekommen war, brach sie ohnmächtig an der Leiche des so plötzlich dahingegangenen Ernährers zusammen.

Baunfall. Gestern nachmittag berunglückten auf dem Neubau des Hauses Große Frankfurter Str. 78 zwei Arbeiter bei dem Transport von Eisenträgern, die zur Dachkonstruktion notwendig sind. Dem einen Arbeiter wurden dabei ein Fuß, dem anderen die Fehle eines Fußes gequetscht. Wie uns von der verlässiger Seite mitgeteilt wird, ist der Unfall wesentlich darauf zurückzuführen, daß die Zahl der zum Transport der Träger herangezogenen Arbeiter eine nicht genügende war.

Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungenkranke, Alkoholkranke und Krebsverdächtige

sind in Berlin und Vororten errichtet. Diese Stellen bezwecken, der Ausbreitung der Tuberkulose (Schwindsucht), des Trinkerelends und der Krebskrankheit vorzubeugen. Die Untersuchung ist unentgeltlich; die diese Stellen in Anspruch Nehmenden werden über die zur Bekämpfung ihrer Krankheit erforderlichen Maßnahmen unterrichtet und je nach den Umständen in Fürsorge genommen. Die Auskunfts- und Fürsorgestellen befinden sich an folgenden Stellen:

1. Für Lungenkranke:

Berlin: 1. für Berlin C. N.W., W. und die entsprechenden Vororte Königl. Charité, Schumannstraße 21, Montags und Freitags von 4 bis 6 Uhr nachmittags; 2. für Berlin SW., S., SO. und die entsprechenden Vororte Reuenburger Straße 23 (nahe Alexandrinenstraße), Mittwochs und Sonnabends von 4 bis 6 Uhr; 3. für Berlin O. Pallasbudenstraße 25 (nahe Straußberger Straße), Dienstags von 4 bis 6 Uhr nachmittags und Donnerstags von 10 bis 12 Uhr vormittags; 4. für Berlin NO. und die Vororte im Osten und Nordosten Pallasbudenstraße 25 (nahe Straußberger Straße), Dienstags von 10 bis 12 Uhr vormittags und Donnerstags von 4 bis 6 Uhr nachmittags; 5. für Berlin N. finden die Sprechstunden an zwei Stellen statt, und zwar: I. in der Luisenstraße 8, vorn 1 Treppe, Montags und Freitags von 4 bis 6 Uhr für Berlin N. westlich der Friedrichstraße N. und Chausseestraße, sowie nördlich der Bahnlinie am Bahnhof Wedding bis Bahnhof Gesundbrunnen. Die Friedrichstraße N. und Chausseestraße gehören zu beiden Straßenseiten zur Luisenstraße 8; II. in der Jüdischen Straße 9, vorn 1 Treppe, Montags und Freitags von 4 bis 6 Uhr, für den übrigen Teil des Nordens bis an die Grenze von NO. und C.

Bargen-Rummelsburg, Rathaus, Freitags um 1 Uhr mittags. Charlottenburg, Berliner Straße 137, von 10 1/2 bis 11 Uhr. Montags und Donnerstags für Männer, Dienstags und Freitags für Frauen. Mittwochs und Sonnabends für Kinder. Bankow, Hadlichstraße 2, Sprechstunde wochentäglich von 1 bis 2 Uhr, ärztliche Untersuchung Dienstags nachmittags von 4 bis 5 Uhr.

Rigdorf, Richardstraße 118, Quergeb. 1 Treppe, Dienstags und Freitags von 2 bis 4 Uhr nachmittags.

Schönberg, Eberstraße 2, von 1 bis 2 Uhr, und zwar Dienstags und Freitags für Frauen, Mittwochs für Männer und Donnerstags für Kinder.

Weißensee, Verwaltungsgebäude, Bistoriusstraße 24, Eingang III, Zimmer 7 und 8, Mittwochs von 6 bis 8 Uhr nachmittags, Sonnabends von 4 bis 5 Uhr nachmittags.

Wilmerdsdorf, Wilhelmstraße 21, Donnerstags von 10 bis 12 Uhr für Frauen und Kinder, Sonnabends von 10 bis 11 Uhr für Männer.

2. Für Alkoholkranke:

Berlin: 1. für Alkoholkranke Männer: Kerpenspoliklinik der Königl. Charité, Montags und Donnerstags von 4 bis 6 Uhr, 2. für Alkoholkranke Frauen: Friedenau, Rubensstraße 37, Telefon: Steglitz Nr. 638, Mittwochs und Sonnabends von 6 bis 8 Uhr.

Charlottenburg, Berliner Straße 137, Dienstags von 6 bis 8 Uhr.

Bankow, Hadlichstraße 2, Montags, Dienstags und Freitags von 1 bis 2 Uhr.

Rigdorf, Steinmehstraße 113, Mittwochs von 5 bis 6 Uhr. Schönberg, Eisenacher Straße 63, Hof 1 Treppe, Freitags von 5 bis 7 Uhr.

Weißensee, Bistoriusstraße 24, Mittwochs von 6 bis 8 Uhr, Sonnabends von 4 bis 5 Uhr.

Wilmerdsdorf, Wilhelmstraße 21, Dienstags vormittags von 10 bis 11 Uhr.

3. Für Krebsverdächtige.

Die Sprechstunde für Krebsverdächtige findet in der Fürsorgestelle Königl. Charité, Schumannstraße 21, Montags von 3 bis 4 Uhr und in der Pallasbudenstraße 25, Donnerstags von 3 bis 4 Uhr statt. Eventuelle Fürsorge kann nur in Berlin geübt werden.

Wer in ärztlicher Behandlung steht, hat zur Erlangung der Untersuchung einen Ueberweisungsschein seines Arztes mitzubringen. Eine Behandlung findet in den Auskunfts- und Fürsorgestellen nicht statt.

Die neuen kirchlichen Zentralfriedhöfe

in Ahrensfelde und Stahnsdorf haben neue Friedhofsordnungen ins Leben gerufen, die einige recht bemerkenswerte Bestimmungen enthalten. Die Kirchhöfe, die unter Aufsicht des Geschäftsführenden Ausschusses der Berliner Stadtsynode stehen, werden um 8 Uhr morgens geöffnet und mit Eintritt der Dunkelheit geschlossen. Aufgängen mit auffälligen Anstoß erregenden Abzeichen (Fahnen, Kränzen) wird der Zutritt versagt. Welche Abzeichen das sind, wird zwar nicht gesagt, man wird aber nicht sehr gehen, wenn man die roten Kränzeleiten darunter versteht, vor denen unsere Frommen eine merkwürdige Scheu empfinden. Das Verteilen von Druckschriften ist von der Erlaubnis der Kirchhofsverwaltung abhängig. Kinder unter 14 Jahren sollen nur in Begleitung Erwachsener den Friedhof betreten dürfen. Laienreden und Reden von Geistlichen, welche nicht einer deutschen evangelischen Landeskirche angehören, sind auf dem Kirchhof nur mit Genehmigung des Geschäftsführenden Ausschusses bezw. seines Vertreters gestattet. Gesänge und sonstige Feierlichkeiten nur bei Teilnahme eines Geistlichen und mit dessen Genehmigung. Das Ausstellen von Leichen im offenen Sarge ist verboten. Der Besitzer des Rechts an einer Erbegräbnisstätte ist verpflichtet, diese mit einer Umweidung zu umgeben und sie ebenso wie die etwa errichteten Bauarbeiten in gutem Zustande zu erhalten. Kommt er dieser Verpflichtung nicht innerhalb sechs Monaten nach erfolgter Aufforderung nach, so erlischt sein Recht auf weitere Benutzung der Stelle. Umfriedigungen, sonstige Anlagen, Denkmäler, Grabgitter, Einfassungen und dergleichen bedürfen der vorherigen Genehmigung der Kirchhofsverwaltung. Anlagen, welche der Genehmigung nicht entsprechen, können von der Kirchhofsverwaltung auf Kosten desjenigen, der sie angelegt hat, beseitigt werden.

Das gestrige Gewitter hat an einigen Stellen recht arg gehaust. Aus Charlottenburg wird berichtet, daß in der Niebuhrstraße der Sturm die meisten Bäume an der einen Seite vollständig entwurzelte. In der Wielandstraße wurde ein Fuhrwerk der Firma Wolf u. Glaserfeld von der einen Seite der Straße nach der anderen geschleudert.

Ein Heiratschwinder schlimmster Art ist der 27 Jahre alte Handlungsgeselle Otto Kürst, der wegen Diebstahls schon mehrfach vorbestraft ist. Unter der Maske eines reichen Erben machte er sich an Heiratslustige Mädchen heran. Das Vertrauen bei den Mädchen suchte er dadurch zu gewinnen, daß er ihnen ein gefälschtes Schreiben der hiesigen Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern vor-

zeigte, nach dem er wegen unterlassener Anmeldung steuerpflichtigen Vermögens eine Geldstrafe von mehreren hundert Mark zu zahlen hatte. Einem kürzlich verstorbenen hat er daraufhin 100 M. entliehen mit der Bemerkung, die anderen 100 M. werde er von seiner reichen Cousine erhalten. Der Vorden ist ihm hier wohl zu heiß geworden. Er hat jetzt Berlin verlassen. Die Sachen ließ er in seiner Wohnung zurück. Der Schwindler ist 1,80 Meter groß, schlant, hat spärliches Haar und einen gestutzten Schnurrbart.

Hundert von Einbruchdiebstählen sind von einem Verbrecherfortium verübt worden, das durch die hiesige Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht worden ist. Es handelt sich um die auf acht Köpfe bestehende Einbrecherbande Nibel und Genossen. Die Mitglieder der Bande betätigten sich auf allen Gebieten des gewerbmäßigen Einbruchs. Sie verübten Ladeneinbrüche, Kellerdiebstähle, traten als „Klingelfahrer“, als „Plattfaher“, als Taschendiebe und schließlich auch als Piraten auf. Nicht allein in Berlin waren die Verbrecher tätig, sondern auch in den angrenzenden und weiter abgelegenen Vororten. Ganz besonders hatten sie es auf die Ortschaften Köpenick, Friedrichshagen, Ober-Schöneweide, Erkner, Johannisthal, Treptow, Baumgartenweg und Grünau abgesehen. Eine ganze Reihe von Berliner Produktenhändlern dienten den Verbrechern als Hehler. Eine Reihe größerer Geldbeträge und Einbrüche, bei denen Wertpapiere in beträchtlicher Höhe erbeutet wurden, entfielen auf das Konto der Verbrecher. Nach Annahme der Polizei sind von den Verbrechern im Laufe der beiden letzten Jahre mehrere Hundert Diebstähle verübt worden. Zahllose Einbrüche haben die Vurschen bereits eingestanden. In ganz raffinierter Weise ging das Oberhaupt der Einbrecherbande, der oben erwähnte Nibel zu Werke. A., der anscheinend Talente zu einem guten Schauspieler besitzt, markierte das eine Mal den Bettler, das andere Mal den kranken Lazarus und dann wieder den Versicherungsagenten oder Stadtfreisenden.

In der Lichterader Bombenaffäre haben die Ermittlungen bisher zu keinem positiven Resultat geführt. Eine Anzahl Eistierungen von Verwandten des Kraas haben nicht aufrecht erhalten werden können. Graphologische Untersuchungen der beiden von dem Expresier geschriebenen Briefe haben ergeben, daß dieselben von einer Hand herrühren.

Brand einer ganzen Laubensolonie. Kurz nach 12 Uhr kam gestern in dem Laubenhäuschen des Magistratssekretärs Tegold in Glienicke bei Hermsdorf Feuer aus, das sich wahrscheinlich weil die Bewohner des Häuschens abwesend waren, sehr bald stark ausdehnte; sämtliche Lauben der Kolonie gingen in Flammen auf. Die Hermsdorfer, Weidmannsluster und Glienicke Feuerwehr, die natürlich zu spät kamen, bemüht sich vergeblich, das Feuer Herr zu werden. Dem Magistratssekretär Tegold sind unter anderem eine goldene Uhr, sowie ein Portemonnaie nebst Inhalt mitverbrennt.

Von einem Unwetter ist am Mittwoch nachmittag Treptow betroffen worden. In der vierten Nachmittagsstunde zog ein Gewitter mit großer Schnelligkeit vom Westen herauf, das mit einem Wolkenbruch verbunden war. In kurzer Zeit waren alle Straßen, Gassen und Wege, Spielplätze im Treptower Park, Platanenwald, der Wuhle und u. a. m. überflutet. Ueberall rauschte und floß das Wasser in Strömen. Die Straßenbahnen mußten zeitweise ihren Verkehr einstellen. Die auf den Spielplätzen versammelten Berliner Schulkinder, mehrere Tausend an der Zahl, mußten eiligst flüchten und ein schlagendes Dach aufsuchen. Dem frühlichen Treiben tat der Wolkenbruch aber trotzdem keinen Abbruch. Als es aufgehört hatte zu regnen, wurde das Spiel fortgesetzt und später unter fröhlichem Gesang die Rückfahrt nach Berlin angetreten, wo manches Mädchen und noch mehr Knaben mit nassen Stiefeln anlamen.

Der Arbeiter-Athletenbund hält am Sonntag, den 17., und am 24. Juli, im Klostergarten am Spandauer Schiffbaukanal seine diesjährigen Wettkämpfe im Gewichtheben und im Ringen ab. Der Vorstand ladet Freunde der Athletik zum Besuch ein.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf.

Verhaftung eines Bankerotters. Großes Aufsehen erregt die in Wilmersdorf erfolgte Verhaftung des Baumwollwarenhändlers Walter K., wegen betrügerischen Bankerottes. Der Kaufmann, der erst vor kurzem nach hier übergesiedelt war, besaß früher in Leipzig ein großes Geschäft und genoss in den dortigen kaufmännischen Kreisen hohes Ansehen und Vertrauen. Umso größer war das Entsetzen, als K. plötzlich fallierte und die Passiven den Betrag von einer Million Mark erreicht hatten. Nach Ausbruch des Konkurses siedelte K. mit seiner Familie nach Wilmersdorf über, wo er in der Nähe des Prager Platzes eine größere Wohnung bezog und von hier aus abetmals ein Engrosgeschäft betrieb. Am gestrigen Tage erschien in der Wohnung des K. eine Gerichtskommission aus Leipzig unter Führung des Untersuchungsrichters des dortigen Landgerichts, die die Bücher und Korrespondenzen des Kaufmanns beschlagnahmte. K. selbst wurde verhaftet und in Begleitung von zwei Kriminalbeamten mit dem nächsten Schnellzuge nach Leipzig transportiert. Mit demselben Zuge reisten auch die vier Herren der Gerichtskommission nach Leipzig zurück.

Schöneberg.

Zu der Ehetragödie in der Sedanstraße 1 wird uns gemeldet, daß die Obduktion der Leiche des Eisenbahngeliffen Otto Ambrosius in Gegenwart seines Vaters stattgefunden und das der Befund mit zweifelloser Sicherheit ergeben hat, daß Selbstmord vorliegt. Unmittelbar nach der Obduktion erfolgte die Beisetzung in aller Stille auf dem Kirchhof in der Woystraße. Das Bestehen des Bankerottes Karlewe gibt nach wie vor zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß. K. ist noch immer nicht zum Bewußtsein gekommen und dürfte auch vorläufig nicht vernunftfähig sein. Ob er mit dem Leben davonkommt, ist sehr zweifelhaft.

Von eigenen Wagen abfahren und schwer verletzt wurde der 30jährige Richter Jacob Walch aus der Gustav-Freitag-Strasse in Schöneberg. Er fuhr mit einem mit zwei Pferden bespannten Gefährt seines Arbeitgebers die Theresienstraße entlang, als ihm plötzlich die Ägeln entfielen. Als K. sich nach der Leine bückte, zerlor er das Gleichgewicht und stürzte von seinem Sitz herab. Er geriet unter den Wagen, dessen Räder über ihn hinweggingen. Der Richter erlitt schwere Wunden am Kopf und an den Schultern sowie innere Verletzungen, außerdem wurden ihm mehrere Finger der rechten Hand vollständig abgequetscht. In bestmöglicher Eile wurde der Verunglückte nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

Wetzlar.

Von der Gemeindevertretung. Anfangs der Sitzung brachte der Leiter der Wohlfahrtsämter die in der vorigen Sitzung beschlossene Entlassung des Verwalters des Siedenhauses nochmals zur Sprache, indem die hervorgehobenen Beschuldigungen der Wahrheit nicht entsprechen. Daß Inzassen des Siedenhauses Speisen aus der öffentlichen Speiseanstalt bezogen werden, ist damit zu begründen, daß es sich um alle Leute handelt, die des öfteren unstimmen sind. Im übrigen sind Beschwerden über schlechtes Essen und der Speiseanstalt noch nie vorgebracht worden, er empfahl, die Herren sollen sich jederzeit von der Güte der Speisen überzeugen.

Verschiedene Wahlen zu einzelnen Kommissionen wurden hierauf vorgenommen. Infolge anderweiter Festsetzung des Besoldungsdienstalters der Fleischbeschauer mußten 475 Mark nachbewilligt werden. Die Jahresrechnung von 1908 wurde genehmigt und dem Gemeindevorsteher und den Finanzbeamten Entlassung erteilt. Es wurde noch mitgeteilt, daß die Jahresrechnung von 1909 ebenfalls mit einem Ueberschuß abschließt. Wegen einer Anzahl Arbeitgeber wird Klage erhoben, da sie ihren Angestellten nicht rechtzeitig die reklamierten Steuern abgezogen haben. Für die

Kriminalpolizei müssen 870,30 M. nachbewilligt werden, da diese Summe zu wenig im Etat eingeseht ist. Hierüber beschwert sich Herr Köhler, daß der Staat solche Lasten immer auf die Kommunen abwälzt; unsere Genossen forderten die Herren auf, doch die Bewilligung abzulehnen, hierin versagten sie aber ganz. Von der Mitteilung des Kreisaußschusses über die Ermäßigung der Tarife auf der Industriebahn wird Kenntnis genommen. Die Rieselfeldkommission hatte beantragt, auf den Hauptwegen des Rieselfeldes Obstbäume anzupflanzen und die nötigen Mittel zu bewilligen. Wie immer wurde auch hierüber hin und her gestritten und zum Schluß wurde die Vorlage auf ein Jahr vertagt. Die neue fortschrittliche Bürgerfraktion brachte zwei Anträge ein, die in der nächsten Sitzung zur Verhandlung kommen sollen. Nach dem ersten Antrag soll eine Kommission gebildet werden, die mit der Großen Berliner Verbandlung soll, wie weit Straßenbahnerweiterungen unter finanzieller Betätigung der Gemeinde in Aussicht zu nehmen seien. Der zweite Antrag geht dahin, die Grundwert-Einschätzungskommission um zwei besonders tüchtige Sachleute zu verstärken und den Ort in bestimmte Einschätzungbezirke einzuteilen. Man glaubte, daß nunmehr die Protestresolution der Haus- und Grundbesitzer zur Verhandlung kommen würde, aber nichts rührte sich, daher kam die vollbesetzte Galerie nicht auf ihre Rechnung und dem „unabhängigen“ Hausbesitzerorgan fehlt bis auf weiteres der Stoff. In der geheimen Sitzung wurden Personal- und Klage-sachen erledigt.

Pankow.

Eine fast einstündige Betriebsstörung im Straßenbahnverkehr wurde in Pankow durch den Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Müllwagen hervorgerufen. In der Ecke der Berliner- und Mühlenstraße versuchte ein Wagen der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 45 das Gleis zu kreuzen und wurde angefahren. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß an dem Bahnwagen der Vorderperron fast beschädigt wurde und an dem Müllwagen die Hinterräder brach. Infolgedessen war das Gleis in der Richtung nach Pankow in der Zeit von 12⁰⁰ bis 1⁰⁰ Uhr gesperrt. Während der Dauer der Störung wurde der Betrieb auf den Linien 45, 47, 47E, 49, 51 und 57 von der Eisenbahnbrücke bis zur Kaiser-Friedrichstraße eingeleistet aufrecht erhalten. Das Hindernis wurde schließlich von der Feuerwehrl beseitigt.

Wannsee.

In der letzten Wahlvereinsversammlung wurde beschlossen, mit dem Konsumverein Kottowes in Verbindung zu treten, um am hiesigen Orte eine Verkaufsstelle zu errichten. Es wurde eine Kommission von 5 Mitgliedern gewählt, die eine rührige Agitation entfalten und dann mit einem größeren Mitgliederverzeichnis als bisher die nötigen Schritte beim Konsumverein Kottowes unternehmen soll.

Johannisthal.

Aus der Organisation. Am Sonntag, den 10. Juli, hielten die Genossen Johannisthals im Lokal von Senfleben ihre Generalversammlung ab. Von einem halben Jahr her, aber auch erfolgreicher Arbeit konnte der Vorstand, Genosse Schmidt, berichten. Es haben stattgefunden, 12 Vorstandssitzungen, 8 kombinierte Vorstandssitzungen, 1 Agitationskur, 6 Mitglieder-Versammlungen, 6 Flugblattverbreitungen und 4 Volksversammlungen. Fünfzehn neue Mitglieder sind dem Wahlverein beigetreten, darunter 12 weibliche, so daß der Verein jetzt 108 männliche und 17 weibliche Mitglieder zählt. Leider mußten aber auch 8 Mitglieder, restierender Beiträge wegen, aus der Mitglieder-Liste gestrichen werden. „Vorwärts“-Abonnenten sind 211 am Orte, eine Zunahme dem Vorjahre gegenüber von 29 Abonnenten. Die Finanzverhältnisse des Vereins sind gesunde, so daß es möglich war 235,93 M. im Berichtsjahre an die Kreisliste abzuliefern. Die Spedition hatte einen Ueberschuß von 18,61 M. zu verzeichnen. Aus den Neuwahlen gingen hervor: 1. Vorsitzender Gonschur, 2. Vorsitzender Steuer, Kassierer Riethe, Schriftführer Kluge, Leistikow Genossin Gonschur, Revisoren Schmidt, Winkelhan, Dühring, Expediteur Fiedler, Lokalkommission Engelmann und Gammisch. Jugend-ausschuß Düring, Frotz, Werner, Kluge. — Zum Punkt: Wahl der Delegierten und Anträge zur Kreis-Generalversammlung am 7. August nahm die Versammlung einen Antrag des Vorstandes an, den Punkt 6 der Tages-Ordnung der Kreis-Generalversammlung, welcher die Einführung von Wochenbeiträgen vorsieht, dahin zu ändern: „Erhöhung der monatlichen Beiträge der männlichen Mitglieder auf 40 Pf. Als Delegierte zur Kreis-Generalversammlung wurden die Genossen Steuer und Dühring gewählt.

Tempelhof.

Bei einem Brande, der in der letzten Nacht in Tempelhof in einem Stalle des Fuhrherrn Karl Heimig in der Friedrich-Karl-Strasse 4 ausbrach, sind acht Pferde verbrannt und mehrere verletzt. Das Feuer wurde erst bemerkt, als es schon eine ziemliche Ausdehnung erlangt hatte. Es fand an dem leichtgebauten Hause sowie an den Vorräten von Heu und Stroh reiche Nahrung. Der Variendort-Feuerwehrt sowie den Rutschern und Stallenten gelang es, etwa 30 Pferde in Sicherheit zu bringen, die übrigen waren infolge der Hitze und des Rauches nicht aus den Ställen zu bringen. Die Flammen konnten von der Tempelhofer und Variendort-Feuerwehr auf ihren Herd beschränkt werden. Der Schaden ist erheblich und soll nur zum Teil durch Versicherung gedeckt sein. Die Entstehung des Brandes wird auf elektrischen Kurzschluß zurückgeführt.

Neuenhagen-Petershagen.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab Genosse Höfelbart den Vorstandsbericht, welcher sich auf ein halbes Jahr erstreckte. Derselbe ist zu entnehmen, daß zurzeit dem Wahlverein 129 Mitglieder, davon acht weibliche, angehören. Abgehalten wurden drei Mitglieder- und acht öffentliche Versammlungen, welche bei den Gemeindevorteilwahlen schönen Erfolg brachten. Fünf Genossen wurden neu gewählt: vier in der dritten und einer in der zweiten Abteilung; davon haben Neuenhagen zwei, Eggersdorf zwei, Petershagen zwei Vertreter. Wegen die Ungültigkeitserklärung der Wahl des Genossen Stimming in Petershagen (Schweitz) noch die Klage. Die Saalverweigerung hemmt unsere Bewegung eminent; dem in Neuenhagen tagenden Arbeitergesangsverein „Freie Sänger“ ist es nicht möglich, im Orte ein Vergnügen abzuhalten; dadurch ist sein Bestehen in Frage gestellt. In Petershagen und Bruchmühle stehen der Sozialdemokrat sechs Säle zur Verfügung. — „Vorwärts“-Abonnenten sind in Petershagen, Eggersdorf und Bruchmühle 160 (113) und in Neuenhagen 52 (38). — Der Kassierbericht des Genossen Schwarzbürger weist einen Bestand von 24,74 M. auf; an den Kreis wurden abgeführt 112,65 M. In die Bezirksleitung wurden gewählt: H. Stimming, R. Böhm, Bezirksleiter; D. Schwarzbürger, Kassierer; O. Bräuning, Schriftführer; A. Schumacher und D. Göller, Revisoren; Wiedemann, Lindholz, Köhling, Revisoren; G. Ven, Bibliothekar. Als Delegierter zu Generalversammlungen wurden R. Böhm gewählt.

Gerichts-Zeitung.

Von der Jugendgericht des Hamburger Amtsgerichts gelangte am Montag einer jener bekannnten, empörenden Nachstufensvorgänge zur Verhandlung. Ein Polizeibeamter mußte auf Beschleiß eines Karouffelschleppers einen sechzehnjährigen Knaben, ein schmächtiges Büfchen, verhaften, weil dieser — das Leinwand des Karouffels beschädigt haben sollte. Als der Knabe, der nach Behauptung eines Zeugen dem Schuhmann genau bekannt war, das Bettel suchen wollte, hefte der Hüter der Ordnung seinen auf „den Mann dreifachen Hund“ auf den Flüchtigen. Dieser wurde von der Polizeibühne zu Boden gerissen. Darauf ging die „Verhaftung“

vor sich. Als der Junge nach einigen Stunden dem Polizeibefehl der Hüter lehren durfte, hatte er ein blaues Auge. Nun wurde der Junge wegen — ruhethendenden Arms und Widerstands angeklagt. Der Zeuge Fiedler, so heißt der Beamte, erklärte mit dem Brustton tiefster Ueberzeugung, er hätte den sich „im Dienst befindenden Hund“ auf den flüchtigen Knaben heften müssen, weil er keine Legitimation bei sich hatte. Geschlagen habe er den Jungen nicht. Der Zeuge gab zu, daß der Junge vorher kein blaues Auge hatte, und meinte, er müsse sich diese Gesichtveränderung nach Verlassen der Polizeiwache zugeeignet haben. Diese Angabe wurde von einem anderen Zeugen widerlegt. Die Frage des Verteidigers, Dr. Suse, ob er nicht zunächst nach dem Namen des Knaben g-fragt habe, verneinte der Polizeizeuge, weil dabei doch nicht die Wahrheit an den Tag käme. Den Hund habe er dem flüchtigen „nachgeschickt“, weil er eben die Personalien auf der Wache hätte feststellen müssen. Der Junge habe sich gewehrt, weshalb etwas scharf hätte zugegriffen werden müssen. Der Verteidiger konstatierte, daß wegen angeblicher Sachbeschädigung kein Strafverlangen gestellt sei, und da nicht das geringste für eine „Ausbesserung am Nachmittag“ vorlag, so habe auch nicht der geringste Anlaß zu einer Verhaftung vorgelegen. Der Anwalt beantragte danach wegen Widerstand einen Verweis. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, weil der Angeklagte sich gegen die anscheinend scharfen Zugriffe berechtigter Weise gewehrt habe.

Geht der Polizeihundrunstuf so weiter, ohne daß Beamte in solchen Fällen angeklagt und mit hohen Freiheitsstrafen belegt werden, so eröffnen sich ja nette Aussichten. Wird der Beamte angeklagt werden? Der Hund kann ja schon deshalb nicht auf die Anklagebank kommen, weil ihm, trotz dem er „sich im Dienst befand“, der erforderliche Dolus (die Erkenntnis von der Tragweite seiner Handelt) fehle. Dem Polizei-Beamten aber dürfte eine gleiche Einrede nicht zur Seite stehen. Ein netter Rechtsstaat das deutsche Reich, in dem den Anklagen gegen Bürger wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt erhoben werden, weil sie sich gegen Hunde oder wie in dem kürzlich berichteten Fall gegen Pferde gewehrt haben.

Tragen republikanischer Abzeichen in Sachsen.

Das oberste sächsische Gericht hat dieser Tage das Tragen roter Kranzschleifen für strafbar erklärt. Anfang Mai d. J. versammelten sich wie in jedem Jahre die sozialdemokratischen Reichstagswähler des 4. und 6. Wahlkreises im Dresdener Volkshaus, um in langem, geschlossenem Zuge nach dem Trinitatisfriedhofe zu marschieren und dort die Gräber der Raigefallenen von 1849 zu schmücken. Um die Mittagstunde traten die Genossen den Weg zum Friedhofe an. Dort hatte ein größeres Schuhmannsgebort aufgestellt genommen, und ein anwesender Polizeinspektor forderte einen der Demonstranten, der einen großen Kranz mit einer roten Schleife trug, auf der die Widmung stand: „Für die im Kampfe für Freiheit und Recht Gefallenen!“ auf, die rote Schleife zu entfernen, da sie als ein republikanisches Abzeichen anzusehen sei, deren Tragen nach einer Verordnung vom 14. Juli 1849 verboten sei. Die Schleife wurde zwar entfernt, aber von unserer Presse wurde das Recht der Polizei, ein solches Verlangen zu stellen, mit Recht bestritten. Derselben Ansicht mochte wohl auch der Minister des Innern, Graf Bismarck von Schöndorf sein. Denn die Regierung ersuchte die Polizei, in Zukunft die roten Kranzschleifen unbedenklich zu lassen. Dessenungeachtet erhielt aber einer der Kranzträger eine Strafverfügung wegen Uebertretung der angelegenen Verordnung vom Jahre 1849. Denn, so wurde ausgeführt, das „Tragen“ republikanischer Abzeichen sei nach wie vor verboten, und die rote Schleife nebst Widmung dokumentierte republikanische Gesinnung und Tendenz. Das Oberlandesgericht in Dresden hat die Verurteilung jetzt bestätigt. Die Verordnung von 1849 bestehe zu Recht, solange sie nicht aufgehoben ist.

Diese Auffassung des Oberlandesgerichts ist, wie wir schon früher ausführten, mit der Reichsgesetzgebung unvereinbar. Sie verletzt den Grundatz, daß Reichsrecht vor Landesrecht gehe. Das Strafgesetzbuch hat die Materie des „groben Unfugs“ geregelt; dadurch sind alle partikularrechtlichen Gesetze und Verordnungen, welche z. B. das Tragen republikanischer Abzeichen, das Entrollen schwarz-rot-goldener und roter Fahnen und dergl. verbieten, beseitigt. Reichsrecht geht vor Landesrecht. Das ist dem preussischen Oberverwaltungsgericht in der bekannten Entscheidung anerkannt, die im November 1891 gegen den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein erging. Die Polizei hatte das Entrollen der sozialdemokratischen Fahne in einer Atonaxer Versammlung verboten, die das Ableben des Sozialistengesetzes feierte. Das Oberverwaltungsgericht hob die Polizeiverfügung auf und stützte diese unter anderem auf die erwähnten Rechtsgrundsätze. Von denselben Grundsätzen hat sich das Reichsgericht nach anfänglichem Schwanken in mehreren Urteilen leiten lassen, die ähnliche eisch-lothringische Gesetze für aufgehoben erklärten, welche das Anstehen von cris sedition (aufretherrische Rufe) bestrafen wollten. Nachdem das sächsische Oberlandesgericht trotzdem der verschimmelten, verkehrten sächsischen Verordnung Rechtskraft zugesprochen hat, wird eine ausdrückliche Aufhebung der Verordnung notwendig werden. Sie und eine Reihe anderer partikularrechtlicher Pladereigesetze außer Kraft zu setzen, wird Aufgabe des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung sein.

Ämtlicher Marktbericht der kgl. sächsischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Markttag: Fleisch: Futur ruhig, Preise für Schweinefleisch anziehend, sonst unverändert. Wild: Futur gehoben, Geschäft lebhaft, Preise gut. Gesilage: Futur reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise bedrückend. Fische: Futur mäßig, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Futur reichlich, besonders in Blumenkohl, Geschäft schleppend, Bestände vielfach nicht geräumt, Preise gedrückt.

Wasserstands-Nachrichten.

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand		am		am		Wasserstand		am		am	
		13. 7.	12. 7.			13. 7.	12. 7.			13. 7.	12. 7.
		cm	mm			cm	mm			cm	mm
Remel, Itzehoe	150	+18		Saale, Grothitz	160	-18					
Bregel, Jüterburg	99	-14		Saale, Ebnandau	51	+1					
Wetzlar, Horn	—	—		Saale, Rathenow	26	+6					
Oder, Rathenow	178	-14		Spree, Spremberg	210	+20					
„ „ „ „	185	+7		„ „ „ „	74	0					
„ „ „ „	188	+22		„ „ „ „	38	-20					
„ „ „ „	62	+10		„ „ „ „	53	-16					
„ „ „ „	14	+8		„ „ „ „	690	-37					
„ „ „ „	12	+4		„ „ „ „	545	+9					
„ „ „ „	115	-26		„ „ „ „	562	-6					
„ „ „ „	14	-1		„ „ „ „	168	-2					
„ „ „ „	233	+9		„ „ „ „	255	+4					
„ „ „ „	188	+8		„ „ „ „	174	-26					

) + bedeutet Hoch, — Fall, — Unterpegel.

Witterungsbericht vom 14. Juli 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (humb. norm.)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer (humb. norm.)	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Stettin	762,0	SW	1	bed. 5b	19	19			
Danzig	765,0	SW	3	bed. 15	15	15			
Berlin	762,0	SW	2	bed. 19	19	19			
Frankfurt	764,0	SW	1	bed. 17	17	17			
München	764,0	SW	3	bed. 17	17	17			
Wien	762,0	SW	3	bed. 19	19	19			

Wetterprognose für Freitag, den 15. Juli 1910. Gemäßigtem, vielwolkenigem, aber noch sehr veränderlich bei mäßigem Regen und Gewittern. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Rechtsabteilung findet Lindenstraße Nr. 60, vorn über Treppen - 7 a b r u k h l - , wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder Anfrager ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Rechtsabteilung vor.

— **Lud. Rixdorf.** Sie müssen die Steuern vorläufig weiter zahlen und die Verzugsentscheidung abwarten. — **O. S. 10.** 1. Ja. 2. Nein! Sie können sofort anfordern und dem Arbeitgeber den Grund mitteilen. 3. Nein, wenn es der Werk nicht gestattet. — **B. S. 56.** Nein, da die Wirksamkeit der verpächterten Kündigung nicht einverstanden war. — **R. 3.**

Doblen. Nein; da Sie sich alle die Abzüge jahrelang gefallen ließen, können Sie nicht mehr machen. — **R. S. 11.** 1. Nicht weiter bezichtigt werden. 2. Nein. — **B. S. 55.** 1. Nein. 2. In fünf Jahren, wenn kein Geldbrief erlassen wird. — **B. S. 55.** 1. Sie haben auf die Hälfte des Nachlasses der Großeltern Anspruch. 2. Nein. 3. Nein. — **Freischauf.** 1. Circa 180 Mark. 2. Nein. — **R. S. 10.** Ihr Kollege soll sich an die Steuerdeputation des Magistrats mit dem Ersuchen wenden, die Steuer für das in Frage stehende Vierteljahr ihm zu Gunsten eventuell mit Rücksicht auf seine lange Arbeitslosigkeit gänzlich niederzuschlagen. Eine Einziehung der Steuer wird dadurch leider nicht aufgehoben. Möglich wäre aber auch dies, wenn Ihr Kollege das Gesuch als ein sehr dringendes bezeichnet.

— **S. S. 50.** Melanieren Sie. Die Steuer wird erst bei Einkommen über 1200 M. erhoben. Bei Ihnen muß demnach Freizehung erfolgen. — **B. S. 95.** Der Orden müssen Sie selbstständig beantragen. Auf Antrag dürfte nach erfolgter Sachverteilung ohne Zweifel eine Beurlaubung erfolgen. — **R. 73.** Die angefragte Kasse ist eine der Einrichtungen, die von den Mitgliedern zugunsten der Mitglieder vermittelt werden. Auf Anfragen verweisen wir die Fragesteller an diese Kasse. — **R. S. 500.** 1. Bedenken Sie sich die Entscheidung an die Stützungsdeputation des Magistrats, Berlin, Poststraße 16. 2. Ja, wenn eine Veränderung des Zustandes nach der Klärung eintritt, daß die Unfallfolgen aufgehoben oder die Gewerkschaft wieder hergestellt ist.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 15. Juli.
Anfang 7 Uhr.
Neues Königl. Opern-Theater.
Die Fledermaus.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches Reichstagswahl.
Kammerstücke. Liebeswälder.
Leffing. Katernluft.
Komische Oper. Der Regimentspapa.
Neues Schauspielhaus. Der Rieger.
Steines. Nur ein Traum. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Berliner. Kallun.
Neues Operetten-Theater. Der Graf von Luxemburg.
Thalia. Charleys Tante.
Deibel. Dem gebürt Helene?
Spul. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller O. (Haller-Oper.)
Die Fächer-Chiffel.
Schiller Charlottenburg. Die von Hochstetel.
Reise. Der Gesundheits-
Lustspielhaus. Das Leutnants-
mündel.
Metropol. Galloß II — Die große
Revue.
Folies Caprice. Pariser Eben.
Das Veröhnungsfest. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Apollo. Spezialitäten.
Vollge. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Dinnergarten. Spezialitäten.
Karl Haberlaub. Spezialitäten
Vater. Im Reiche des Worts.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Im Lande der
Mitternachtssonne.
Sternwarte. Anhalterstr. 57—62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Heute 8 Uhr:
**Im Lande der Mitter-
nachtssonne.**

WINTERGARTEN
La Tortajada
in ihrer neuesten Schöpfung:
„Abenteuer eines Toreros“.

Amann
Mimiker und Charakteristiker
De Dio
Phantasie-Tänzerin
sowie
die sensationellen Attraktionen
des Juli-Programms!

Passage-Panoptikum.
Die zusammengewachsenen
Schwestern Blazek
und ihr Kind.
Von 11—1 Uhr mittags
u. von 3—10 Uhr abends zu sehen.
Kein Extra-Entree!
Nur wenige Tage!
Eintritt 50 Pf., Kinder und
Soldaten 25 Pf.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Haller-Theat.)
Gottschald-Oper.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Förster-Christl.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Rigoletto.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
bei ermäßigten Preisen:
Der Troubadour.
Abends 8 Uhr: La Traviata.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Leo
Wallerstein und Ludwig Keller.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Am Carl täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., v. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf., Dauer 6 M.

Große Ausstellung
für Bauindustrie u. Feinkeramik
Baumschulenweg bei Berlin.
Stadtbahnstation, 26 Minuten
von Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich von 10—8 Uhr geöffnet.
Eintritt 1 M., Sonntags 50 Pf.
Vereine erhalten Ermäßigung.
Letzte Woche.

Sommer-Theater
Café Bellevue
am See und
Bahnhof Stralau-Rummelsburg.
Täglich:
Spezialitäten
Theater, Konzert.

LUNA-PARK
Terrassen am Halensee
Größter Vergnügungspark des Kontinents.
Sonnabend, den 16. Juli: **Elite-Tag.**
Italienische Nacht!
Venezianisches Leben und Treiben.
Konfettischlacht. — Italienische Straßen-
sänger. — Illumination des Sees. — Feen-
hafte Parkdekoration. — Bengalische
Höhenbeleuchtung.
3 Konzerte. Sensationelle Attraktionen.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
**Großes Militär-
Doppel-Konzert!**
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Voigt-Theater
Geundbrunnen Platz 58.
Heute Freitag, den 15. Juli:
Vineta.
Gr. romant. Lebensbild mit Gesang
und Tanz in 3 Akten von G. Schulz.
Das kritische Programm.
Juli-Spezialitäten-Programm.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Lessing-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Kasernenluft.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: **Taifun.**

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu er-
mäßigten Preisen: Die Dollarprinzessin.

Lustspielhaus.
Abends 9 Uhr:
Das Leutnantsmündel

Folies Caprice
Anfang 8 1/2 Uhr.
Pariser Eben.
Der Athlet.
Die heusche Coinette.
Das Veröhnungsfest.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
**Konzert, Theater,
Spezialitäten.**

„Pharus-Sommer-Theater“
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt
Berlin N., Müllerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten Bei Rogon im Theatersaal!
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

CIRCUS
Cyrril Hallé
Das Monstrum aller europäischen Zirkusse
Nur wenige Tage!

**Das größte Kino-
Theater Berlins.**
Neues Programm.
Eintritt 30 Pf.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
**Der Gesundheits-
Schwanz** in 3 Akten von
H. D. Weber.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Auf der Gartenbühne: Theater-
Vorstellung. Spezialitäten. Gr.
Konzert. Anfang 4 1/2 Uhr.

Puhlmanns Theater
Schönh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.
Abends 9 Uhr:
Berliner in Japan.
Operette v. Hefflingen. Musik v. Kirck.
Vorher:
Die brillanten Spezialitäten!
Anfang 1 1/2 Uhr. Entree 20—60 Pf.
Kinder auf all. Plätz halbe Preise.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Sichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins.
Bei ungünstiger Witterung
Schutz für 8000 Personen. — **Täglich:**
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftreten der
besten Turmfeilkünstler der Welt The Lisopells.
The 3 Blackburns. phänomenaler Luftleiter-Akt. Gr. Zuschauerfolg:
Gustav Loeser Comp. Sensations- Pantomime, ein Spah in
einer holländischen Bekantheit. — **Duett Krill und Gustav**
Hüller. Original-Dumorellen
mit Ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlagern und das
neue beste Programm Berlins.
Jeden Sonntag: **Riesen-Feuerwerk und Ball.**
Land- und Wasser
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Freudenfest.**
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.
Um gütigen Zuspruch bitten
Louise und Waldemar Diez.

Schöneberg. Ecke Haupt- und
Mühlenstraße.
Tel. 129, Amt 6.
Sonnabend, 16. Juli,
abends 8 1/2 Uhr:
Große Gala-Premiere
mit den erles. Weltschlagern.
Billetvorverkauf für die Abend-
Vorstellungen: für Berlin bei
A. Wertheim, Leipziger Straße,
in Schöneberg in dem Zigarren-
Geschäft d. Firma Willy Saas,
Hauptstraße 107, Tel.-Amt 6,
8106, sowie an der Circuskasse
für alle Vorstellungen von
vorm. 10 bis 1 Uhr mittags u.
ab 3 Uhr nachm. bis 6 Uhr
abends. Fernsprech-Anschluss
des Circus Hallé für Stadt- u.
Fernverkehr Amt 6, 129.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Großerkan. Inhab.: Rud. Morz,
Schönhauser Allee 129, Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur
Montag, Sonnabend u. Sonntag.
Sonntag 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonntag 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.
Vorzugskarten nur Wochentags gültig
25 Pf. auf all. Plätzen. Stets wechselnd.
Prog. Jed. Sonntag im Oberland:
Kunstkonzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szeno
gesteilt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Schweizer Garten
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- u. Spez.-Vorstellung.
U. a.: Flittners Wanderzirkus.
Jeden Abend **Prinz Pinne.**
1/10 Uhr:
Gr. Ausstattung-Oper. m. Ballett.
Jeden Mittwoch: Kinderfest.
Volksbelustigungen. Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
Spezialitäten, Konzert u. Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater
früher Weimann.
Fährstr. 8, Behm- u. Beliermannstraße.
Täglich: Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung. Das neue
Hiesig-Juliprogramm. Zur Aufführ. gel.:
Der Goldene Fels. Lebensbild mit
Gesang u. Tanz in 3 Akten v. St. Elmar.
Jed. Donnerst.: Gr. Brillant-Faunor.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Die sensationellen
Spezialitäten. 9 1/2 Uhr:
Klassische Tänzerinnen
vom Königl. dänischen Ballett
5 Beautés Korinnas 5.
10 1/2 Uhr: **Schimpanse — Orang-Utang**
als Tandemfahrer, usw. usw. usw.

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: Rudolf Krüger.
Haseheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
**Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.**
Artist. Leitung: Waller Grävenitz,
Kapellmeister: Max Wolfthoim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag:**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 1 1/2 Uhr.

**Walhalla-
Variete-Theater**
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
**Das großartige
Variete-Programm**

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Passage-Theater.
Der größte Theatererfolg
Berlins
der spanische
Caruso
Senor Orduna.
Der stimmgewaltigste
Tenor, der je gehört wurde
u. das große Juli-Programm.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluss:
Künstler d. Landstraße.
Hr. Burleske vom Meysel.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.
Gau Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 17. Juli 1910:
— 19. Sängerfest —
in Köpenick-Friedrichshagen (Müggelschloß — Strandschloß).
Gesamtchöre unter Leitung des Bundesdirigenten Herrn Georg Diesbach. — Einzelchöre.
Sänger-Festzug * Doppelkonzert * Feuerwerk.
Von 4 Uhr ab in beiden Lokalen **Tanz** gegen Nachzahlung von 50 Pf. — Die Kaffeeküchen sind von früh 8 Uhr bis abends
6 Uhr geöffnet. — Billetts im Vorverkauf à 20 Pf., an der Kasse 30 Pf. — (Postheft mit Programm an der Kasse gratis.)
Anfang früh 8 Uhr. Anfang früh 8 Uhr.
Billetts sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben; ebenso bei den Vorstandsmitgliedern:
P. Kupfer, Petersburger Straße 56 I; A. Selkrit, Rixdorf, Hobeckstraße 8 I; J. Stoffens, Langenbeckstraße 5, Quergeb. I;
O. Engel, Rixdorf, Donauststraße 129, Gartenhaus III; G. Schöthal, Weidenweg 4 III; G. Wutzki, Schliemannstraße 2 III.
Dampferfahrten: Von der Michaelbrücke um 2 Uhr; von der Oberbaumbrücke um 7 1/2, 10 1/2, 12 Uhr und
2 Uhr. Billetts à 35 Pf. sind beim Kassierer A. Selkrit, Rixdorf, Hobeckstr. 8 I, und an den Dampferanlegestellen zu haben. —
Die Dampfer um 10 1/2 Uhr und 12 Uhr legen auch in Köpenick an. [17/15]
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Deute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelstr. 14/15, Saal 4 (Arbeitslosen-Saal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Montag, den 18. Juli, abends 8 Uhr:

Branchenversammlung der Klavierarbeiter
im Lokal „Südoji“, Waldemarstraße 75. 86/7

Verband der Hafnarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Mitgliedschaft Berlin.

Sonntag, den 17. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1910. 2. Bericht des Vorstandes vom ersten Halbjahr 1910. 3. Verhandlungsgegenstände und Beschlüsse. Um zahlreichen und pünktlichen Besuch ersucht Der Vorstand.
NB. Billets zum Stiftungsfest werden ausgegeben. 19/8

Achtung!

Seebad Wilhelmsruh

Direkt an Schönholzer Heide.

Empfehle mein großes Sommerlokal, 3000 Personen fassend, bei ungünstiger Witterung große Halle. Vollbelustigung aller Art. Herren- und Damen-Bad.

Sonntags von 3 Uhr ab: Großes Promenaden-Konzert ausgeführt von Zivil-Berufsmusikern. Im Saale Gr. Ball.

Sonnabend, den 23. Juli: Italienische Nacht (veranstaltet a. dem Radf. Bund „Solidarität“)

Entree frei! Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Richard Kollmann.



Ziehung am 20. u. 21. Juli
Lungenheilstätten-

Lotterie

aus Berlin-Brandenburg
Heilstätten-Vereins für
Lungenkranke

3667 Gewinne im Gesamtw. von

100,000 M

Hauptgewinne W. Mark:

50000; 10000

Lungenheilstätten-Lose à 3 Mk. [Preis n. Liste]
Lud. Müller & Co. in Berlin C., Breitestr. 5.
Telegr.-Adr.: Gildeskanal 21.

„Silesia-Bad“

552* Schlesische Str. 31
Alle Arten medizinische Bäder.
Lieferant aller Kassen.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Pfandleihhaus Kredder, Rastriener-Platz 7, spottbilliger Bettwarenverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Deckenverkauf, Schmuckwaren, Goldschmied, Silberarbeiten, verstellbare Klavier. 2422R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager, Bettm., Gedeckter Nacht 4, Bahnhof Börse. (Weler des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Ausgangspunkte, wegen Ausgabe unserer Verkaufskataloge.

Spottbillig, Meter 3, 4, 5 Mark, Valerianstrasse, Meter 5, 6, 7 Mark, Döbberstrasse, Meter 3, 4, 5 Mark, Döbberstrasse, Meter 1,95, 2,50 Mark.

Neue spottbillig, Koch u. Seeland, Röhrlstraße 2. 1045R*

Vorwärts-Leser erhalten ausnahmsweise diese Woche 5 Prozent Extra-Rabatt selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Dranienstraße 160, Dranienplatz. 894R

Wahnsüße, 32,00 bis 85,00, Feine Herrenanzüge 8,50. Auszug- und Gelegenheitskäufe. Verkauf an Probe. Vorwärts-Leser 5 Prozent Extra-Rabatt! Röhrlstraße 16/17, Röhrlhaus. 970R

Monatanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Damen- und Herrenanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für torpaleute Figuren. Neue Herrenanzüge zu kaum zu billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen laufen man am billigsten bei Kay, Röhrlstraße 14.

Teppiche (Gartenstühle), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Lätzchen, Lebergardinen, Sofa-Kofferteil spottbillig, Fabriklager Rauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Hüttenweg. Vorwärts-Leser 5 Prozent. Sonntags geöffnet. 2488R*

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inzerentenanteil verantwortlich: Th. Vlodt, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Marke aller Feinschmecker unter den Rauchern sind

JOSETTI VERA

Cigaretten.

Sie bilden eine Klasse für sich und bieten auch verwöhntesten Rauchern dauernden Genuß.

Joseetti-Vera-Cigaretten
m. u. o. M.
10 St. 30 Pfg.

Zum Ausschneiden

Dr. Rud. Weiss

Nährsalz-Bananen-Kakao

zeichnet sich hervor durch höchsten Nährwert und höchste Löslichkeit. Vervollständigt die Verdauung, stärkt das Blut, wirkt gegen alle Krankheiten und für Kinder, ferner bei Nierenleiden und Tuberkulose. Paket = 1/2 Pfund 1 Mark, 5 Pakete 4,75 Mark. In Berlin und nächsten Vororten Zulassung frei Haus. D. Mader, Berlin S., Prinzenstraße 37.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Hygienische
Kosmetikartikel. Neueste Katalog. Dr. Simmel, viel Aerzte u. Prof. Grad. u. H. Unger, Gummiwarenfabrik, Berlin NW., Friedrichstraße 61/2

Pianino vorzüglich, tafelfest erhalten, ist fast ganz billig zu verkaufen. Französischestraße 15, I. getradet.

Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstraße 70

Telephon: Amt VII, 3047.
Billigste, bestsortierte Einkaufsquelle für Händler.

Zigaretten, Zigarren und Tabake.

Größte Niederlage von:

G.A. Hanewacker, Nordhausen.

nur echt, wenn mit Zetteln G.A. Hanewacker.
Vor Nachahmungen wird gewarnt.

Soeben erschienen:

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Heft 24:
Die Hygiene der Arbeiterwohnung.
Von Hugo Hilig, Hamburg.

Ferner sind in der Sammlung erschienen:

Heft 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Dr. Christeller.
Heft 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein.
Heft 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hilig.
Heft 4. Der Achtstundentag. Von Dr. Jabel.
Heft 5. Alkoholfrage u. Arbeiterklasse. Von Dr. Hilig.
Heft 6. Das Schulland. Von Dr. Silberstein.
Heft 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. Hilig.
Heft 8. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Hilig.
Heft 9. Wie sollen wir und Kleiden? Von Dr. P. Bernstein.
Heft 10. Der Arbeiterklub. Von Dr. R. Epstein.
Heft 11. Frauenleiden und deren Verhütung. Dr. J. Jabel.
Heft 12. Vom medizinischen Aberglauben. Dr. E. Thieling.
Heft 13. Das Wasserheil-Verfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Runtz.
Heft 14. Verhütung und Heilung des Stotterns. Von Dr. L. Jordan.
Heft 15. Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Marusek.
Heft 16. Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Kemald.
Heft 17. Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller.
Heft 18. Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein.
Heft 19. Die Krankenpflege im Hause. Von Joh. Rantler-Ramstein.
Heft 20. Die Arbeiter-Krankheit. Von Dr. J. Jabel.
Heft 21. Atemgymnastik. Von Otto Müller.
Heft 22. Haut- und Haarpflege. Von Dr. Hilig.
Heft 23. Wie hüten wir uns vor Herzkrankheiten? Von Dr. Eugen Heßlich.

Jedes Heft kostet 20 Pf. in besserer Ausstattung 50 Pf.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.
Lindenstr. 69 Laden.

Zepernick-Bernau.
Vorschuß von 300 M. an (ca. 90 R.). Kleine Anzahlung u. langjährige Hypothek. Pläne gratis. Verkäufer ständig am Plat. Zepernick, J. Rieger, Gontardstr. 5.

Kleine Anzeigen

Verkäufe.

Pfandleihhaus Kredder, Rastriener-Platz 7, spottbilliger Bettwarenverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Deckenverkauf, Schmuckwaren, Goldschmied, Silberarbeiten, verstellbare Klavier. 2422R

Teppiche! (schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager, Bettm., Gedeckter Nacht 4, Bahnhof Börse. (Weler des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Ausgangspunkte, wegen Ausgabe unserer Verkaufskataloge.

Spottbillig, Meter 3, 4, 5 Mark, Valerianstrasse, Meter 5, 6, 7 Mark, Döbberstrasse, Meter 3, 4, 5 Mark, Döbberstrasse, Meter 1,95, 2,50 Mark.

Neue spottbillig, Koch u. Seeland, Röhrlstraße 2. 1045R*

Vorwärts-Leser erhalten ausnahmsweise diese Woche 5 Prozent Extra-Rabatt selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Dranienstraße 160, Dranienplatz. 894R

Wahnsüße, 32,00 bis 85,00, Feine Herrenanzüge 8,50. Auszug- und Gelegenheitskäufe. Verkauf an Probe. Vorwärts-Leser 5 Prozent Extra-Rabatt! Röhrlstraße 16/17, Röhrlhaus. 970R

Monatanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Damen- und Herrenanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für torpaleute Figuren. Neue Herrenanzüge zu kaum zu billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen laufen man am billigsten bei Kay, Röhrlstraße 14.

Teppiche (Gartenstühle), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Lätzchen, Lebergardinen, Sofa-Kofferteil spottbillig, Fabriklager Rauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Hüttenweg. Vorwärts-Leser 5 Prozent. Sonntags geöffnet. 2488R*

Stappfahrstuhl 6,75, Kleinstschaltstuhl 9,50.

Bettdecken, volle Bettgröße 2,50, in Größe 6,35, Tischdecken 1,55, Tischdecken 4,35, Teppichhandy Emil Ledebere, Dranienstraße 158.

Herrmannplatz 6. Allerbilligste Pfandleihhäuser. Sommerpaletots, Ledertaschen, Gehrockanzüge, Herrenhosen, Extrabilliger Bettwarenverkauf, Verkleidungsbett, Bronzestellen, Aussteuerarbeiten, Wäscheauswahl, Gardinenauswahl! Teppichauswahl! Plüschdecken, Steppdecken, Wanduhren, Tischuhren, Goldschmied, Großberliner allerbilligster Warenverkauf im Pfandleihhaus Herrmannplatz 6. Auch Sonntags geöffnet.

Damenhemden mit handgestrickter Falze 1,15, Herrenhemden 1,15, Korsettanzüge, Arbeiterhemden sowie elegante Reismuster bis zur Hälfte des Wertes. Wäsche- und Salomonstr. 21, Alexanderplatz.

Witzners Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebraucht spottbillig! Althofstraße 99, Barckauerstraße 67.

Herbrechen und Prostitution als soziale Krankheiten, Verhütung von Paul Dirsch, Preis 2.- Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Kinderwagen, Klappportwagen, herzförmig, neu, spottbillig! Geyersstraße 19a, Vorderhaus II, Ingenieur.

Schuhwaren, elegante Damen- und Herrenschuhe, Arbeitsstiefel, gut und billig. Pohl, Wollanstraße 79, Grünhaldenstraße 57.

Getragene Damengarderobe, elegante und einfache sowie Röde und Damen billig. Reichel, Röhrlstraße 67.

Leihhaus Röhrlplatz 58a, I. Etage.

Wohnplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie spottbillig verfallene Anzüge, Paletots, von Kavaliere wenig getragen, teils aus Seide, von 7-19 Mark, hochglanz. Große Kisten verfallener Uhren, Ketten, Ringe, Ketten, Wäsche, Teppiche, Gardinen usw. zu spottbilligen Preisen. Hauptgeld wird vergütet. Nur Leihhaus Röhrlplatz 58a, Inhaber Goldmann.

Die Grundbegriffe der Betriebslehre. Eine populäre Einführung von Paul Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Geschäftsverkäufe.
Gutgehendes Kolonial-, Obst- und Gemüsegeschäft krankheitshalber sofort veräußert. Zegel, Hermannsborckstraße 6. +144
Gutgehende Bäckereistube, Konditorei und Café, mit 100 Beistühlen, zu verkaufen. Zegel, Hermannsborckstraße 4, an der Endstation der Straßenbahn. +144
Gedestillation, Partikel, 30 Hekt., 6/7, Meißner, billig zu verkaufen. Röhrlstraße 41. 29445

Möbel.
Kleiderständer, Wäschekasten, Bettstellen, Küchenschrank, Wohnungseinrichtung, äußerst billig. Rasse oder Teilzahlung. Möbelgeschäft, Adler, Dresdenstraße 124. 1062R*

Möbelangebot, gebraucht und neue Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, einfache, eleganteste Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, beliebig geweben, verfallen, spottbillig. Meißner, 5 Etage. Möbelgeschäft, Neue Königstr. 5/6, Friedrichstraße. Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. 2817R

Wichtig! Möbel, gebraucht und verfallen, Kleiderständer 18,00, Bettstelle mit Federmatratze 17,00, Ausziehstuhl 14,00, Stühle 2,00, Kommode 12,00, Ruhebett mit Decke 18,00, Waschtisch 8,00, Garderobenschrank 33,00, Wäschegarnitur 65,00, geschützte Säulenkränze, Bücherekränze, Antiquitäten 65,00, Ausziehstuhl 16,00, Satin-Schlafzimmer, Puffen, 230,00, Herrenkleider 23,00, Lederstühle 8,00, Herrenzimmer, Speisezimmer, Standuhr, Federbetten, Stand 18,00, Saalteppich 20,00, buntes Küchenschrank 55,00, Säulenkreuz 30,00, Gebetbuch und Bibel an Teilzahlung. Sonntags geöffnet. Stargardt, Volklingerstraße 69. 25213*

Umzugshalber verkaufe ich komplette Küchen- und moderne Wohnungseinrichtungen zu jedem annehmbaren Preise. Möbel-Werkstatt, Gausstraße 50.

Möbel, ganze Einrichtungen wegen Räumung des Lagerverraumes zu Spottpreisen. Dirschow, Brunnenstr. 30.

Fahrräder.
Arbeiter-Radsfahrer erhalten zehn Prozent Rabatt im Fahrradgroßhandel Charlottenburg, Bismarckstraße 62.*
Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal bemittelt 35,00. Holz, Blumenstraße 30b. 1683R*

Räderverleihung, Fahrradläufe 25,00, neue spottbillig, alte nehme Zahlung. Motorweiräder Gelegenheiten. Große Frankfurterstraße 14, Räumerei. 78/7

Musik.
Reisehalter Ruhbaupianino, hochlegant, jeden annehmbaren Preis. Friedenstraße 2, Josephstraße links (Königsstr.). 25214

Violinunterricht (neue, doppelt federnde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, aus Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 R., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts“.

Die Beleidigung, welche ich gegen Herrn Hermann Lindner, wohnhaft Röhrlplatz 83, gebraucht habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre Herrn Lindner als einen Ehrenmann. Berlin, 14. Juli 1910. Frau Marie Barthmann, Röhrlplatz 83.

Fahnenhänge, Holz, circa 15 Meter, kauft blank, Schöneberg, Geyersstraße 21. +137

Quartettgänger zu Begräbnissen stellt nach allen Richtungen Genosse Gustav Voigt, Köpenickerstraße 56. +128

Ehrenerklärung! Nehme hierdurch die gegen Herrn Sauer, hier, Eichenstraße, ausgesprochenen Verleumdungen als unabweisbar zurück. F. Pöschel, Duisburg, Röhrlstr. 8.

Wohnungen.
Prachtwohnungen Soldinerstr. 32. Stube und Küche, 18-28 Mark, Dranienstraße 2a. +110*
Billige Vollwohnungen. Wühlstraße 28, Hochbahnstraße. 1063R*
Mietvertrag. Große zwei und ein Zimmer-Wohnungen, schöne Küchen, vermielbar. Ludenstraße 10. +136*
Zentralbücherei, Köpenickerstraße 6. Billige, gründlich renovierte Zwei- und Ein-Zimmerwohnungen, Vorder- und Hinterhaus. 2803R*
Vollwohnungen, 2 Stuben, Küche 28, 1 Stube, Küche 25, sofort. Kleine Röhrlstraße 3. 2965R*
Wohnung, 17, an Sophienstraße, helle renovierte Wohnungen sofort und Oktober vermielbar.

Zimmer.
Möbliertes Zimmer Dresdenstraße 111, vorn I., Landgraf. +117

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle, allein. Schwedischestraße 17, III, Schandorf (Schönhauserstr.). 29415

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Junger Parteigenosse, verheiratet, in Not geraten, bittet um Beschäftigung gleich welcher Art. Adressen unter K. 1 Hauptpost Röhrlstr. +112

Stellenangebote.
Dirigent, tüchtig, sucht sofort Arbeitergesangverein Ober-Schöneberg, 50 Mitglieder, für Sonntag. Offerten mit Honoraranträgen sind zu richten an die „Vorwärts“-Expedition, Ober-Schöneberg, Laufenerstraße 2 I. 1065R

20 tüchtige Maurer werden sofort verlangt. Zu melden bei Pöhl in Dahlem, Werderstraße 24. 2935R*

Tüchtige Küchener-Kassensells dauern verlangt. R. Müller, Grenzlauderstraße 19a. 79/9

Mamsells auf bessere Damenpaletots, nur im Hause, 3,00 bis 7 Mark, dauernde Beschäftigung, sofort. F. Holz, Dranienstraße 10/11.

Zum Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Beamter (Lehrer), verheiratet, möchte aus Gewissensgründen seine Stellung aufgeben und bittet um Nachweis irgend eines Lebenserwerbes. Offerten unter A. 1 an die Hauptexpedition. 2945B

Achtung! Holzarbeiter.
Wegen Streit infolge Lohn-differenzen sind folgende Betriebe gesperrt:
Lutz, Möbelabrik, Dieffenbacherstr. 35.
Reich, Wäsche- und Schuhfabrik, Röhrlstr. 32.
Kornacker der Stralauer Glas-hütte.
Die Ortsverwaltung.